

PUBLIC SECTOR FINANCE  
REAL ESTATE FINANCE

**pbb**

DEUTSCHE  
PFANDBRIEFBANK

# **Geschäftsbericht 2013**

## **der Deutschen Pfandbriefbank AG**

# Inhaltsverzeichnis

<b>LAGEBERICHT .....</b>	<b>3</b>
<b>Grundlagen der Bank.....</b>	<b>3</b>
<b>Wirtschaftsbericht.....</b>	<b>13</b>
<b>Nachtragsbericht.....</b>	<b>24</b>
<b>Risikobericht.....</b>	<b>25</b>
<b>Prognosebericht.....</b>	<b>63</b>
<b>JAHRESABSCHLUSS DER DEUTSCHEN PFANDBRIEFBANK AG 2013.....</b>	<b>70</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013.....</b>	<b>71</b>
<b>Bilanz zum 31.12.2013 .....</b>	<b>72</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>75</b>
<b>Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes .....</b>	<b>105</b>
<b>Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....</b>	<b>106</b>
<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....</b>	<b>107</b>

# Lagebericht der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2013

## Grundlagen der Bank

### Struktur der Gesellschaft

Die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding). Die HRE Holding befindet sich zu 100 % im Eigentum des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS, der durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet wird. Die pbb ist an rund einem Dutzend nationaler und internationaler Standorte vertreten; Unternehmenssitz ist München.

Vertriebsstandorte



### Geschäftsmodell und -strategie

Die pbb ist eine Spezialbank für die gewerbliche Immobilienfinanzierung und die Öffentliche Investitionsfinanzierung. In beiden Geschäftsfeldern ist sie in ausgewählten europäischen Ländern aktiv. Der Geschäftsschwerpunkt liegt in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, den nordischen Ländern sowie in einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Kerngeschäft ist das mittel- bis langfristige Kreditgeschäft: hier nimmt die pbb eine wichtige Aufgabe bei der Kreditversorgung der Immobilienwirtschaft wahr und unterstützt die öffentliche Hand mit Finanzierungen für Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Die pbb zielt auf primäres Kundengeschäft. Neben klassischen, auf den Kunden zugeschnittenen Finanzierungslösungen bietet sie ihren Kunden Derivateprodukte zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft an. Ein Handelsbuch für Wertpapierportfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht wird nicht geführt.

Im Kreditgeschäft ist die pbb entweder als alleiniger Kreditgeber aktiv oder arbeitet – insbesondere bei großvolumigen Transaktionen - mit Finanzierungspartnern zusammen. Hier verfügt die pbb über ein breites Netzwerk aus Bankenpartnern und anderen Finanzierungsquellen, zum Beispiel in den Bereichen Mezzanine oder Private Equity. In diesem sogenannten Konsortialgeschäft übernimmt die pbb im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit zusätzlich als Konsortialführer (Arrangeur) die gesamte Koordination zwischen dem Konsortium und dem Kreditnehmer oder übernimmt als Agent Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung von Konsortialkrediten. Darüber hinaus tritt die pbb als Underwriter auf, indem sie Finanzierungen in erster Instanz allein zur Verfügung stellt, um dann Teile dieses Darlehens an interessierte Partner im Rahmen der Syndizierung zu verkaufen.

### Wettbewerbsposition

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung zählt die pbb in ihren Zielmärkten und Segmenten zu den führenden Instituten. Sie ist eine der wenigen verbliebenen Adressen, die ihren Kunden praktisch europaweit Finanzierungsexpertise in der gewerblichen und Öffentlichen Investitionsfinanzierung zur Verfügung stellen kann. An den wichtigsten Standorten ist die Bank mit Ansprechpartnern lokal vertreten.

### Strategische Portfolios

In der Immobilienfinanzierung richtet sich das Angebot an mittel- bis langfristig orientierte, professionelle nationale und internationale Immobilieninvestoren wie Immobilienunternehmen, institutionelle Investoren, Immobilienfonds sowie in Deutschland zusätzlich an regional orientierte Kunden. Die pbb zielt auf mittlere bis größere Finanzierungsvolumen. Dabei stehen weniger volatile Objektarten wie Bürogebäude, Einzelhandelsimmobilien, wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien und Logistikimmobilien im Vordergrund. Der regionale Fokus liegt auf den pfandbrieffähigen europäischen Kernmärkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den nordischen Ländern sowie anderen ausgewählten europäischen Regionen. Die pbb bietet hier sowohl lokale als auch länderübergreifende Finanzierungsexpertise. Der weit überwiegende Teil der ausgereichten Finanzierungen entfällt auf Investitionskredite, also Kredite für den Erwerb oder die Anschlussfinanzierung von Bestandsimmobilien mit bestehenden Cashflows; Herstellungsfinanzierungen haben eine deutlich untergeordnete Bedeutung; sie haben nicht-spekulativen Charakter und betreffen insbesondere das Baurüchgeschäft in Deutschland.

In der Öffentlichen Investitionsfinanzierung finanziert die pbb pfandbrieffähige und mittel bis langfristige Projekte zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur. Hier liegt der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen, kommunalem Wohnungsbau, Gebäude der Ver- und Entsorgungswirtschaft, Gesundheits-, Pflege- und Kinderbetreuungsimmobilien sowie Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus ist die pbb in der öffentlich garantierten Exportfinanzierung aktiv. Finanzierungen werden an öffentlich-rechtliche Schuldner, Unternehmen in öffentlicher oder privater Rechtsform sowie an Zweckgesellschaften mit öffentlicher Gewährleistung vergeben. Der regionale Schwerpunkt liegt auf Deutschland, Frankreich und den nordischen Ländern; daneben ist die pbb in weiteren ausgewählten europäischen Regionen tätig.

### Ablaufportfolios

Neben den beiden strategischen Portfolios verfügt die pbb über nicht strategische Portfolios. Hierbei handelt sich nahezu vollständig um ein Bestandsportfolio an nicht konkret zweckgebundenen Finanzierungen an die öffentliche Hand (Budgetfinanzierungen). Dieses Portfolio generiert als Aktivposten der Bilanz Zinserträge und läuft entsprechend der zugrunde liegenden festen Fristen ab. Aktives Neugeschäft tätigt die pbb in diesem Bereich gemäß einer Auflage der Europäischen Kommission aus dem Beihilfverfahren aus dem Jahr 2011 nicht. Wenige Geschäftsabschlüsse werden zur Verwaltung der Deckungsstöcke oder der Liquiditätssicherung zulässigerweise vorgenommen. Unter den Ablaufportfolios finden sich zudem im Bereich Sonstige Portfolios noch wenige strukturierte Produkte.

## Refinanzierung

Die Refinanzierung von ausgereichten Krediten erfolgt in hohem Maße fristenkongruent und in erster Linie über den Pfandbriefmarkt; sie wird ergänzt durch ungedeckte Refinanzierung. Emissionen werden regelmäßig sowohl am internationalen Kapitalmarkt im Benchmark-Format als auch in Form von bilateralen Privatplatzierungen getätigt. Privatplatzierungen gestaltet die pbb nach den Anforderungen der Investoren als Inhaber- oder Namenspapiere, das heißt, Laufzeit und Zinsstruktur können hier beispielsweise individuell verhandelt werden. Dem Kreditgeschäft entsprechend werden Emissionen in unterschiedlicher Währung mit einem Schwerpunkt auf Euro denominiert.

Die pbb begibt Hypothekendarlehen und Öffentliche Pfandbriefe und ist, gemessen am ausstehenden Volumen, die zweitgrößte Emittentin in Deutschland. Der Pfandbriefmarkt zeichnet sich durch hohe Liquidität und eine breite Investorenbasis aus. Nach dem Markt für Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand ist er der zweitgrößte Markt für festverzinsliche Wertpapiere in Deutschland. Weltweit beläuft sich der Anteil des Pfandbriefmarkts am gesamten ausstehenden Covered-Bond- Volumen auf rund 20 %. Die ungedeckte Refinanzierung erfolgt hauptsächlich über Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen.

Investoren in Schuldtitel sind vor allem Banken, Fonds und Versicherungen, aber auch Zentralbanken und Staatsfonds. Privatanleger spielen bisher eine untergeordnete Rolle. Seit März 2013 betreibt die pbb ergänzend das Einlagengeschäft mit Privatanlegern in Deutschland. Über die Online- Plattform pbbdirekt.com bietet die pbb inländischen Privatanlegern Tages- und Festgeldkonten mit verschiedenen Laufzeiten an.

## Strategische Ausrichtung

Die Strategie der pbb ist unter Verzicht auf spekulative Elemente auf nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet. Entscheidend für den Geschäftserfolg sind einerseits die Einschätzung und angemessene Bepreisung des Kreditrisikos beim Neugeschäft und andererseits der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten zu adäquaten Konditionen. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist das Management des Bestandsportfolios mit dem Ziel, sich verändernde Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen abzumildern.

Laut Beschluss der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren vom Juli 2011 muss die Bundesrepublik Deutschland als oberste Eigentümerin die pbb bis Ende 2015 privatisieren. Vor diesem Hintergrund ist es das strategische Kernziel, die Privatisierungsfähigkeit der pbb zu erreichen.

## pbb Zielmodell

Im Jahr 2012 hat der Vorstand ein Projekt gestartet, das die pbb hinsichtlich Struktur und Größe dem Zielbild einer spezialisierten Pfandbriefbank mit europäischer Ausrichtung anpasst. Mit der Umsetzung dieses Zielbilds im Jahr 2013 hat der Vorstand weitere Voraussetzungen für die Privatisierung geschaffen und die Bank für die Zukunft über das Jahr 2015 hinaus gut aufgestellt.

Die Bank hat ihre Vertriebskraft in den letzten zwei Jahren mit neuen Standorten in Stockholm, Berlin, Hamburg und Düsseldorf ausgebaut und die Marktdurchdringung durch eine Verstärkung der Marktteams weiter verbessert.

Neben diesem Projekt zur strategischen Weiterentwicklung wurden in den letzten beiden Jahren bereits Projekte zur Optimierung der kundenorientierten Prozesse und Vereinheitlichung der IT erfolgreich abgeschlossen.

## Beendigung des FMS Wertmanagement Servicing

Das Servicing für das Portfolio der FMS Wertmanagement wurde Ende September 2013 gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission und im Einklang mit der Strategie der pbb als Spezialbank für die Immobilienfinanzierung und Öffentliche Investitionsfinanzierung grundsätzlich eingestellt. Es wurde auf die Servicegesellschaft der FMS Wertmanagement, die FMS Wertmanagement Service GmbH, sowie andere externe Dienstleister übertragen. Die pbb und die FMS Wertmanagement haben den Übergang des Servicing in einem gemeinsamen Projekt seit Herbst 2011 geplant, vorbereitet und umgesetzt.

Als Ausnahme erbringt die Hypo Real Estate Japan Corporation, Tokio, ein Tochterunternehmen der pbb, Dienstleistungen für das japanische Real Estate Finance Portfolio der FMS Wertmanagement.

Auch über den 30. September 2013 hinaus erbringen die pbb und die FMS Wertmanagement im Rahmen eines derzeit auf Kosten-plus-Basis vergüteten Vertrags gegenseitig Leistungen, die nicht anderweitig bezogen werden können. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von Informationen, die Einräumung von Vollmachten sowie die Erbringung aufsichtsrechtlich erforderlicher Leistungen. Darüber hinaus haben die pbb und die FMS Wertmanagement im vierten Quartal 2013 eine Vergleichsvereinbarung geschlossen: abgegolten sind laut dieser Vereinbarung alle potenziellen Schadensersatzansprüche der FMS Wertmanagement aus dem Servicing, alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche auf Kostenerstattung für die rechtliche Übertragung von Vermögenswerten (sogenannte Upgrades), die bisher nur durch Subpartizipation, Back-to-Back-Derivate oder Finanzgarantie übertragen beziehungsweise abgesichert wurden, sowie Zahlungsverpflichtungen der pbb in Verbindung mit dem Übergang von Mitarbeitern auf die FMS Wertmanagement Service GmbH.

Im Zuge der Beendigung des Servicing wechselten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der pbb zur Servicegesellschaft der FMS Wertmanagement, die mit ihrer Kenntnis des Portfolios auch in Zukunft für Kontinuität in dessen Verwaltung sorgen werden.

## Steigerung der Rentabilität

Bis zum Zeitpunkt der Privatisierung strebt der Vorstand der pbb für den Konzern eine weitere deutliche Steigerung der Rentabilität an. Dazu sollen die Ertragsbasis durch profitableres Neugeschäft bei gleichzeitigem Wachstum der strategischen Portfolios gesteigert und die operative Kostenbasis weiter reduziert werden.

Auf die Kostenbasis wirkt sich vor allem die Beendigung des Servicing für das Portfolio der FMS Wertmanagement positiv aus. So sind ab dem 1. Oktober 2013 zwar die Einnahmen aus der Servicing Dienstleistung weggefallen, größtenteils aber auch die damit verbundenen Personal- und Sachkosten. Darüber hinaus besteht weiteres Einsparungspotenzial durch die verringerte Komplexität und die strikte Kostendisziplin in der pbb.

## Steuerungssystem

Die pbb wird nicht auf der Ebene der Einzelgesellschaft gesteuert, sondern auf Konzernebene. Der pbb Konzern besteht neben dem Mutterunternehmen pbb aus einigen Tochterunternehmen von vergleichsweise geringer Bedeutung. Die Messung der Profitabilität basiert daher nicht auf den im Einzelabschluss und -lagebericht der pbb relevanten HGB-Werten sondern auf den Werten nach International Financial Reporting Standards (IFRS) des Konzerns.

Das Wachstum in den strategischen Portfolios der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung zur Erhöhung der Erträge wird unter anderem gemessen durch das abgeschlossene Neugeschäftsvolumen. Das Neugeschäft inklusive Prolongationen mit Laufzeit über einem Jahr, das innerhalb des pbb Konzerns nur in der pbb abgeschlossen wird, ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Höhe der zinstragenden Aktiva und somit auf die zukünftige Ertragskraft. Die Neugeschäftssteuerung und -kalkulation erfolgt dabei in einem barwertigen Steuerungsansatz. Jedes Neugeschäft soll konsistent zur Gesamtbanksteuerung nach Abzug aller Kosten (Vollkostenansatz) einen positiven Wertbeitrag zum Gesamtbankerfolg liefern.

Die Risikosteuerung basiert auf der Risikotragfähigkeitsanalyse. Diese Analyse wird ebenfalls auf Ebene des pbb Konzerns vorgenommen.

Gemäß der Waiver-Regelung nach § 2a KWG ist die pbb von der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kapitalquoten auf Institutsebene befreit. Die Kernkapitalquote (Tier 1 Quote) als zentrale Steuerungsgröße wird jedoch vom pbb Konzern regelmäßig auf Pro-forma-Basis ermittelt. Bei der Kernkapitalquote wird das Kernkapital auf Basis der Definition nach Solvabilitätsverordnung durch die risikogewichteten Aktiva nach Basel II geteilt. Für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung wird seit dem 31. Dezember 2013 der Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für alle Portfolios, für die eine Zulassung beantragt wurde, nach Genehmigung durch die BaFin vollumfänglich angewendet. Mit Umsetzung von Basel III wird als aufsichtsrechtliche Anforderung eine Mindest-CET1-Quote (harte Kernkapitalquote nach Basel III) gemessen.

## Die pbb als Arbeitgeber

Die pbb beschäftigte Ende 2013 insgesamt 836 Mitarbeiter (2012: 1026). Die bereinigte Fluktuation<sup>1</sup> betrug in der pbb im Jahr 2013 12,04 % (2012: 9,98 %).

Im Zusammenhang mit der Übergabe des Servicing für das Portfolio der FMS Wertmanagement an die FMS Wertmanagement Service GmbH mit Ablauf des 30. September 2013 sind insgesamt 109 Mitarbeiter, insbesondere im Wege eines Betriebsübergangs gemäß § 613 a BGB in Deutschland beziehungsweise aufgrund vergleichbarer nationaler Regelungen an ausländischen Standorten, zur FMS Wertmanagement Service GmbH übergegangen. Hierbei wurden die Regelungen zum Betriebsübergang soweit möglich und sinnvoll in die Einzelverträge übernommen.

Gleichzeitig wurden mit Blick auf die Implementierung des Zielmodells einer spezialisierten Pfandbriefbank und der erforderlichen Privatisierung der pbb die notwendigen organisatorischen Veränderungen erfolgreich umgesetzt. Bei den erforderlichen Arbeitsplatzabbaumaßnahmen konnte für die meisten Mitarbeiter eine neue Einsatzmöglichkeit auf einer anderen Funktion erreicht werden. In den Fällen, in denen Mitarbeitern keine neue Funktion angeboten werden konnte, wurden ohne weitergehende gerichtliche Auseinandersetzung auf der Grundlage des geltenden Sozialplanpakets sowie der jeweiligen nationalen Standards einvernehmliche Regelungen getroffen. Mit Ausnahme von Einzelfällen und dem planmäßigen späteren Abbau von Funktionen konnte der Personalabbau im Jahr 2013 abgeschlossen werden.

Personalentwicklung ist ein wichtiges Element in der pbb. Das bereits im Jahr 2012 verbesserte Weiterbildungsangebot wurde im Jahr 2013 fortgeführt und den Fortbildungsbedürfnissen der Fachbereiche und Mitarbeiter weiter angepasst. Nachdem der Schwerpunkt im Jahr 2012 auf internen Führungsseminaren sowie externen Schulungen in den Bereichen Bilanzanalyse und Gutachterqualifizierung lag, wurde das Angebot im Jahr 2013 um neue externe Schulungen und Trainings sowohl zu Fachthemen, etwa im Zusammenhang mit den regulatorischen Anforderungen und Neuerungen im Kapitalmarktrecht, Kreditrisiko und Zinsderivaten, als auch zu Anforderungen in den Bereichen Sozial- und Methodenkompetenz ergänzt.

Für interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen wurden im Jahr 2013 0,9 Mio. € (2012: 1,2 Mio. €) aufgewendet. Der Rückgang des Qualifizierungsaufwands ist auf den für 2013 geplanten Mitarbeiterrückgang im Zusammenhang mit der Beendigung des Servicing für das Portfolio der FMS Wertmanagement zurückzuführen.

---

<sup>1</sup> Unter bereinigter Fluktuation versteht man die Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank, durch Ablauf befristeter Verträge oder durch Abschluss eines Aufhebungsvertrages. Das Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, oder Konzerntransfer ist darin nicht berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Quote zusätzlich um den Einmaleffekt des Übergangs von Mitarbeitern auf die FMS Wertmanagement Service GmbH bereinigt.

## Vergütungsbericht

Im Folgenden sind die individualisierten Bezüge für jedes Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats veröffentlicht, die die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013 erhalten haben.

### Vorstand

Die pbb leistet keine Bezüge für die Tätigkeit ihres Vorstands, der zugleich Vorstand des Mutterunternehmens HRE Holding ist. Die Bezüge des Vorstands wurden ausschließlich von der HRE Holding geleistet, die Pensionszusagen bestehen ebenfalls ausschließlich bei der HRE Holding. Insofern werden im Folgenden aus Informations- und Transparenzgründen die von der HRE Holding geleisteten Konzernbezüge und Pensionszusagen des Vorstands dargestellt:

in Tsd. €	2013			2012		
	Monetäre Vergütung	Sachbezüge <sup>1)</sup>	Insgesamt	Monetäre Vergütung	Sachbezüge <sup>1)</sup>	Insgesamt
Manuela Better <sup>2)</sup>	500	17	517	500	15	515
Wolfgang Groth	500	18	518	500	42	542
Dr. Bernhard Scholz <sup>2)</sup>	500	16	516	500	24	524
Alexander von Uslar <sup>2)</sup>	500	23	523	500	23	523
<b>Insgesamt</b>	<b>2.000</b>	<b>74</b>	<b>2.074</b>	<b>2.000</b>	<b>104</b>	<b>2.104</b>

<sup>1)</sup> Darin enthalten: Sachaufw and für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen

<sup>2)</sup> Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge.

### Pensionszusagen der Vorstandsmitglieder der HRE Holding

in Tsd. €	2013		2012
	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen per 31.12.
Manuela Better	3.160	245	2.915
Dr. Bernhard Scholz	2.975	230	2.745
Alexander von Uslar	2.494	222	2.272
<b>Insgesamt</b>	<b>8.629</b>	<b>697</b>	<b>7.932</b>

### Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der pbb erhalten gemäß § 10 Abs. 1 der Satzung eine jährliche Vergütung von 10.000 €. Die Ausschusstätigkeit wird nicht gesondert vergütet. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Die Bank erstattet die Reisekosten, Sitzungsgelder werden nicht bezahlt.



## Rückstellungen Aufsichtsratsvergütung pbb

in €	2013		2012	
	Vergütung	Umsatz- steuer	Insgesamt	Insgesamt
Jährliche Vergütung je Mitglied	10.000	19%		
Dr. Günther Bräunig	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Christian Gebauer-Rochholz <sup>1)</sup> , ab 21.11.2012	10.000	-	10.000	1.370
Dr. Alexander Groß <sup>2)</sup> , ab 1.6.2012	10.000	-	10.000	5.850
Dagmar Kollmann <sup>3)</sup>	10.000	-	10.000	11.900
Georg Kordick <sup>1)</sup>	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Ludger Schuknecht <sup>2)</sup> , ab 1.6.2012	10.000	-	10.000	5.850
Heike Theißing <sup>1)</sup>	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Bernd Thiemann	10.000	1.900	11.900	11.900
Dr. Hedda von Wedel	10.000	1.900	11.900	11.900
<b>Insgesamt</b>	<b>90.000</b>	<b>9.500</b>	<b>99.500</b>	<b>84.470</b>

<sup>1)</sup> Arbeitnehmervertreter

<sup>2)</sup> Die Vertreter der Ministerien nehmen die Aufsichtsrats Tätigkeit auf Veranlassung ihres Dienstherrn wahr, daher unterliegen die Einnahmen aus dieser Tätigkeit nicht der Umsatzsteuer.

<sup>3)</sup> Aufgrund des Wohnortes im Ausland keine Umsatzsteuer, stattdessen führt die Gesellschaft die Aufsichtsratssteuer ab.

## Vergütung der Mitarbeiter

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt unter Beachtung der regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen, insbesondere des Restrukturierungsgesetzes. Das im Geschäftsjahr 2010 eingeführte neue Vergütungssystem wurde im Rahmen der Implementierung dieser Anforderungen an die speziellen Regelungen und Anforderungen zum Verbot variabler Vergütung angepasst. Es wird als Zielsystem weiterhin aufrechterhalten, die variable Vergütung als eine Komponente dieses Systems ist aber nach wie vor suspendiert. Den unter anderem aus der Institutsvergütungsverordnung abgeleiteten regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf zum Beispiel Langfristigkeit, Nachhaltigkeit oder aber auch an angemessene steuerungs- und verhaltensanreizbietende Wirkung konnte daher unverändert nicht vollumfänglich Rechnung getragen werden. Zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit wurde im Jahr 2011 unter Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen eine Funktionszulage eingeführt, die jedoch hinter der ursprünglich vorgesehene variablen Vergütung in Summe und im Einzelfall deutlich zurück bleibt. Sie ist sowohl mit dem Aufsichtsrat wie auch mit dem Eigentümer abgestimmt. Das Vergütungssystem wird im Jahr 2014 auf mögliche Anpassungserfordernisse vor dem Hintergrund der zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Institutsvergütungsverordnung überprüft werden. Der sich insoweit ergebende Anpassungsbedarf, auch hinsichtlich der aktuell suspendierten Regelungen, wird Gegenstand weiterer Umsetzungsmaßnahmen sein.

## Vergütungsausschuss

Der Vergütungsausschuss setzte sich im Jahr 2013 aus Vertretern der Vertriebseinheiten sowie der Bereiche Human Resources, Treasury, Portfolio Administration, Risk Management & Control, Board Office/Compliance, Finance sowie einem Vertreter des Internal Audit (Mitglied ohne Stimmrecht) zusammen. Der CFO/COO, der auch den Bereich Human Resources verantwortet, nimmt den Vorsitz des Vergütungsausschusses wahr.

Der Vergütungsausschuss der pbb hielt im Jahr 2013 insgesamt fünf ordentliche Sitzungen ab. Er befasste sich dabei schwerpunktmäßig mit der Beratung hinsichtlich der Prinzipien der Vergütung im Rahmen der Gehaltsrunde 2013 unter Berücksichtigung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen, der Durchführung der Risikoanalyse und Erarbeitung eines Vorschlags für die Identifizierung der Funktionen mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil der Bank (sogenannte Risk Taker) gemäß § 5 Institutsvergütungsverordnung und der Erstellung des Vergütungsberichtes für das Geschäftsjahr 2012.

Im Jahr 2013 wurden die Risikoanalyse und der Prozess der Identifizierung der sogenannten Risk-Taker-Funktionen ausgeweitet. Hierbei wurden in weiten Teilen bereits die Kriterien zugrunde gelegt, die die Europäische Bankenaufsicht (EBA) im Zusammenhang mit der Durchführung des Konsultationsverfahrens zu den Regulatory Technical Standards (EBA/CP/2013/11) veröffentlicht hat.

In Summe sind 124 Mitarbeiter als Inhaber risikobegründender Funktionen identifiziert worden. Der Vorstand der pbb hat dem Vorschlag des Vergütungsausschusses zugestimmt und den entsprechenden Beschluss hierzu gefasst.

## **Nachhaltigkeit**

Unternehmen tragen Verantwortung für das gesamte Umfeld, in dem sie agieren: ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Kunden und Investoren sowie die Gesellschaft und die Umwelt. Diese Verantwortung fasst die pbb unter Corporate Responsibility zusammen.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung berücksichtigt alle Aspekte der unternehmerischen Verantwortung und legt für das Handeln höchste Maßstäbe an. Leitgedanke der Corporate Responsibility in der pbb ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Das Handeln ist verantwortungsbewusst, langfristig orientiert und berücksichtigt die Konsequenzen für alle Stakeholder des Unternehmens sowie für die Umwelt.

### **Mitarbeiter**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wichtigste Erfolgsfaktor der Bank. Die pbb beschäftigt Frauen und Männer aus vielen verschiedenen Nationalitäten und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund. Es wird besonderer Wert auf Vielfalt gelegt.

Diese Vielfalt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet ein großes Potenzial, und entsprechend fördert die pbb die fachliche, berufliche und persönliche Entwicklung. Der Umgang untereinander ebenso wie das berufliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber Dritten sind in einem Verhaltenskodex festgelegt.

### **Kunden und Investoren**

Als Spezialbank finanziert die pbb im Neugeschäft Projekte professioneller Immobilieninvestoren und Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand. In beiden Geschäftsfeldern legt die pbb hohe Standards bei der Kreditvergabe an. Priorisiert werden hierbei Finanzierungen für Immobilien, die die Anforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen, sowie die Unterstützung der öffentlichen Hand, wenn sie Aufgaben bei der Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur wahrnimmt.

Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes mit der Maßgabe des Grundsatzes »comply or explain« und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Der Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes reflektiert die aktuellen internationalen Entwicklungen und Standards der guten Unternehmensführung.

## Gesellschaft

Aktuell widmet sich die pbb ihrer Verantwortung für die Gesellschaft vor allem über ihre beiden gemeinnützigen Stiftungen, der pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank sowie der Stiftung für Kunst und Wissenschaft. Die Stiftungen mit Sitz in München verfügen über eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital, das ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet wird.

- Die pbb Stiftung Deutsche Pfandbriefbank unterstützt Projekte zur Förderung von Kunst und Kultur mit besonderem Augenmerk auf eine gezielte Unterstützung des Nachwuchses. Zudem fördert sie mit einem bundesweit beachteten Architekturpreis die Verbesserung der architektonischen Kultur bei gewerblichen Projekten in Deutschland und prämiiert ästhetisch und ökologisch vorbildliche Gewerbebauten.
- Die pbb Stiftung für Kunst und Wissenschaft, gegründet im Jahr 1968 von der Württembergischen Hypothekbank, fördert schwerpunktmäßig im Bundesland Baden-Württemberg geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum.

Diesen in erster Linie kulturellen und akademischen Einsatz ergänzt die pbb durch soziales Engagement. Sie unterstützt das Kinderhospiz St. Nikolaus im Allgäu, eine Anlauf- und Erholungsstätte für Familien mit unheilbar und lebensbegrenzt erkrankten Kindern. Daneben fördert die Bank insbesondere Projekte, die entweder die Standorte des Unternehmens betreffen oder bereits ehrenamtlich von Mitarbeitern wahrgenommen werden. Dazu gehört seit dem Jahr 2013 am Unternehmensstandort Unterschleißheim das Jugendzentrum »JugendKulturHaus Gleis 1«, wo in einem ersten Projekt die mobile Jugendarbeit unterstützt wurde. Zusätzlich fördert die pbb persönliches Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Belangen.

Die pbb hat zudem seine Sammlung mit historischem württembergischem Papiergeld als Dauerleihgabe an die HVB Stiftung Geldscheinsammlung übergeben. Sie umfasst rund 8.000 Scheine aus allen Perioden der württembergischen Geldgeschichte und gilt als die größte und bedeutendste Spezialsammlung von württembergischem Papiergeld. In der Geldscheinsammlung der HVB Stiftung bleibt die Sammlung der pbb als Ganzes erhalten und ist für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich.

## Umwelt

Als Finanzdienstleister legt die pbb den Fokus auf einen verantwortungsvollen Ressourceneinsatz sowohl im Konzern selbst als auch bei den Herstellern, die die Bank mit Produkten beliefern.

Die Gebäude der Konzernzentrale in Unterschleißheim bei München weisen eine hohe Energieeffizienz auf. Der gesamte Strombedarf wird dort seit dem Jahr 2011 aus erneuerbaren Energien gedeckt. Arbeitsabläufe sind papiersparend ausgelegt; zum Einsatz kommt ausschließlich als umweltfreundlich zertifiziertes Papier. Auch bei Dienstreisen sind immer Aspekte des Umweltschutzes zu berücksichtigen; so appelliert die pbb an seine Mitarbeiter, innerdeutsche Reisen mit der Bahn durchzuführen. Bei Reisen zwischen den Unternehmensstandorten in München/Unterschleißheim und Frankfurt/Eschborn ist dies sogar zwingend vorgegeben. Die umfassende Ausstattung des Unternehmens mit Videokonferenzanlagen ermöglicht insgesamt eine Reduzierung des Dienstreiseaufkommens. Dienstwagen müssen im Sinne der ökologischen Verträglichkeit Vorgaben bezüglich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einhalten. Fahrzeuge mit einem höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß werden mit einem finanziellen Malus belegt beziehungsweise dürfen gar nicht angeschafft werden. Die gesamte Hardware- Ausstattung der Bank erfüllt die Anforderungen des »Label Green IT«.

## Corporate Responsibility Ratings

Institutionelle Investoren und Finanzdienstleister beziehen heute in ihre Investitionsentscheidungen verstärkt unabhängige Bewertungen der Leistung eines Emittenten im Bereich Corporate Responsibility ein. Diesen Anforderungen der Investoren entspricht die pbb aktuell mit zwei Corporate Responsibility Ratings der Agenturen oekom und imug.

Die Ratingagentur oekom stuft die pbb aktuell mit »Prime« ein. Mit dem oekom Prime-Status werden Unternehmen ausgezeichnet, die im Rahmen des oekom Corporate Ratings zu den führenden Unternehmen ihrer Branche zählen und die branchenspezifischen Mindestanforderungen erfüllen. Von den rund 3.000 durch oekom regelmäßig bewerteten Unternehmen zählen derzeit rund 550 Unternehmen zum sogenannten oekom Prime Universe.

Von der Ratingagentur imug werden die Schuldtitel der pbb bewertet. Im Jahr 2013 wurden die Öffentlichen Pfandbriefe der pbb mit einem »Positiv«-Rating als überdurchschnittlich eingestuft. Die Hypothekendarlehen und ungedeckten Anleihen erhielten mit »Neutral« eine durchschnittliche Bewertung. Zurzeit werden vom imug circa 70 deutsche und europäische Bankanleihenemittenten und Covered Bonds regelmäßig untersucht und bewertet.

# Wirtschaftsbericht

## Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 ist die Weltkonjunktur um 2,2 % gewachsen (2012: 2,4 %). Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Euro-Zone ging im Jahr 2013 nur noch um 0,4 % zurück (Vorjahr: -0,7 %). Deutschland zeigte zwar ein leichtes Wachstum, mit einem Plus von 0,4 % lag es jedoch unter dem Wachstum im Jahr 2012 (0,7 %). In Frankreich lag das reale BIP mit einer Entwicklung von 0,3 % auf Vorjahresniveau, Großbritannien verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von 1,4 % (Vorjahr: 0,2 %). Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Italien (-1,8 %), Spanien (-1,3 %) und Portugal (-1,8 %) hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Die nordischen Länder boten 2013 ein Spektrum zwischen Beinahe- Stagnation und einem Plus von 2 % gegenüber dem Vorjahr. In Osteuropa zeigte sich ein uneinheitliches Bild; hier wies vor allem Polen gute Wachstumsraten auf.

Das Zinsniveau wurde zur ökonomischen Unterstützung in allen für die pbb wichtigen Märkten weiterhin sehr niedrig gehalten. Zum Jahresende 2013 belief sich der Leitzins der Europäischen Zentralbank auf einem historischen Tiefstand von 0,25% (2012: 0,75%). Ursächlich hierfür war vor allem die extrem niedrige Inflation im Euro-Raum.

Die Schuldenstände sind in der Euro-Zone im Jahr 2013 weiter gestiegen. Die Nettoneuverschuldung ist jedoch weiterhin rückläufig, was im Wesentlichen auf die Konsolidierungsanstrengungen zurückzuführen ist, mit denen viele europäische Länder ihre öffentlichen Finanzen wieder nachhaltig stabilisieren wollen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 ist der Euro am Jahresende gegenüber den für die pbb wesentlichen Fremdwährungen stärker geworden. Besonders deutlich fiel der Anstieg gegenüber dem japanischen Yen aus. Im geringeren Maße hat der Wert des Euros gegenüber dem US-Dollar, dem britischen Pfund und der schwedischen Krone zugenommen.<sup>1</sup>

## Branchenbezogene Rahmenbedingungen

### Gesamtsituation der Bankbranche

Die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten ließen im Jahr 2013 nach. Die systemischen Störungen, die aus der europäischen Staatsschuldenkrise resultierten, konnten durch vielfältige Maßnahmen der Politik und der Notenbanken eingedämmt werden. Die Krise ist jedoch nach wie vor nicht überwunden.

Die Ertragssituation der Banken wurde deutlich durch das sehr niedrige Zinsniveau belastet. Zudem mussten Kreditinstitute angesichts neuer regulatorischer Anforderungen abwägen, welche Geschäftsaktivitäten unter den Gesichtspunkten von Rentabilität, Kosten, Eigenkapital und Liquidität zukünftig noch attraktiv sind. Hier stand vor allem die Implementierung des als Basel III bezeichneten Reformpakets im Vordergrund. Die Umsetzung in der Europäischen Union wird über eine Neufassung der Capital Requirements Directive (CRD) erfolgen und soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten. Auch die geplante Übertragung der Aufsicht über die systemrelevanten Banken der Euro-Zone auf die Europäische Zentralbank bedeutete für die betroffenen Banken erheblichen Aufwand. Neue Rechnungslegungsstandards und Berichterstattungspflichten erhöhten die Komplexität des Geschäfts zusätzlich.

Die Wahrnehmung der Bankbranche in der breiten Öffentlichkeit war insbesondere wegen der juristischen Aufarbeitungen verschiedenster Sachverhalte unverändert sehr kritisch.

---

<sup>1</sup> Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, EZB, IWF

## Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Der Trend, in Immobilien zu investieren, hielt im Jahr 2013 unvermindert an. Begünstigt wurde diese Entwicklung insbesondere durch das anhaltend niedrige Zinsniveau. Das Investitionsvolumen lag in allen wichtigen Immobilienmärkten deutlich über dem Vorjahr und erreichte den höchsten Wert seit 2007. Bei gut vermieteten Objekten in zentralen Lagen Mittel- und Nordeuropäischer Länder war die Nachfrage deutlich größer als das Angebot, was zu einem signifikanten Anstieg der Preise geführt hat. Um dieser Entwicklung auszuweichen, wurde auch wieder stärker in Objekte unterhalb des Premiumsegments investiert.

In Deutschland entfiel der Großteil der Transaktionen auf die großen Ballungsräume. In Großbritannien wurde das Angebot vor allem in zentralen Lagen und bei guten Objekten knapp. In Frankreich ist die zukünftige konjunkturelle Entwicklung ein entscheidender Einflussfaktor. Derzeit steigende Leerstände in zweitklassigen Büroimmobilien sind ein Zeichen für eine Unsicherheit im Markt.

Das gestiegene Transaktionsvolumen wirkte sich positiv auf das Neugeschäft der Immobilienfinanzierer aus, das deutlich über dem Vorjahresniveau lag. Für die deutschen Pfandbriefbanken gingen dabei wesentliche Impulse vom Büroimmobilienmarkt aus. Auch in den anderen Teilmärkten entwickelte sich das Finanzierungsgeschäft positiv.<sup>1</sup>

## Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die Volatilität der Finanzmärkte in der Euro-Zone hat sich durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank im September 2013, ein OMT-Programm (»Outright Monetary Transactions«) umzusetzen, deutlich reduziert. Infolgedessen hat sich die Lage in allen Marktsegmenten der Kommunalfinanzierung weitgehend normalisiert. Zudem wiesen ehemals von der Krise der Staatsfinanzen stark betroffene Länder erste positive Entwicklungen auf: Irland hat den Europäischen Rettungsschirm verlassen und ist an den Kapitalmarkt zurückgekehrt. Zudem sehen die Ratingagenturen die Entwicklung der spanischen Staatsfinanzen weniger kritisch.

Das Finanzierungsangebot, das in der Kommunalfinanzierung von privaten Banken und Förderbanken bereitgestellt wurde, reichte insbesondere in den von der Staatsschuldenkrise weniger betroffenen Ländern aus, um den Großteil aller relevanten kommunalen Investitionsvorhaben zu finanzieren. Die finanzierenden Banken und Investoren betrachteten die finanzielle Situation der Länder im Fokus und deren unterstaatlicher Ebenen jedoch nach wie vor kritisch. Die dadurch differenzierte Bonitätseinschätzung von Kommunen und Gebietskörperschaften blieb somit im Jahresverlauf bestehen.

In Deutschland bot der Markt ausreichend Finanzierungsnachfrage. Allerdings wurden weiterhin Finanzierungen mit sehr langen Laufzeiten angefragt und von lokalen Wettbewerbern (vor allem von öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken) bei sehr niedrigen Margen gewährt. Der Markt in der klassischen Öffentlichen Investitionsfinanzierung war dadurch für die restlichen Anbieter sehr herausfordernd. Im französischen Markt war der Wettbewerb wieder intensiver, was sich in sinkenden Margen niederschlug.

In den nordeuropäischen Ländern war es möglich, Geschäfte mit hoher Kreditqualität und attraktivem Risiko-/Ertragsprofil abzuschließen. Maßgebliche Faktoren hierfür waren der Rückzug beziehungsweise die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten anderer internationaler Wettbewerber und der Rückzug lokaler Banken. Bei der Budgetfinanzierung entwickelten sich die Risikoaufschläge in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In Deutschland und Frankreich stiegen sie auf dem Sekundärmarkt von ihren historischen Tiefstständen im Verlauf des Jahres 2013 leicht an. In den Ländern Italien, Spanien und Portugal haben sich die Risikoaufschläge reduziert und im Jahresverlauf weiter von ihren historischen Höchstständen entfernt.

---

<sup>1</sup> Quellen: Research von CBRE, Verband deutscher Pfandbriefbanken

## Refinanzierungsmärkte

Die Kapitalmärkte waren im Jahr 2013 durch das Niedrigzinsumfeld, die expansive Geldpolitik und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Zentralbanken geprägt.

Zu Beginn des Jahres 2013 setzte sich die positive Stimmung aus dem Vorjahr zunächst fort. Im Umfeld historisch niedriger Zinsen veränderte sich der Fokus vieler Investoren; zur Erzielung höherer Renditen gingen sie größere Risiken ein. Dies sorgte für eine erhöhte Nachfrage nach ungedeckten Anleihen und nach Papieren aus der europäischen Peripherie. Im Sommer führten wiederaufkommende Sorgen um die Bewältigung der Staatsschuldenkrise infolge des Bail-out in Zypern zu einer erhöhten Volatilität an den Märkten. Der Pfandbrief blieb für Anleger weiter attraktiv und am Primärmarkt konnten Papiere erneut zu verbesserten Risikoaufschlägen platziert werden. Erstmals nach der Krise wurden wieder Anleihen mit einer 15-jährigen Laufzeit ausgeben.

Erste Spekulationen um ein Zurückfahren der expansiven Geldpolitik sorgten bis in das dritte Quartal 2013 für einen Anstieg der langfristigen Zinsen und Verunsicherung bei Investoren. Seitdem waren die Märkte durch die Unsicherheit über einen möglichen Ausstieg der Zentralbanken aus den Unterstützungsmaßnahmen geprägt. Die Debatte um das Haushaltsdefizit und die damit verbundene temporäre Schließung einzelner Verwaltungsbereiche in den USA ließ die amerikanische Zentralbank jedoch noch an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten. In der Euro-Zone veranlassten eine uneinheitliche Entwicklung der Staaten sowie aufkommende Deflationstendenzen die EZB sogar dazu, die Liquiditätsversorgung mit einer Zinssenkung im November 2013 noch weiter auszubauen.

Diese Liquiditätssituation erleichterte die Refinanzierung der Kreditinstitute und führte zu einem deutlichen Rückgang der Risikoaufschläge bei Pfandbriefen und ungedeckten Anleihen. Auch kleinere Privatplatzierungen von Schuldscheindarlehen wurden von deutschen Investoren gut aufgenommen.

## Geschäftsverlauf

Im Jahr 2013 hat die pbb weitere Erfolge bei der Restrukturierung und Komplexitätsreduzierung, im Finanzierungsneugeschäft, in der Portfoliooptimierung sowie bei der Emission bzw. bei der Rücknahme von besicherten und unbesicherten Papieren erzielt. Diese Erfolge spiegeln sich aufgrund von Sondereffekten jedoch nur bedingt in der Gewinn-und-Verlustrechnung der Bank wider, die ein Ergebnis vor Steuern von –56 Mio. € ausweist. Die pbb hat damit die Prognose für das Jahr 2013 nicht erreicht, die ein positives Vorsteuerergebnis mit einer signifikanten Erhöhung gegenüber dem Jahr 2012 (23 Mio. €) vorsah.

Ursache für das Verfehlen der Prognose waren zahlreiche Einmaleffekte, die das Vorsteuerergebnis beeinflussten. Close Outs im Rahmen der Optimierung des Derivatebestandes belasteten den Zinsüberschuss mit –224 Mio. €. Zudem wirkte sich eine nachgeholte Zinszahlung an ein Tochterunternehmen mit –94 Mio. € im Zinsüberschuss aus, die nicht phasengleich als Dividende wieder vereinnahmt werden kann. Aus diesen beiden Gründen ist der Zinsüberschuss nicht wie erwartet gegenüber dem Jahr 2012 gestiegen, sondern gesunken. Ein positiver Einmaleffekt in Höhe von 79 Mio. € resultierte dagegen aus dem Verkauf der Little Britain Holdings (Jersey) Ltd, Jersey, was zu einem über den Erwartungen liegenden Finanzanlageergebnis führte. Die verkaufte Gesellschaft enthielt im Wesentlichen eine erfolgreich restrukturierte Immobilie.

Begünstigt wurde das Vorsteuerergebnis durch das gestiegene Neugeschäftsvolumen zu Margen, die über dem Vorjahr und dem Bestandsportfolio lagen. Mit 8,2 Mrd. € entsprach das Neugeschäftsvolumen der Prognose der pbb, den Wert des Jahres 2012 von 5,6 Mrd. € deutlich zu übersteigen. Positiv wirkte sich zudem die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen aus, die wie am Jahresanfang prognostiziert, gegenüber dem Vorjahr abnahmen (–323 Mio. €; 2012: –367 Mio. €). Ursache hierfür waren die Erfolge bei der in den vergangenen Jahren durchgeführten Restrukturierung der pbb. Zudem entfiel im vierten Quartal 2013 der Aufwand für das Servicing des Portfolios der FMS Wertmanagement. Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 68,4 Mrd. €. Damit ist die Summe der Vermögenswerte, wie am Jahresanfang erwartet, gegenüber dem Vorjahresende (83,2 Mrd. €) deutlich gesunken. Ursache für den Rückgang war im Wesentlichen die bilanzwirksame Übertragung von Hypothekendarlehen an die FMS Wertmanagement und die Rückzahlung der Dreijahres-Tender. Aus diesen Gründen haben auch die Verbindlichkeiten, wie am Jahresanfang prognostiziert, abgenommen.

## Ertragslage

Das Ergebnis vor Steuern lag mit –56 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres. Im Detail stellt sich die Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform des Jahres 2013 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	2013	2012	Veränderung
Zinsüberschuss	52	147	-95
Provisionsüberschuss	11	33	-22
Personalaufwand	-125	-131	6
Sachaufwand	-198	-236	38
Andere Verwaltungsaufwendungen	-186	-222	36
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-12	-14	2
Verwaltungsaufwendungen insgesamt	-323	-367	44
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	109	143	-34
<b>Betriebsergebnis (vor Risikovorsorge)</b>	<b>-151</b>	<b>-44</b>	<b>-107</b>
Risikovorsorge	15	153	-138
Ergebnis aus Finanzanlagen	72	-8	80
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-47	47
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-64</b>	<b>54</b>	<b>-118</b>
Außerordentliches Ergebnis	8	-31	39
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-56</b>	<b>23</b>	<b>-79</b>
Steuern	3	6	-3
<b>Jahresüberschuss (+) /-fehlbetrag (-)</b>	<b>-53</b>	<b>29</b>	<b>-82</b>
Verlustvortrag	-3.266	-3.348	82
Entnahmen aus Genussrechtskapital	5	-	5
Entnahme aus stiller Beteiligung	37	53	-16
Wiederauffüllung aus Genussrechtskapital	-10	-	-10
<b>Bilanzverlust</b>	<b>-3.287</b>	<b>-3.266</b>	<b>-21</b>

**Operative Erträge** Die operativen Erträge (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen) betragen 172 Mio. € (2012: 323 Mio. €). Die Gründe für den Rückgang waren vor allem die negativen Einmaleffekte im Zinsüberschuss.

Der **Zinsüberschuss** des Geschäftsjahres 2013 lag mit 52 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2012: 147 Mio. €). Wie im Vorjahr enthielt der Zinsüberschuss in signifikantem Umfang Close-Out-Aufwendungen aus Derivaten (-224 Mio. €; 2012: -221 Mio. €). Die Close-Outs wurden im Rahmen von Schuldnerwechseln beziehungsweise weiteren Optimierungen des Derivatebestandes durchgeführt. Darüber hinaus beinhaltete der Zinsüberschuss einen Aufwand in Höhe von -94 Mio. € aus einer nachgeholten Zinszahlung an ein Tochterunternehmen, die nicht phasengleich als Dividende wieder vereinnahmt werden kann. Dadurch ist der Vergleich mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich, da die nachgeholte Zinszahlung ein nicht wiederkehrendes Ereignis darstellt. Positiv wirkten sich dagegen Rückzahlungen von Forderungen und Rücknahmeentschädigungen aus, die sich im Jahr 2013 auf 34 Mio. € beliefen (2012: 16 Mio. €). Zudem profitierte der Zinsüberschuss vom Neugeschäft, dessen Marge über der des Bestandsportfolios lag. Die im Geschäftsjahr 2013 erneut gesunkenen Marktzinsen haben die Ergebnisbeiträge der nicht langfristig investierten Eigenmittel zum Zinsüberschuss geschmälert.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 11 Mio. € (2012: 33 Mio. €). Die Provisionserträge enthielten die Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von einer Tochtergesellschaft gewährten Kredite in Höhe von 4 Mio. € (2012: 4 Mio. €) und Einnahmen aus Bearbeitungsgebühren aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 12 Mio. € (2012: 31 Mio. €). Die Provisionsaufwendungen bestanden unter anderem aus Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von -1 Mio. € (2012: -2 Mio. €).

Der **Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen** belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 109 Mio. € (2012: 143 Mio. €). Aus den, gemäß der Auflage der Europäischen Kommission am 30. September 2013 grundsätzlich beendeten Dienstleistungen für das Portfolio der FMS Wertmanage-



ment resultierte ein Ertrag in Höhe von 58 Mio. € (2012: 92 Mio. €). Die korrespondierenden Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich ebenfalls. Aus IT-Dienstleistungen gegenüber den Schwesterunternehmen DEPFA und HRE Holding resultierten Erträge von 37 Mio. € (2012: 41 Mio. €). Die Bankenabgabe belastete den Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen mit –11 Mio. € (2012: –24 Mio. €). Aus Währungsveränderungen ergab sich ein Ertrag von 2 Mio. € (2012: 2 Mio. €).

**Verwaltungsaufwendungen** Die Verwaltungsaufwendungen konnten im Jahr 2013 deutlich auf –323 Mio. € reduziert werden (2012: –367 Mio. €). In den gesunkenen Verwaltungsaufwendungen spiegeln sich die Erfolge bei den in den vergangenen Jahren durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen der pbb wider. Zudem hat ab dem vierten Quartal 2013 der Wechsel von Mitarbeitern der pbb zur FMS Wertmanagement Service GmbH zu niedrigeren Verwaltungsaufwendungen maßgeblich beigetragen. Insgesamt sank der Personalaufwand auf –125 Mio. € (2012: –131 Mio. €). Der Sachaufwand konnte insbesondere durch niedrigere Beratungs- und IT-Aufwendungen auf –198 Mio. € (2012: –236 Mio. €) verringert werden.

**Risikovorsorge** In der Risikovorsorge wurden im Jahr 2013 netto 15 Mio. € aufgelöst (2012: Nettoauflösungen von 153 Mio. €). In der Auflösung spiegelt sich die gute Entwicklung der Märkte der pbb wider. Zudem profitierte die pbb von erfolgreichen Restrukturierungen leistungsgestörter Engagements. Die Risikovorsorge beinhaltet Nettozuführungen zu Pauschalwertberichtigungen in Höhe von –9 Mio. € (2012: Auflösungen 23 Mio. €).

**Ergebnis aus Finanzanlagen** Der Saldo des Finanzanlageergebnisses betrug 72 Mio. € (2012: –8 Mio. €) und resultierte mit 79 Mio. € überwiegend aus dem Verkauf der Little Britain Holdings (Jersey) Ltd., Jersey, die im September 2013 veräußert wurde. Die verkaufte Gesellschaft enthielt im Wesentlichen ein von der pbb erfolgreich restrukturiertes Gebäude. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen im Wertpapierbestand des Anlagevermögens in zulässiger Weise in Höhe von 1.360 Mio. € unterlassen (2012: 2.309 Mio. €).

**Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken** Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden im Geschäftsjahr 2013 keine Beträge zugeführt oder entnommen (2012 Zuführung von –47 Mio. €).

**Betriebsergebnis** Nach Risikovorsorge und Ergebnis aus Finanzanlagen ergibt sich ein Betriebsergebnis in Höhe von –64 Mio. € (2012: 54 Mio. €).

**Außerordentliches Ergebnis** Das Außerordentliche Ergebnis belief sich auf 8 Mio. € (2012: –31 Mio. €). Der Posten resultierte hauptsächlich aus Veränderungen der Restrukturierungsrückstellungen, die sich aus Aktualisierungen infolge der Validierungen der in die Berechnung einfließenden Parameter ergaben.

**Ergebnis vor Steuern** Im Jahr 2013 hat die pbb ein Ergebnis vor Steuern von –56 Mio. € (2012: 23 Mio. €) erzielt.

**Steuern** Die Steuern (3 Mio. €; 2012: 6 Mio. €) setzen sich aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag und den sonstigen Steuern zusammen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 3 Mio. € (2012: 5 Mio. €). Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und liegt mit –3 Mio. € (2012: –12 Mio. €) unter den Erträgen aus Steuererstattungen in Höhe von 6 Mio. € (2012: 17 Mio. €), die anderen Geschäftsjahren zuzurechnen sind. Die sonstigen Steuern betragen 0 Mio. € (2012: 1 Mio. €).

**Ergebnis nach Steuern** Nach Steuern wird ein Jahresfehlbetrag für 2013 in Höhe von –53 Mio. € (2012: 29 Mio. €) ausgewiesen.

**Bilanzverlust** Der Bilanzverlust in Höhe von –3.287 Mio. € resultiert aus dem Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von –3.266 Mio. €, dem Jahresfehlbetrag 2013 von –53 Mio. €, der Entnahme aus stiller Beteiligung von 37 Mio. € sowie aus der Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals von –10 Mio. € und der Entnahme aus Genussrechtskapital von 5 Mio. €.

## Vermögenslage

<b>Aktiva</b>			
in Mo. €	2013	2012	Veränderung
Barreserve	3.532	1.929	1.603
Forderungen an Kreditinstitute	6.659	8.981	-2.322
Forderungen an Kunden	34.900	47.417	-12.517
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.522	23.820	-1.298
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	2	-
Beteiligungen	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	211	274	-63
Treuhandvermögen	3	3	-
Immaterielle Anlagewerte	16	27	-11
Sachanlagen	2	3	-1
Sonstige Vermögensgegenstände	176	340	-164
Rechnungsabgrenzungsposten	402	399	3
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	18	27	-9
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>68.443</b>	<b>83.222</b>	<b>-14.779</b>

### Allgemeine Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der pbb betrug zum Bilanzstichtag 68,4 Mrd. € und war damit um 14,8 Mrd. € niedriger als am Vorjahresende (2012: 83,2 Mrd. €). Nicht rückläufig war dagegen das Nominalvolumen der strategischen Portfolios der ausbezahlten Immobilienfinanzierungen und der ausbezahlten Öffentlichen Investitionsfinanzierungen (27,6 Mrd. €, 2012: 29,8 Mrd. €). Das Neugeschäft konnte die planmäßigen und vorzeitigen Rückzahlungen in den strategischen Portfolios vollständig kompensieren. Insgesamt ging das Portfoliovolumen jedoch aufgrund von nicht vollständig ausgezahlten Zusagen und aufgrund von Währungseffekten zurück.

Der Rückgang der Bilanzsumme resultierte überwiegend aus der Rückzahlung des Dreijahres-Tenders, der bilanzwirksamen Übertragung von Hypothekendarlehen an die FMS Wertmanagement und dem strategiekonformen Abschmelzen des nicht-strategischen Portfolios.

Die im Dezember 2011 und Februar 2012 im Rahmen des Dreijahres-Tenders aufgenommene Liquidität in Höhe von 4,0 Mrd. € wurde zu den erstmöglichen Terminen im Januar beziehungsweise Februar 2013 vollständig zurückgezahlt.

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2010 wurden Hypothekendarlehen zum Transfer des wirtschaftlichen Risikos synthetisch an die FMS Wertmanagement übertragen, blieben jedoch im Deckungsstock der pbb und damit bilanzwirksam. Aus der Weiterleitungsverpflichtung der daraus resultierenden Cashflows ergab sich eine Verbindlichkeit gegenüber der FMS Wertmanagement in gleicher Höhe. Diese Darlehen wurden im August 2013 bilanzwirksam an die FMS Wertmanagement übertragen und hatten zu diesem Zeitpunkt einen Buchwert von 6,4 Mrd. € (2012: 7,5 Mrd. €). Hierdurch haben sich die Bilanzposten Forderungen an Kunden beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten reduziert.

Die übrigen aus der Übertragung auf die FMS Wertmanagement entstandenen Effekte verringerten sich im Geschäftsjahr 2013 weiter und sind nur noch von untergeordneter Bedeutung. So hält die pbb aufgrund von Fälligkeiten keine Wertpapiere mehr, die von der FMS Wertmanagement emittiert wurden. Hierdurch sank die Bilanzsumme um 2,2 Mrd. € im Vergleich zum 31. Dezember 2012. Darüber hinaus legt die pbb seit dem 16. September 2013 keine überschüssige Liquidität mehr für die FMS Wertmanagement bei der Zentralbank an (2012: 0,5 Mrd. €). Hierdurch haben sich die Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entsprechend reduziert.

Der Rückgang des nicht-strategischen Portfolios spiegelte sich vor allem in den Budgetfinanzierungen wider, deren Nominalvolumen im Berichtsjahr um 4,9 Mrd. € auf 22,8 Mrd. € (2012: 27,7 Mrd. €) abnahm.

## Investitionen

Der Geschäftszweck der pbb ist das Betreiben des Bankgeschäfts und hierbei insbesondere des Kreditgeschäfts. Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte haben daher eine untergeordnete Bedeutung. Dennoch hat die pbb im Jahr 2013 auch in diesen Bereichen investiert. Im Rahmen eines Projektes erfolgte 2013 die Trennung der IT-Systeme von der FMS Wertmanagement. Ferner wurde die Entflechtung vom Schwesterunternehmen DEPFA weiter forciert. Die Zugänge der erworbenen Software betragen im Berichtsjahr 2 Mio. € (2012: 3 Mio. €). Finanzanlagen erwirbt die pbb vor allem zur Portfoliooptimierung, wie z.B. zur Anlage der Liquiditätspositionen und der Eigenmittel.

## Finanzlage

### Passiva

in Mio. €	2013	2012	Veränderung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.953	9.678	-4.725
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.776	31.827	-2.051
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.531	28.231	300
Treuhandverbindlichkeiten	3	3	-
Sonstige Verbindlichkeiten	178	7.986	-7.808
Rechnungsabgrenzungsposten	640	475	165
Rückstellungen	375	439	-64
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.438	1.976	-538
Genussrechtskapital	-	-	-
Fonds für allgemeine Bankrisiken	47	47	-
<b>Bilanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>65.941</b>	<b>80.662</b>	<b>-14.721</b>
Bilanzielles Eigenkapital	2.502	2.560	-58
<b>Summe der Passiva</b>	<b>68.443</b>	<b>83.222</b>	<b>-14.779</b>

## Verbindlichkeiten

Die gesamten Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 65,9 Mrd. €, nach 80,7 Mrd. € zum Vorjahresstichtag. Wie auf der Aktivseite resultierte der Rückgang im Wesentlichen aus der bilanzwirksamen Übertragung von Hypothekendarlehen an die FMS Wertmanagement und der Rückzahlung des Dreijahres-Tenders.

Der geringere Refinanzierungsbedarf hatte aufgrund des strategiekonformen Abschmelzens einiger Portfolios auf der Aktivseite einen reduzierten Bestand an bilanziellen Verbindlichkeiten zur Folge.

## Kapital

**Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals** Die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	2013	2012	Veränderung
Grundkapital	380	380	-
Stille Einlage	92	129	-37
<b>gezeichnetes Kapital</b>	<b>472</b>	<b>509</b>	<b>-37</b>
Kapitalrücklage	5.038	5.038	-
Gew innrücklage	279	279	-
Bilanzverlust	-3.287	-3.266	-21
<b>Eigenkapital</b>	<b>2.502</b>	<b>2.560</b>	<b>-58</b>

Aufgrund eines höheren Bilanzverlustes und der Herabsetzung der stillen Einlage verringerte sich das bilanzielle Eigenkapital zum Bilanzstichtag leicht auf 2,5 Mrd. € (2012: 2,6 Mrd. €).

**Kapitalmaßnahmen** Das Grundkapital betrug sowohl zum 31. Dezember 2013 als auch zum Vorjahresstichtag 380.376.059,67 € und war eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,83 € je Stückaktie. Die Hypo Real Estate Holding war der alleinige Aktionär der pbb. Zum 31. Dezember 2013 bestand weder genehmigtes noch bedingtes Kapital.

Die stille Einlage wurde zum Jahresende 2013 auf 92 Mio. € herabgesetzt (2012: 129 Mio. €). Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen wurden in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 nicht durchgeführt. Derzeit sind keine konkreten Kapitalmaßnahmen vorgesehen. Allerdings hat die Europäische Kommission im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfverfahren die Privatisierung der pbb bis zum Jahresende 2015 vorgeschrieben.

**Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen gemäß Solvabilitätsverordnung** Gemäß der „Waiver-Regelung“ nach § 2a KWG ist die pbb befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

## Liquidität

**Grundsätze und Ziele des Liquiditäts- und Finanzmanagements** Hauptziel des Finanzmanagements ist es, die Liquidität der pbb so zu sichern und zu steuern, dass deren Finanzierungs- und Refinanzierungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Das zentrale Liquiditätsmanagement übernimmt in der pbb der Bereich Treasury mittels Liquiditätsaufnahmen und -anlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und dem Interbankengeldmarkt sowie bei Zentralbanken und sonstigen Liquiditätsquellen. Die Liquiditätsrisikostategie ist analog der Waiver-Regelung hingegen Bestandteil der Risikostategie der HRE.

**Restlaufzeiten** Das Management der Bilanzstruktur der pbb erfolgt durch das Group Asset and Liability Committee (ALCO) der HRE, das gleichzeitig für die pbb tätig ist. In der folgenden Aufstellung werden die Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenübergestellt:

### Restlaufzeitengliederung der Bilanz

in Mio. €	2013		2012	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
bis 3 Monate	11.011	7.582	15.887	11.343
3 Monate bis 1 Jahr	5.308	6.021	6.796	6.460
1 Jahr bis 5 Jahre	24.824	27.841	30.543	28.591
Über 5 Jahre	26.470	23.254	28.921	25.318
Sonstige Aktiva <sup>1)</sup> /Passiva <sup>2)</sup>	830	3.745	1.075	11.510
<b>Insgesamt</b>	<b>68.443</b>	<b>68.443</b>	<b>83.222</b>	<b>83.222</b>

<sup>1)</sup> Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Treuhandvermögen, Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen, Sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten, Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

<sup>2)</sup> Treuhandverbindlichkeiten, Sonstige Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Fonds für allgemeine Bankrisiken, Eigenkapital

**Liquiditätsmanagement** Die Liquiditätssteuerung erfolgt zentral durch das Treasury. Die Vertriebseinheiten erhalten bei Abschluss von Neugeschäft eine interne Eins-zu-Eins-Refinanzierung. Dadurch werden Risiken gebündelt und zentral gesteuert. Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2013 3,03 (2012: 2,28). Damit lag sie deutlich über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

**Refinanzierung** Unterstützt durch die Geldpolitik der Zentralbanken und das historische Niedrigzinsumfeld verstärkte sich die Nachfrage der Investoren nach Anlagemöglichkeiten mit Renditeaufschlag. Ungedeckte

Emissionen profitierten von der gesteigerten Risikobereitschaft. Mit der zunehmenden Marktvolatilität infolge des Bail-out in Zypern und der Sorge vor dem Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik wurde der Pfandbrief noch attraktiver für Anleger.

Die pbb hat die Emissionstätigkeit mit einem Gesamtvolumen von 7,7 Mrd. € (2012: 6,5 Mrd. €) weiter erhöht. Davon entfielen 4,5 Mrd. € (2012: 3,0 Mrd. €) auf Benchmark-Emissionen. Die Emissionen erfolgten überwiegend auf festverzinslicher Basis. Das Neugeschäft auf der Aktivseite wurde im Berichtsjahr dagegen vor allem variabelverzinslich abgeschlossen, wobei das Zinsrisiko des Kreditnehmers regelmäßig mit einem Kundenderivat gesichert wird. Offene Zinspositionen der pbb werden in der Regel durch einen Tausch von fixer in variable Verzinsung abgesichert.

Mit ihren Emissionen konnte die pbb im Jahr 2013 einen Anteil von rund 10 % des Emissionsvolumens am deutschen Pfandbriefmarkt erreichen. Ihre Aktivität an den Refinanzierungsmärkten hat die pbb zusätzlich durch die Emission eines Öffentlichen Pfandbriefes mit einer 15-jährigen Laufzeit sowie zweier unbesicherter Benchmarkanleihen über insgesamt 1,4 Mrd. € unterstrichen. Zudem hatten alle Benchmarkemissionen im Berichtsjahr ihr Laufzeitende nach 2015, also nach dem von der Europäischen Kommission vorgeschriebenen Privatisierungszeitpunkt. Insgesamt betragen die verbrieften Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag 28,5 Mrd. € (2012: 28,2 Mrd. €). In Fremdwährung wurden Hypothekendarlehen in Höhe von 375 Mio. GBP emittiert.

Darüber hinaus bietet die pbb seit März 2013 Tages- und Festgeldanlagen für Privatanleger an; das Einlagevolumen belief sich zum Jahresende auf 0,6 Mrd. €. Damit hat die pbb ihre Basis für die unbesicherte Refinanzierung erweitert.

ISIN	Ankündigung	Settlement	Fälligkeit	Kupon in %	Volumen in Mio. €	Emissionspreis in %	Währung
DE000A1RFBU5 (unbes. Benchmarkanleihe)	17.1.2013	24.1.2013	19.7.2016	2,000	500	99,587	EUR
DE000A1RFBY7 (Hypothekendarlehen)	23.1.2013	30.1.2013	30.1.2017	0,875	500	99,785	EUR
DE000A1RFBU5 (1. Aufstockung)	14.2.2013	21.2.2013	19.7.2016	2,000	360	100,382	EUR
DE000A1R0527 (Hypothekendarlehen)	11.3.2013	18.3.2013	18.3.2020	1,500	500	99,487	EUR
DE000A1R0584 (Hypothekendarlehen)	8.5.2013	16.5.2013	16.5.2016	variabel <sup>1)</sup>	200	99,852	GBP
DE000A1R06C5 (Öffentlicher Pfandbrief)	22.5.2013	29.5.2013	29.5.2028	2,375	500	99,612	EUR
DE000A1R0527 (1. Aufstockung)	28.5.2013	4.6.2013	18.3.2020	1,500	250	100,835	EUR
DE000A1PG3M8 (1. Aufstockung) <sup>2)</sup>	28.5.2013	4.6.2013	20.12.2019	1,875	75	99,589	GBP
DE000A1R0584 (1. Aufstockung)	5.8.2013	12.8.2013	16.5.2016	variabel <sup>1)</sup>	50	99,864	GBP
DE000A1PG3M8 (2. Aufstockung) <sup>2)</sup>	20.8.2013	27.8.2013	20.12.2019	1,875	50	95,493	GBP
DE000A1X2566 (Hypothekendarlehen)	21.8.2013	28.8.2013	28.8.2018	1,375	500	99,803	EUR
DE000A1R06C5 (1. Aufstockung)	22.8.2013	29.8.2013	29.5.2028	2,375	200	94,052	EUR
DE000A1X26E7 (unbes. Benchmarkanleihe)	2.9.2013	9.9.2013	11.9.2017	2,250	500	99,799	EUR
DE000A1RFBY7 (1. Aufstockung)	4.10.2013	11.10.2013	30.1.2017	0,875	100	100,127	EUR

<sup>1)</sup> Drei-Monats GBP LIBOR plus 45 Basispunkte

<sup>2)</sup> Aufstockung eines Hypothekendarlehens von ursprünglich 250 Mio. GBP vom 6. November 2012

**Ratings** Die folgende Tabelle zeigt die Senior Unsecured Ratings und Ratings für Pfandbriefe der pbb<sup>1)</sup>:

	Fitch Ratings		Moody's		Standard & Poor's	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Langfrist-Rating	A-	A-	Baa2	Baa2	BBB	BBB
Ausblick	Stabil	Stabil	Negativ	Negativ	Stabil	Stabil
Kurzfrist-Rating	F1	F1	P-2	P-2	A-2	A-2
Öffentliche Pfandbriefe	-	-	Aa1	Aa1	AA+ <sup>3)</sup>	AA+ <sup>2)</sup>
Hypothekendarlehen	-	-	Aa2	Aa1 <sup>2)</sup>	AA+ <sup>3)</sup>	AA+ <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Ratings von mandatierten Ratingagenturen

<sup>2)</sup> Überprüfung auf Herabstufung

<sup>3)</sup> Stabiler Ausblick

Die Ratingagenturen können Ratings jederzeit ändern oder zurückziehen. Für die Bewertung und Nutzung der Ratings sollten die jeweils geltenden Kriterien und Erläuterungen der Ratingagenturen herangezogen werden, und die Nutzungsbedingungen sind zu beachten. Ratings sollten nicht als Ersatz für die eigene Analyse dienen. Sie stellen keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren der pbb dar.

Die Entwicklung der Ratings ist weiterhin stark von exogenen Faktoren wie der andauernden Staatsschuldenkrise und Methodenänderungen beziehungsweise Anpassungen von Bewertungsparametern der Ratingagenturen beeinflusst und spiegelt nur bedingt die erfolgreich umgesetzte Restrukturierung und die geschäftlichen Erfolge der pbb wider. Angesichts der in Europa geplanten gesetzlichen Änderungen bezüglich Bankenrestrukturierung und hierbei insbesondere die geplante umfangreichere Verlustbeteiligung der Gläubiger bei Bankenrisiken haben die Ratingagenturen Überprüfungen der in den Senior Unsecured Ratings enthaltenen Unterstützungskomponenten angekündigt. Hieraus können sich negative Auswirkungen auf die Ratings von Kreditinstituten ergeben. Aufgrund der bestehenden Verknüpfung von Covered Bond Ratings mit dem Senior Unsecured Rating des Emittenten kann dies auch Auswirkungen auf die Covered Bond Ratings haben. Vor diesem Hintergrund haben einige Ratingagenturen auch Änderungen ihrer Covered Bond Ratingmethoden angekündigt.

Die Senior Unsecured Ratings der mandatierten Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard & Poor's blieben im Geschäftsjahr 2013 unverändert. Im Rahmen einer Überprüfung von Ratings deutscher Pfandbriefbanken bestätigte Fitch Ratings im März 2013 die Ratings der pbb. Standard & Poor's bestätigte die Ratings der Bank im November 2013.

Die Ratings der Pfandbriefprogramme der pbb wurden Anfang Januar 2013 von Standard & Poor's bestätigt. Die Überprüfung auf Herabstufung, die Standard & Poor's für beide Programme in Folge einer Methodenanpassung vergeben hatte, wurde aufgehoben und durch einen stabilen Ausblick ersetzt. Nach Veränderungen im Deckungsstock, die in Zusammenhang mit der vollständigen Übertragung von Deckungswerten an die FMS Wertmanagement standen, bestätigte Standard & Poor's das AA+ Rating des Hypothekendarlehen-Programms im September 2013 mit stabilem Ausblick. Moody's senkte das Rating der Hypothekendarlehenbriefe im April 2013 von Aa1 auf Aa2 und beendete damit eine Überprüfung auf Herabstufung, die aus der Herabstufung des Senior Unsecured Ratings der Bank im Dezember 2012 resultierte.

Nach dem Bilanzstichtag fanden folgende Ratingveränderungen statt:

Im Februar 2014 bestätigte Standard&Poor's das Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der pbb und im gleichen Monat bestätigte Fitch Ratings die Unsecured Ratings der pbb.

Weitere Ratingtreiber und die Auswirkung möglicher Ratingveränderungen werden im Prognosebericht näher erläutert.

**Außerbilanzielle Verpflichtungen** Die unwiderruflichen Kreditzusagen stellen den wesentlichen Teil der außerbilanziellen Verpflichtungen dar und stiegen aufgrund von noch nicht vollständig ausbezahltem Neugeschäft im Vergleich zum 31. Dezember 2012 von 1.004 Mio. € auf 2.538 Mio. € zum 31. Dezember 2013. Eventualverbindlichkeiten resultierten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen und beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 56 Mio. € (2012: 106 Mio. €). Das Servicing der FMS Wertmanagement wurde zum 30. September 2013 grundsätzlich eingestellt. Als Ausnahme erbringt die Hypo Real Estate Japan Corporation, Tokio, ein Tochterunternehmen der pbb, Dienstleistungen für das japanische Real Estate Finance

Portfolio der FMS Wertmanagement. Auch über den 30. September 2013 hinaus erbringen die pbb und die FMS Wertmanagement gegenseitig Leistungen im Rahmen eines derzeit auf Kosten-plus-Basis vergüteten Vertrages, die nicht anderweitig bezogen werden können. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von Informationen, die Einräumung von Vollmachten sowie die Erbringung aufsichtsrechtlich erforderlicher Leistungen. Darüber hinaus haben die pbb und die FMS Wertmanagement im vierten Quartal 2013 eine Vergleichsvereinbarung geschlossen. Abgegolten sind laut dieser Vereinbarung alle potentiellen Schadensersatzansprüche der FMS Wertmanagement aus dem Servicing, alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche auf Kostenrückerstattung für die rechtliche Übertragung von Vermögenswerten (sogenannte Upgrades), die bisher nur durch Subpartizipation, Back-to-Back Derivate oder Finanzgarantie übertragen beziehungsweise abgesichert wurden, sowie Zahlungsverpflichtungen der pbb in Verbindung mit dem Übergang von Mitarbeitern auf die FMS Wertmanagement Service GmbH.

## **Zusammenfassung**

Die pbb hat im Jahr 2013 weitere Schritte auf dem Weg zur Privatisierung getan. Das Zielmodell ist umgesetzt und die pbb als strategischer Teil der HRE erfolgreich am Markt positioniert. Ein weiterer Schritt wird die Trennung der IT-Systeme der pbb und der DEPFA sein.

Die positive Entwicklung spiegelt sich nur bedingt in der Ertragslage der pbb wider. Das im signifikanten Umfang durch Einmaleffekte beeinflusste Ergebnis vor Steuern belief sich im Jahr 2013 auf –56 Mio. €. Der Rückgang der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten resultierte überwiegend aus der bilanzwirksamen Übertragung von Hypothekendarlehen an die FMS Wertmanagement, die bereits im Jahr 2010 wirtschaftlich übertragen wurden, der Rückzahlung des Dreijahres-Tenders und dem strategiekonformen Abschmelzen des nicht-strategischen Portfolios.

## **Verbundene Unternehmen**

Zur HRE Holding in München steht die pbb in einem Abhängigkeitsverhältnis gemäß § 17 AktG.

Am 8. Juni 2009 übernahm der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS die Aktienmehrheit der HRE Holding AG, München. Mit der Übernahme der Aktienmehrheit sind gemäß § 7d FMStG i.d.F. des FMStErgG die Vorschriften des Aktiengesetzes über herrschende Unternehmen nicht mehr anzuwenden. Somit entfällt ab diesem Zeitpunkt die Berichtspflicht nach § 312 AktG.

## Nachtragsbericht

Am 31. Januar 2014 hat die pbb eine Vereinbarung mit der FMS Wertmanagement abgeschlossen, in der der Übertrag von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Zuge der Einrichtung der Abwicklungsanstalt im Jahr 2010 final abgerechnet wurde. Die pbb wird aufgrund dieser Vereinbarung eine Zahlung an die FMS Wertmanagement leisten, für die bereits in Vorperioden Rückstellungen gebildet wurden. Da die Vereinbarung aus Sicht der HRE vorteilhaft ist, wird die HRE Holding die pbb in Höhe ihres Nachteils ausgleichen. Dieser Ausgleich wird im Jahr 2014 das Ergebnis der pbb um 24 Mio. € erhöhen.

Mit Wirkung zum 25. Februar 2014 ist Dr. Alexander Groß aus dem Aufsichtsrat der pbb ausgeschieden.

Mit Wirkung zum 1. März 2014 hat der Aufsichtsrat der pbb Andreas Schenk zum Mitglied des Vorstands bestellt. Im Vorstand übernimmt Andreas Schenk als Chief Risk Officer (CRO) die Verantwortung für das gesamte Risikomanagement.

Der Aufsichtsrat hat Andreas Arndt zum 15. April 2014 als Finanzvorstand bestellt. Er wird das CFO-Resort mit den Bereichen Finance, Operations und Legal verantworten. Alexander von Uslar wird aus dem Vorstand ausscheiden.



# Risikobericht

## Organisation und Grundsätze des Risiko- Kapitalmanagements

Die HRE hat ein konzernweites Risikomanagement- und Risikocontrollingsystem eingerichtet, welches gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung zur Anwendung der Waiver-Regelung gemäß § 2 a KWG darstellt. Alle Aufgaben gemäß § 25 a KWG im Bereich der einheitlichen Risikoidentifizierung, -messung und -limitierung sowie des Risikomanagements werden von der HRE zentral vorgegeben. Die operative Umsetzung obliegt dem jeweiligen Tochterinstitut und somit auch der pbb.

### Organisation und Komitees

Die Grundsätze, Methoden und Prozesse des Risikomanagementsystems des HRE Konzerns werden zentral vom Risikomanagement und -controlling der HRE Holding vorgegeben und finden in der pbb Anwendung. Die nachfolgend dargestellten Komitees sind unter Beteiligung der jeweiligen Kompetenzträger der pbb auf HRE Konzernebene eingerichtet.

Der Vorstand der pbb trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem und entscheidet über die Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Risikoorganisation der pbb. Alle wesentlichen Kriterien werden nachvollziehbar und systematisch identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, dokumentiert, überwacht und kommuniziert.

Wesentliche, vom Vorstand zu verantwortende Aktivitäten im Risikomanagementsystem im Überblick:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikonahme für die pbb
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen, insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken der pbb
- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse der pbb
- Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

Der Vorstand der pbb informiert den Aufsichtsrat der pbb über wesentliche Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategien sowie über das Risikoprofil der pbb.. Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung der pbb und beschließt über erforderliche Zustimmungen zu Kreditentscheidungen. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und in regelmäßigen Abständen über größere und risikoreichere Engagements.

Das **Group Risk Committee (RC)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO; Vorsitzender) und dem Chief Financial Officer (CFO) der HRE Holding in Personalunion für die pbb, dem Chief Risk Officer der DEPFA Bank plc, dem Chief Credit Officer (CCO) der pbb sowie dem Leiter Risk Management & Control zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und erörtert die Risikoentwicklung der Bank, verabschiedet Richtlinien, Methoden zur Risikomessung, deren Parametrisierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Das Risk Committee ist konzernweit für die Entwicklung einheitlicher Standards für Risikomanagement und -controlling zuständig und überwacht dabei auch die Entwicklung der Risikotragfähigkeit, des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse und des Kreditportfolios sowie die Einhaltung von Limiten. Im Risk Committee werden Portfolioentwicklungen des HRE Konzerns und somit auch die der pbb diskutiert.

Das **Group Asset and Liability Committee (ALCO)** der HRE, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Asset Management mit dem CRO, dem CFO/COO, den Leitern der Bereiche Treasury, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur der HRE und der pbb, die Festlegung langfristiger Refinanzierungsstrategien, das Kapitalmanagement und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten sowie die Marktrisikosteuerung. Das ALCO trifft keine Kreditentscheidungen oder Entscheidungen über Limitfestlegungen in anderen Risikokategorien. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussion im Risk Committee ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand der HRE bzw. pbb entschieden werden.

Das **Group Credit Committee**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), dem Chief Credit Officer (CCO), den Senior Credit Executives und den Vertretern der Marktseite zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Votierungsrecht im Rahmen der Marktverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und trifft Kreditentscheidungen im Hinblick auf Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen, sofern diese in die Kompetenz des Gremiums fallen. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der pbb fallen bzw. einer Zustimmung durch den RLA bedürfen. Das Credit Committee stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das **Group Watchlist Committee**, welches gleichzeitig für die pbb tätig ist, tagt monatlich. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements der pbb besprochen und gegebenenfalls individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen festgelegt, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umzusetzen sind. Sofern notwendig, beschließt das Gremium über die Engagementübergabe an den Bereich CRM Workout, der auf Basis einer Engagementstrategie die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung durchführt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils verantwortlichen Kompetenzträgern entsprechend der Kreditkompetenzordnung beziehungsweise im Credit Committee getroffen.

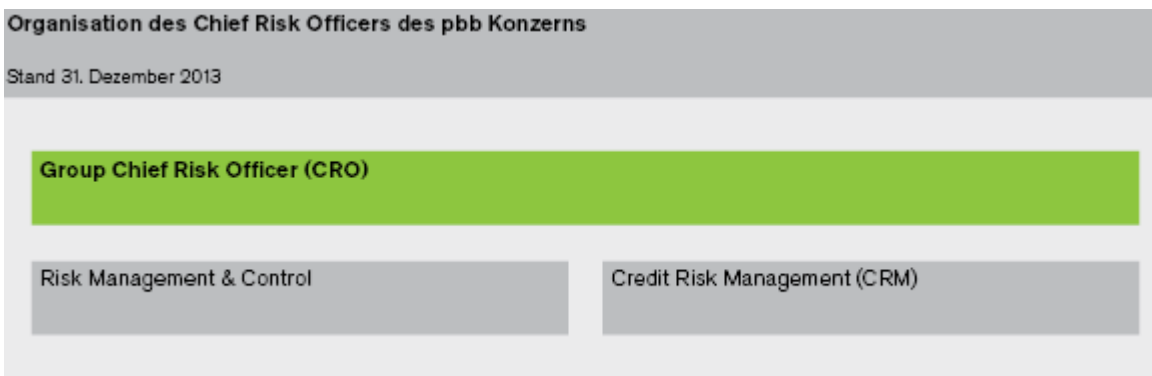
Sofern Hinweise auf eine objektive Wertminderung bei einem Engagement vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgter Ermittlung der Höhe der Wertminderung im **Group Risk Provisioning Committee** vorgestellt. Es entscheidet im Rahmen einer vorgegebenen Kompetenzordnung und im Einklang mit den IFRS-/HGB Vorschriften beziehungsweise gibt Empfehlungen im Hinblick auf die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendige Rettungserwerbe. Die Empfehlungen des Gremiums sind vom Vorstand der pbb im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung zu entscheiden.

Das **Group New Product Process Committee**, stellt sicher, dass vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten und in neuen Märkten die daraus resultierenden Risiken sowie die Auswirkungen auf Prozesse, Kontrollen und Infrastruktur systematisch analysiert und adressiert werden. Erst mit Genehmigung durch das New Product Process Committee erfolgt eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit mit neuen Produkten oder in neuen Märkten.

Das **Group Stresstest Committee** als Unterausschuss des Group Risk Committees ist für die Methodik, Durchführung und Überwachung der internen Stresstests verantwortlich.



**Group Chief Risk Officer (CRO)** Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des Group CRO, der in Personalunion auch CRO der pbb ist, einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems der HRE, in das die pbb einbezogen ist:



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit auf Ebene der pbb

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit der pbb überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten des **Credit Officers** der pbb, die jeweils die Analyse des Neugeschäfts sowie das Bestandsmanagement zur Aufgabe haben. Der Bereich CRM pbb umfasst auch die Einheit Workout (Real Estate), welche die Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Real Estate Finance zum Ziel hat, und die Stabsstelle Credit Processes, welches insbesondere für die Organisation des Credit Committees verantwortlich ist sowie die Aktualisierung von Kreditprozessen vornimmt.

Der Bereich **Property Analysis & Validation**, der für die Analyse und einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist, wurde im Berichtszeitraum dem Verantwortungsbereich des CRO unterstellt. Neben der CRO-Funktion ergänzen die Einheiten Compliance/Corporate Governance und Group Internal Audit (unabhängig) das Risikomanagementsystem der pbb. In den Aufgabenbereich von Group Internal Audit fallen die turnusmäßige sowie anlassbezogene Prüfung von Prozessen und Systemen sowie signifikante Transaktionen. Dies schließt auch die Überprüfung des Risikomanagementsystems mit ein. Zudem wird das Risikomanagement bei juristischen Fragen durch den Bereich Legal unterstützt.

## Risikostrategie und -Policies

Die Risikostrategie der pbb basiert auf der Geschäftsstrategie, der Risikoinventur und den Ergebnissen des konzernweiten Finanzplanungsprozesses. Sie gilt für die Geschäftssegmente und rechtlichen Einheiten der pbb. Die Risikostrategie wurde im März 2013 überarbeitet, durch den Vorstand der pbb verabschiedet und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der pbb sowie danach dem Aufsichtsratsplenium zur Kenntnisnahme vorgelegt. Im Juli 2013 wurde die Risikostrategie angepasst, um im Wesentlichen kleinen Aktualisierungen Rechnung zu tragen.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Ausrichtung der pbb als Spezialist für Immobilienfinanzierung und öffentliche Investitionsfinanzierung in Deutschland und ausgewählten Ländern in Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider. Sie wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Die Operationalisierung der Risikostrategie erfolgt über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Immobilien- und operationelles Risiko). Darin werden die Risikomessung, -überwachung und das -management, der Limitierungsprozess sowie der Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschrieben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

## Risikoberichtswesen

Das Risikoberichtswesen orientiert sich an der Struktur der Geschäftssegmente. Der Vorstand der pbb erhält regelmäßig Risikoberichte, die einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft sowie weitere steuerungsrelevante Informationen enthalten. Die Aufsichtsgremien werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen über risikorelevante Themen informiert. Darüber hinaus werden anlassbezogen bzw. auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so z.B. bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

## Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden die Adress-, Markt-, Geschäfts-, Immobilien- und operationellen Risiken quantifiziert, zu einem Gesamtrisiko aggregiert und mit der dem Risikotragfähigkeitsansatz entsprechenden Deckungsmasse verglichen. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der Liquiditätsposition quantifiziert. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich im Risikobericht in den Kapiteln „Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse“ bzw. „Liquiditätsrisiko“ beschrieben.

Weitere im Rahmen der regelmäßigen internen Risikoinventur als wesentlich erachtete Risikoarten wie regulatorische Risiken sowie die als immateriell erachtete Risiken werden nicht mit Hilfe von Risikomodellen quantifiziert. Diese als wesentlich erachteten Risiken werden über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben, wie z.B. die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance, gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgen für die pbb auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit der pbb auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der dem Tragfähigkeitsansatz entsprechenden Risikodeckungsmasse. Des weiteren wird eine Feinsteuerung der Risikotragfähigkeit durch ein Limitsystem auf dem Risikodeckungspotenzial und dem ökonomischen Kapital auf verschiedenen Risikoarten respektive Segmenten gewährleistet
2. Überwachung und Analyse der Risikoaktiva (RWA) der pbb auf Portfolioebene unter anderem mit den Hilfe von Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die harte Kernkapitalquote nicht unter 9 % sinkt.

### 3. Operative Risikosteuerung über

- den Einsatz Basel-II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft der pbb. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und rekaliert.
- ein Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit bankweit einheitlicher Risikomessmethodik
- intensive Überwachung und Management von Einzeladressen
- Überprüfung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger nach IAS 39.

### 4. Tägliche Überwachung des Marktrisikos

### 5. Tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos

### 6. Überwachung des operationellen Risikos

## Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen. Sie ergänzen die in der Solvabilitätsverordnung festgelegten aufsichtlichen Verfahren. Die institutseigene Risikotragfähigkeitsrechnung ist Gegenstand aufsichtlicher Prüfungen („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP).

Die pbb hat eine auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals.

Das ökonomische Kapital wird definiert als die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um mit einer definierten Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) über einen Zeithorizont von einem Jahr den größten, potenziellen Gesamtverlust aufzufangen. Hier erfolgten innerhalb des Jahres 2013 verschiedene Weiterentwicklungen. Neben der Verbesserung der Methodik zur Quantifizierung des Immobilienrisikos hat die pbb ein Modell zur Berechnung des Operationellen Risikos entwickelt, welches vor allem auf Basis von internen Verlustdaten parametrisiert wird.

Die Risikoinventur hat für 2013 neben den klassischen Risikoarten Markt-, Adress-, Geschäfts- und operationelle Risiken wieder das Immobilienrisiko als materiell und quantifizierbar identifiziert, so dass fünf eigenständige Risikoarten in den ICAAP aufgenommen und kapitalisiert werden

Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit der pbb wurde bereits im Jahr 2012 ein Going-Concern Ansatz als primärer Steuerungskreis entwickelt und vollumfänglich in den ICAAP integriert. Dieser Steuerungskreis behandelt - im Gegensatz zu dem parallel dazu bestehenden Gone-Concern Ansatz - nicht den hypothetischen Liquidationsfall des Instituts, sondern stellt explizit auf eine Geschäftsfortführung unter Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalquoten ab. Ergänzend zum Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung ist der Going-Concern Ansatz mit einem umfangreichen Frühwarnsystem versehen, welches bereits frühzeitig vor Erreichen der Mindestquoten entsprechende Warnsignale zeigt.

Der Gone-Concern Ansatz wurde innerhalb der pbb in zwei sich ergänzende Perspektiven entwickelt, welche den führenden Going-Concern Ansatz parallel begleiten. Dies ist zum einen die so genannte instantane Liquidationsperspektive, welche in einem hypothetischen Liquidationsfall nicht - wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten - von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolios ausgeht, sondern den sofortigen Verkauf unter anderem auch der Wertpapiere des Anlagebuches zur Prämisse hat. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den oben genannten wesentlichen Risiken in der instantanen Liquidationsperspektive zusätzlich noch Credit Spread Risiken aus

Wertpapieren des Anlagebuches bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt, beziehungsweise die stillen Lasten aus diesen Wertpapieren bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht. Zum anderen hat die pbb eine so genannte strategische Gone-Concern Perspektive entwickelt, welche den Fokus bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals auf das strategische Geschäft legt. Risiken aus den auf Ablauf gestellten Portfolios der Budgetfinanzierung und dem Value Portfolio werden dabei über einen Puffer abgedeckt. Für diese beiden Perspektiven wird ein Konfidenzniveau auf 99,91 % angesetzt. Dieses Konfidenzniveau orientiert sich an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen, die von externen Ratingagenturen mit einem guten langfristigen Kreditrating von A- bei Standard & Poor's, A-/A3 bei Fitch und bei Moody's versehen sind, und ist konsistent mit der grundsätzlich konservativen Parametrisierung der Risikomodelle. Die Berechnungsmethoden des ökonomischen Kapitals für die einzelnen Risikoarten sowie aktuelle Kennziffern sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird kein ökonomisches Kapital berechnet. Diese Risikoart ist Gegenstand eines eigenständigen Steuerungsansatzes und wird dort limitiert.

Zur Würdigung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der pbb wird in den jeweiligen Steuerungskreisen die Höhe des ökonomischen Kapitals der dem Ansatz entsprechenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. In der führenden Going-Concern Perspektive beispielsweise besteht die verfügbare Risikodeckungsmasse im Wesentlichen aus dem über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr verfügbaren harten Kernkapital abzüglich des Kapitals, das zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten unter Berücksichtigung adverser RWA Entwicklungen vorgehalten werden muss. Das verbleibende harte Kernkapital ist dazu geeignet, mögliche Verluste zu absorbieren und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. In dem Gone-Concern Ansatz werden zur Bestimmung der Deckungsmasse neben dem IFRS Eigenkapital noch Nachträge mit einer Laufzeit von über einem Jahr berücksichtigt, jedoch die stillen Lasten aus Wertpapieren des Anlagebuches in Abzug gebracht. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit muss das ökonomische Kapital vollständig von der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse abgedeckt sein.

Dem Gesamtvorstand und dem Risk Committee werden die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsanalyse und der Stresstests regelmäßig vorgestellt. Die Ergebnisse werden dort diskutiert und es werden gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

## Risikoarten

Die pbb unterscheidet für die Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko (teilweise Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse)
- Immobilienrisiko (Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse)

Wesentliche Risikoarten der pbb, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind:

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Regulatorische Risiken

## Adressrisiko

### Definitionen

Das Adressrisiko im Allgemeinen bezeichnet das Risiko eines unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes einer Forderung oder eines Derivats, resultierend aus der Verschlechterung der Absicherungssituation bzw. der Verschlechterung der Bonität eines Landes oder eines Kontrahenten.

Das Adressrisiko umfasst das Kredit-, Kontrahenten-, Wiedereindeckungs-, Rückzahlungs-, Emittenten-, Länder-, Konzentrations- und Erfüllungsrisiko, die in der Risikostrategie der pbb wie folgt definiert sind:

- Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, welches Kredite und traditionelle Kreditprodukte als solche berücksichtigt. Es bezieht sich insbesondere auf die Fähigkeit des Kreditnehmers seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Kreditnehmers. Rückgänge des Fair-Value-Wertes wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Kreditrisikos berücksichtigt.
- Kontrahentenrisiko ist das Risiko aufgrund eines drohenden unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes eines Anspruchs oder eines Derivates. Auslöser dafür sind eine Verschlechterung der Bonität eines Kontrahenten oder eine Verschlechterung der Absicherung. Das Kontrahentenrisiko schließt das Wiedereindeckungs- und das Rückzahlungsrisiko ein.
- Emittentenrisiko ist das Risiko, das Anleihen und andere Wertpapiere berücksichtigt. Insbesondere bezieht es sich auf die Fähigkeit des Emittenten, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, wie auch auf den Wert von Sicherheiten bei Ausfall eines Emittenten. Rückgänge des Fair-Values wegen Ratingveränderungen werden bei der Berechnung des Emittentenrisikos berücksichtigt.
- Länderrisiken entstehen aus den Wertveränderungen von Auslandsengagements aufgrund von länderspezifischen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Im Wesentlichen handelt es sich um das Risiko, das bei Geschäftsaktivitäten in bestimmten Ländern entsteht. Das Länderrisiko schließt das Konvertierungs-, Transfer- und Staatsausfallrisiko ein.
- Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko von Klumpenbildung in Bezug auf einen Risikofaktor oder Kontrahenten bzw. auf eine stark korrelierte Gruppe von Risikofaktoren oder Kontrahenten.
- Erfüllungsrisiko ist das Risiko, dass die Bank eine Zahlung leistet bzw. einen verkauften Vermögenswert an einen Kontrahenten liefert, aber eine Zahlungsanforderung bzw. den gekauften Vermögenswert nicht erhält.

### Adressrisikostategie und -grundsätze

Die pbb hat ihr gesamtes Kreditportfolio in die Segmente Real Estate Finance, Public Sector Finance, Value Portfolio und in »Consolidation & Adjustments« aufgeteilt. Dabei entfällt das strategische Geschäft auf die Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) und die öffentliche Investitionsfinanzierung als Teil des Public-Sector-Finance-Portfolios. Die Risikostrategie der pbb spiegelt diese Struktur ebenfalls wider.

Das Neugeschäft im Segment Real Estate Finance fokussiert sich weitestgehend auf pfandbrieffähige gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit nachhaltigem Cashflow innerhalb ausgewählter Länder Europas. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger/Developer.

Im Segment Public Sector Finance beschränkt sich das Neugeschäft auf pfandbrieffähige öffentliche Investitionsfinanzierungen in ausgewählten Ländern Europas.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll möglichst fristenkongruent erfolgen und größtenteils über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.

## Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen der pbb zu Adressrisiken enthält folgende wesentliche Komponenten:

- Der **HRE Group Risk Report** beinhaltet neben der Volumenentwicklung relevante Kreditrisikosteuerungskennzahlen wie die Entwicklung des Erwarteten Verlustes sowie des unerwarteten Verlustes über den Value-at-Risk. Der Bericht zeigt sowohl auf HRE Konzern- wie auch auf pbb -ebene das Kreditrisiko im Kontext des Gesamtbankrisikos und der Risikotragfähigkeit auf, berichtet Limitauslastungen und -überschreitungen und zeigt Risikokonzentrationen auf. Wesentliche Kennzahlen wie die Entwicklung des EaD, des EL, des Credit-VaR sowie der Problem-Kredite sind in diesem Bericht integriert und werden im Vorstand diskutiert. Der Bericht wird darüber hinaus dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates zur Kenntnis gebracht.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft beziehungsweise zu Konditionenanpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung bzw. rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte »Credit Issue Notes« an einen weiter gefassten Kreis bis an den CRO berichtet.

## Adressrisikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II

**Kreditportfoliomodell** Die pbb setzt für die Berechnung des ökonomischen Adressrisikokapitals (Adressrisiko-Value-at-Risk) ein Kreditportfoliomodell ein, das im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher beschrieben ist.

**Stresstests** Die Stresstests zum ökonomischen Kapital im Adressrisiko sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« näher erörtert.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals existieren RWA-Reverse-Stresstests, die untersuchen, um wie viel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestquote an hartem Kernkapital von 9 % nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests der pbb nicht verletzt werden dürfen.

**Adressrisikoquantifizierung nach Basel II** Die pbb hat die aufsichtliche Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden.

## Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

**Adressrisikosteuerung** Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise für die pbb:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z.B. Zielkunden, Regionen, Finanzierungsdauer)



Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Analyse von Portfolioentwicklungen des HRE Konzerns und somit auch die der pbb im Group Risk Committee.
- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell und Limitierung zum Teil auf Segmentebene; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- Zentrale, konzernweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, beispielsweise regionaler oder produktspezifischer Art
- Kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- Regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z.B. Credit Issue Notes)
- Ermittlung einer risikoadjustierten Marge anhand eines vorgegebenen RaRoC im Neugeschäft

Die Kreditkompetenzen legen zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest.

**Adressrisikomanagement und -überwachung** Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie bei der Übergabe in die Intensivbetreuung bzw. Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die CRM-Einheiten führen die erstmalige bzw. jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen PD und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation.

Das Legal Department ist – gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien – verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom CRM fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird eine außerordentliche Überprüfung des Adressausfallrisikos (einschließlich Sicherheitenwertüberprüfung) durchgeführt, und es werden entsprechende Handlungsalternativen aufgezeigt. Ferner werden die Fälle in einen monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Watchlist Komitee präsentiert.

Bei Vorliegen eines objektiven Hinweises für eine Wertminderung wird die Höhe der Wertminderung ermittelt. Im Group Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) werden die Ergebnisse diskutiert, und es wird gegebenenfalls über die Bildung bzw. Auflösung von Wertberichtigungen entschieden.

Für kritische beziehungsweise wertberichtigte Engagements wird ein Restrukturierungsplan beziehungsweise ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen zur potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit bzw. des relevanten Marktes ein. Diese werden im Group Credit Committee präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) als auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden auf komprimierter Basis monatlich im Group Risk Report und im Group Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

### Risikoabsicherung und -minderung durch Kreditsicherheiten

Im Segment Real Estate Finance sind die Finanzierungen in der Regel durch Grundpfandrechte abgesichert. Anlässlich der regelmäßigen Kreditberichte für bereits bestehende Finanzierungen bzw. im Rahmen der Entscheidungsfindung bei Neufinanzierungen werden die Beleihungsausläufe, die Objekt- (Mikro- und Makrolage, Vermietungssituation, Gebäudezustand) und Marktgegebenheiten regelmäßig erörtert und bei der Einzelkreditbeurteilung mit berücksichtigt. Die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) liegt für die nicht ausgefallenen gewerblichen Immobilienfinanzierungen im Durchschnitt bei 15 % (Dezember 2012: 17 %). Für das gesamte Real Estate Finance Portfolio liegt der LGD-Durchschnitt bei 16 % (Dezember 2012: 18 %). Diese Verbesserungen in den unterdurchschnittlichen Parameterwerten sind unter anderem auf Portfolioabgänge bzw. auf Verbesserungen auf Einzeltransaktionsbasis (laufende Tilgungen, größere Teilrückzahlungen) zurückzuführen.

Neben den Grundpfandrechten umfassen die Finanzierungssicherheiten im Geschäftsbereich Real Estate Finance in der Regel auch Mietzessionen und die Abtretung von Versicherungsleistungen (in der jeweiligen Ausprägung der verschiedenen Jurisdiktionen), flankiert durch umfangreiche Informations- und Konsultationsverpflichtungen der Kreditnehmer. Es werden neben den Grundpfandrechten nur wenige weitere ausgewählte Sicherheiten als werthaltig in der Kreditbeurteilung berücksichtigt, insbesondere Barsicherheiten, Bankbürgschaften sowie Garantien öffentlicher Institutionen. Bei Sicherheiten in Fremdwährung werden entsprechende Abschläge vorgenommen, um eventuelle Wechselkursrisiken zu berücksichtigen.

Die Bewertung der Immobilien im Real Estate Finance Bereich erfolgt unter folgenden Qualitätsgesichtspunkten:

a) Im Rahmen der Erstkreditgewährung:

- Für alle Immobiliensicherheiten wird im Zuge der Kreditentscheidung ein interner Bericht (Property Report) erstellt und zusätzlich im Regelfall (im Ausland immer) - bis zur Auszahlung - ein externes Gutachten eingeholt. Damit ist es möglich, dass bei der Entscheidung zwei Sichtweisen zum Objekt berücksichtigt werden können: zum einen extern und allein auf das Objekt fokussiert (als vollständiges Markt- und Beleihungswertgutachten) und zum anderen intern vor dem Hintergrund der Finanzierung und dem Abgleich der Objektrisiken mit der Finanzierungsstruktur.
- Alle intern erstellten Berichte und Gutachten folgen dem Vier-Augen-Prinzip. Mindestens ein Senior Property Analyst mit der Qualifikation MRICS (geprüftes Mitglied, das der Überwachung des internationalen Verbandes Royal Institution of Chartered Surveyors unterliegt) und/oder HypZert (Zertifizierung als Gutachter der Zertifizierungsgesellschaft für Bewertungen der Finanzwirtschaft) ist für den Bericht oder das Gutachten verantwortlich.
- Jeder Markt- und Beleihungswert wird durch einen Senior Property Analyst mit der Qualifikation HypZert(F), der Zertifizierung als Gutachter für finanzwirtschaftliche Zwecke oder im Ausland HypZert (MLV), der Zertifizierung als Gutachter für finanzwirtschaftliche Zwecke im Ausland, ermittelt oder zumindest geprüft.
- Bei der Beauftragung von externen Gutachten werden auch dort als Mindeststandard die Qualifikationen MRICS und/oder HypZert vorausgesetzt. Andere Gutachten oder Stellungnahmen finden keine Anerkennung.
- Zusätzlich unterliegt die Auswahl externer Dienstleister im Bereich der Immobilienbewertung strengen Kriterien, die ständig durch die Bank überwacht und jährlich nachweislich geprüft werden.

- Jedes extern beauftragte Gutachten, das grundsätzlich im Vieraugenprinzip zu erstellen ist, wird vor Hinterlegung der Daten in die bankinternen Systeme durch einen internen Senior Gutachter mit oben schon genannter Qualifikation nochmals geprüft.

b) Im Rahmen der laufenden Überwachung durch den Bereich Property Analysis:

- Im Rahmen des Kreditmonitorings wird die wirtschaftliche Werthaltigkeit der Sicherheiten in der Regel jährlich überprüft dies schließt eine Prüfung der Haupteinflussfaktoren auf den Immobilienwert mit ein (Mieteinnahmen, Marktveränderungen, Veränderungen im Bauzustand). In Deutschland erfolgt die Erstprüfung durch CRM. Für dieses Monitoring stehen ein standardisierter Fragenkatalog für die individuellen Objektveränderungen, indizierte Marktwerte, basierend auf Zeitreihen um Marktveränderungen zu erkennen und ein Marktschwankungsmodell, zur Verfügung, aus dem sich zusätzliche Hinweise auf Veränderungen der regionalen Immobilienmärkte ergeben. Sollten sich aus dieser Erstprüfung Hinweise auf eine zu erwartende Änderung des Marktwertes ergeben, wird die Prüfung in einer zweiten Stufe detaillierter durch einen Mitarbeiter von PAV vorgenommen. In allen anderen europäischen Ländern erfolgt das Monitoring jährlich gleich durch den Bereich PAV in der Qualität der zweiten Monitoringstufe. Der Property Analyst prüft hierbei anhand aktueller Unterlagen die individuellen Objekteigenschaften und berücksichtigt in der Prüfung die Marktveränderungen seit der letzten Marktwertermittlung. Wenn erforderlich erfolgt auch eine Besichtigung. Das Ergebnis dieser zweiten Stufe der Überprüfung ist dann die Bestätigung des bisherigen Marktwertes. Sollten sich Hinweise ergeben, dass die verschiedenen Einflussfaktoren eine Marktwertveränderung erwarten lassen, dann wird sofort eine Neubewertung veranlasst. Mindestens alle drei Jahre erfolgt für Objekte mit einem Marktwert größer 5 Mio. € und Darlehen größer 3 Mio. € standardmäßig eine neue Marktwertermittlung. Abweichungen in den Werten oder den Sicherheiten werden in den Banksystemen zur Risikobeurteilung berücksichtigt.
- Bei der dreijährlichen Marktwertermittlung werden die gleichen Qualitätsstandards zugrunde gelegt wie im Neugeschäftsprozess. Auch hier gelten als Mindestqualifikation MRICS und/oder HypZert für die Erstellung von Gutachten oder Stellungnahmen.

c) Allgemein:

- Die Sicherstellung der persönlichen Qualitätsstandards für die Property Analysten oder beauftragten externen Gutachter gemäß der aktuell geltenden Regelungen (HypZert/MRICS) erfolgt unabhängig von der Bank bei den jeweiligen Überwachungsstellen und sind international anerkannt. Ein entsprechender Nachweis wird durch die Bank geprüft.
- Der Beauftragungsprozess von externen Dienstleitungen ist vom eigentlichen Bewertungsmanagementprozess entkoppelt, um ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit zu gewährleisten. Extern erstellte Gutachten oder Stellungnahmen, bei denen der Verdacht besteht, dass der Ersteller befangen ist, finden keinerlei Anerkennung und werden auch bei der weiteren Erstellung eines Gutachtens für bankinterne Zwecke nicht berücksichtigt.
- Externe Gutachten werden intern überprüft und qualitätsgesichert.
- Development-Finanzierungen werden laufend von unseren Spezialisten begleitet (Bautenstands- und Kostenkontrolle). Bei komplexen Development-Finanzierungen werden anlassbezogen außerdem renommierte externe Spezialfirmen in das Baucontrolling (technische Kontrolle, Kostenkontrolle) mit eingebunden.

Im Bereich Public Sector Finance und insbesondere in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung dienen meist andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung (zum Beispiel Kreditversicherungen, vertragliche Garantien/Bürgschaften von öffentlichen Stellen, festverzinsliche Wertpapiere, Ankauf von Forderungen usw.). Zudem bestehen im Bereich der Öffentlichen Investitionsfinanzierung gesetzliche Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Anstaltslast, die einen Rückgriff auf eine öffentliche Stelle ermöglichen.

## Kreditportfolio

Der gesamte Forderungsbestand der pbb wird einheitlich nach dem Basel-II-konformen Exposure at Default (EaD) ermittelt.

Der EaD berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Der konzernweite EaD des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2013 67,5 Mrd. € (31. Dezember 2012 76,4 Mrd. €). Darin enthalten ist der nicht als Kernexposure der pbb betrachtete EaD gegenüber der FMS Wertmanagement, der sich von 0,2 Mrd. € per Jahresende 2012 weiter auf 0,01 Mrd. € reduzierte. Dieser Betrag entfällt auf Back-to-Back Geschäfte. Hintergrund ist, dass 2010 für einen Großteil der für einen Übertrag auf die FMS Wertmanagement vorgesehenen Derivate zunächst kein Übergang des wirtschaftlichen Eigentums hergestellt werden konnte, sodass die Marktpreisrisiken der Derivate durch Abschluss von Derivaten mit identischen Konditionen zwischen der pbb und der FMS Wertmanagement auf die FMS Wertmanagement transferiert wurden.

Darüber hinaus enthielt der Kreditportfolio-EaD in Höhe von 67,5 Mrd. € Vermögensgegenstände mit einem EaD von 0,6 Mrd. € (EaD 31. Dezember 2012: 0,7 Mrd. €), die für eine Übertragung auf die FMS Wertmanagement selektiert wurden, jedoch aufgrund verschiedener, unter anderem steuerrechtlicher Gründe nicht auf dem ursprünglich vorgesehenen Weg übertragen werden konnten. In 2010 wurde das Adressrisiko dieser Vermögensgegenstände mittels von der FMS Wertmanagement gestellter Garantien übertragen, sodass für die pbb im Zusammenhang mit diesen Positionen letztlich ein Kontrahentenrisiko gegenüber der FMS Wertmanagement verblieb.

Um das tatsächliche wirtschaftliche Risiko im pbb Konzern adäquat abzubilden, werden die oben aufgeführten, nicht als Kernexposure betrachteten EaDs aus Back-to-back-Geschäften mit der FMS Wertmanagement sowie die von der FMS Wertmanagement garantierten Positionen in den nachfolgenden Übersichten zur Portfolioentwicklung und -struktur lediglich nachrichtlich im Rahmen von Fußnoten dargestellt.

Der unter Berücksichtigung oben genannter Abgrenzungen ermittelte EaD für das Gesamtexposure der pbb belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 66,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 75,6 Mrd. €).

**Überblick über das Gesamtexposure der pbb: 66,9 Mrd. € EaD** Das Kreditportfolio ist in die Geschäftssegmente

- Real Estate Finance (REF)
- Public Sector Finance (PSF)
- und in das nicht-strategische, zum Abbau bestimmte Segment Value Portfolio (VP) aufgeteilt.

Daneben wird in »Consolidation & Adjustments« außer den internen Abstimmungs- und Konsolidierungspositionen noch der EaD für Geschäfte ausgewiesen, welche nicht unmittelbar den operativen Segmenten zuzurechnen sind. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um Vermögenspositionen für die Aktiv- und Passivsteuerung.

Per 31. Dezember 2013 entfielen 75 % des EaDs in »Consolidation & Adjustments« auf die Ratingklassen AAA bis AA- sowie 15 % des EaDs auf die Ratingklassen A+ bis A-. Lediglich 10 % des EaDs befand sich in den Ratingklassen BBB+ und schlechter. 99% der Positionen in den Ratingklassen BBB+ und schlechter waren dabei dem Investment Grade Bereich zugeordnet.

## Gesamtexposure: EaD nach Geschäftssegmenten

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Real Estate Finance	22,5	23,9	-1,4
Public Sector Finance	32,9	38,9	-6,0
Value Portfolio	0,1	0,3	-0,2
Consolidation & Adjustments <sup>4)</sup>	11,4	12,5	-1,1
<b>Insgesamt</b>	<b>66,9</b>	<b>75,6</b>	<b>-8,7</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,6 Mrd. € (C&A: 0,0 Mrd. €; PSF: 0,03 Mrd. €; VP: 0,6 Mrd. €)

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,9 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,7 Mrd. € (C&A: 0,02 Mrd. €; PSF: 0,2 Mrd. €; VP: 0,7 Mrd. €)

Das Gesamtexposure (EaD) der pbb reduzierte sich per 31. Dezember 2013 gegenüber dem Jahresende 2012 um 8,6 Mrd. € auf 66,9 Mrd. €. Insgesamt erhöhte sich der relative Anteil des EaDs in Real Estate Finance (34 %; Vorjahresende: 32 %), während die prozentualen Anteile der Segmente Public Sector Finance (49 %; Vorjahresende: 51 %) und Value Portfolio (0,2 %; Vorjahresende: 0,4 %) leicht abnahmen und der prozentuale Anteil des EaDs in »Consolidation & Adjustments« von mit 17 % konstant blieb.

Das Portfolio des Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wies zum 31. Dezember 2013 einen EaD von 32,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 38,9 Mrd. €) auf, wovon 8,3 Mrd. € auf das strategische Portfolio der öffentlichen Investitionsfinanzierung entfielen. Vom restlichen Portfolio stand ein EaD in Höhe von 23,5 Mrd. € im Zusammenhang mit dem nicht-strategischen, auf Ablauf gestellten Portfolio der Budgetfinanzierung. Der Rest entfiel auf Netting-Positionen mit Financial Institutions.

**Risikokennzahlen Erwarteter Verlust** Der Erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem Exposure at Default (EaD) ergibt, betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter für die pbb 168 Mio. € zum 31. Dezember 2013 (31. Dezember 2012: 125 Mio. €). Der Anstieg des Erwarteten Verlustes ist in erster Linie auf den Ausfall zweier größerer Finanzierung im Real Estate Finance Segment sowie auf die Ratingherabstufung einer Regionalregierung in Portugal zurückzuführen.

Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr wird für das gesamte Exposure außer für Handelsbuchpositionen und Problemkredite, für die bereits eine Einzelwertberichtigung gebucht wurde, berechnet. Die Kennzahl verteilte sich wie folgt auf die Segmente:

### Verteilung des Erwarteten Verlustes in Mio. €

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Real Estate Finance	136	103	33
Public Sector Finance	31	21	10
Value Portfolio	-	-	-
Consolidation & Adjustments	1	1	-
<b>Insgesamt</b>	<b>168</b>	<b>125</b>	<b>43</b>

Grundsätzlich ist anzumerken, dass künftige Veränderungen bspw. der Konjunktur zu Änderungen der o.g. EL-Zahlen führen können. Auch können dadurch die tatsächlich eingetretenen Verluste von den Erwarteten Verlusten abweichen.

**Ökonomisches Adressrisikokapital** Das ökonomische Kapital für Adressrisiken wird mit Hilfe eines Kreditportfoliomodells berechnet. Es betrug im Going-Concern-Ansatz, also auf einem Konfidenzniveau von 95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr (ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten) 237 Mio. € (31. Dezember 2012: 226 Mio. €). Details zur Berechnung finden sich im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

**Regionale Verteilung des Portfolios** Der Schwerpunkt des Exposures der pbb lag zum Berichtsstichtag unverändert auf Westeuropa. Auf Deutschland entfiel mit 49 % bzw. 32,8 Mrd. € weiterhin der Hauptanteil des Gesamtexposures. Die größten Positionen in der Kategorie »Andere Europa«, auf die mit 9,9 Mrd. € rund 15 % des Gesamtportfolios entfielen, stellten Österreich mit 5,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 6,3 Mrd. €) und Schweden mit 1,2 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,6 Mrd. €) gefolgt von Belgien mit 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,5 Mrd. €) dar.

Die Reduktion in Höhe von 0,6 Mrd. € in der Kategorie »Andere Europa« war zum Großteil durch die Fälligkeit von Darlehen in Schweden (1,2 Mrd. €; 31. Dezember 2012: 1,6 Mrd. €) und die Fälligkeit von Darlehen und Schuldscheindarlehen in Österreich (5,9 Mrd. €; 31. Dezember 2012: 6,3 Mrd. €) zurückzuführen. Neugeschäft in Dänemark und Finnland führte hingegen zu einem Anstieg innerhalb der Kategorie »Andere Europa«

Der Rückgang des Exposures in Frankreich auf 5,3 Mrd. € im Vergleich zum Jahresende 2012 (31. Dezember 2012: 7,6 Mrd. €) ist hauptsächlich auf die vorzeitige Rückzahlung eines Schuldscheindarlehens aus dem öffentlichen Deckungsstock zurückzuführen. Dies konnte größtenteils kompensiert werden, wobei der verbleibende Bedarf an Assets für den öffentlichen Deckungsstock durch den Ankauf von liquiden, europäischen Staatsanleihen mit kurzer Laufzeit aus Spanien und Frankreich erfüllt wurde. In Großbritannien überstieg das Neugeschäftsvolumen die fälligen Positionen und es kam zu einem Nettoanstieg in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Der prozentuale Anteil des Exposures gegenüber Emerging Markets gemäß IWF-Definition ging im Vergleich zum Vorjahresende leicht zurück (4%, Vorjahr 3%) und umfasste insbesondere Polen mit 1,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,0 Mrd. €) und Ungarn mit 0,8 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,7 Mrd. €).

#### Gesamtexposure: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Deutschland	32,8	36,7	-3,9
Andere Europa <sup>3)</sup>	9,9	10,5	-0,6
Frankreich	5,3	7,6	-2,3
Spanien	4,9	4,6	0,3
Großbritannien	4,2	4,0	0,2
Italien	3,1	3,4	-0,3
Emerging Markets <sup>4)</sup>	2,9	3,0	-0,1
Andere	1,6	2,2	-0,6
Portugal	1,4	1,6	-0,2
Japan	0,4	1,2	-0,8
USA	0,4	0,7	-0,3
Irland	0,0	0,1	-0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>66,9</b>	<b>75,6</b>	<b>-8,7</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,6 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland (0,01 Mrd. €). Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (53 % bzw. 0,3 Mrd. €) und Italien (47 % bzw. 0,3 Mrd. €).

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,9 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement einschließlich garantierter Positionen in Höhe von 0,7 Mrd. €. Der Anteil ohne garantierte Positionen entfiel zu 100 % auf Deutschland (0,2 Mrd. €). Die garantierten Positionen verteilten sich auf Deutschland (54 % bzw. 0,4 Mrd. €) und Italien (46 % bzw. 0,3 Mrd. €).

<sup>3)</sup> Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen und die Niederlande

<sup>4)</sup> Emerging Markets gemäß IWF-Definition

In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens werden jedem einzelnen Land bzw. Ländergruppen maximale Limite in bestimmten Ratingkorridoren zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten der pbb begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr von Risk Management & Control überprüft.

**Emittentenrisiko** Bei der Aufteilung der EaDs nach Emittentenrisiko werden die im Portfolio befindlichen Bonds, Schuldscheindarlehen und strukturierten Kredite nach Regionen dargestellt. Die Zurechnung erfolgt nach dem Sitzland des Emittenten. Der EaD nach Emittentenrisiko betrug zum 31.12.2013 36,0 Mrd. € und lag damit unter dem Vergleichswert zum Jahresende 2012 (43,5 Mrd. €). Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa, wobei der Hauptanteil mit 14,2 Mrd. € auf Deutschland entfiel (31. Dezember 2012: 18,3).

Die größte Position unter »Andere Europa« belief sich auf 5,8 Mrd. € in Österreich (31. Dezember 2012: 6,2 Mrd. €, gefolgt von Belgien mit 0,5 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,5 Mrd. €). Der Rückgang in der Kategorie »Andere Europa« ist fast vollständig Österreich aufgrund von fälligen Bonds oder der Rückführung von Schuldscheindarlehen (-0,4 Mrd. €) zuzurechnen.

Der größte Rückgang des Portfolios aus Sicht des Emittentenrisikos nach Regionen ist in Deutschland zu verzeichnen und lässt sich hauptsächlich aufgrund von fälligen Bonds oder der Rückführung von Schuldscheindarlehen erklären (-4,1 Mrd. €). Die Reduzierung des Exposures in Frankreich auf 2,7 Mrd. € im Vergleich zum Jahresende 2012 (31. Dezember 2012: 5,0 Mrd. €) ist hauptsächlich auf die vorzeitige Rückzahlung eines Schuldscheindarlehens aus dem öffentlichen Deckungsstock zurückzuführen. Dies konnte größtenteils kompensiert werden, wobei der verbleibende Bedarf an Assets für den öffentlichen Deckungsstock durch den Ankauf von liquiden, europäischen Staatsanleihen mit kurzer Laufzeit aus Spanien und Frankreich erfüllt wurde.

Hinsichtlich der Verteilung des Emittentenrisikos auf Segmente, waren zum Jahresende 2013 87 % (Dezember 2012: 85 %) des EaD im Segment Public Sector Finance und 13 % in Consolidation & Adjustments (Dezember 2012: 15 %).

#### Gesamtexposure: Emittentenrisiko nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Deutschland	14,2	18,3	-4,1
Andere Europa <sup>3)</sup>	7,2	7,5	-0,3
Spanien	4,4	4,0	0,4
Italien	2,9	3,1	-0,2
Frankreich	2,7	5,0	-2,3
Andere	1,6	2,0	-0,4
Portugal	1,4	1,6	-0,2
Emerging Markets <sup>4)</sup>	1,1	1,2	-0,1
Großbritannien	0,3	0,3	0,0
Japan	0,2	0,5	-0,3
Irland	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>36,0</b>	<b>43,5</b>	<b>-7,5</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestehen zusätzlich 0,3 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elcher zu 100 % auf Deutschland entfiel.

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestehen zusätzlich 0,4 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, w elcher zu 100 % auf Deutschland entfiel.

<sup>3)</sup> Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schw eiz, Schw eden, Dänemark, Finnland, Norw egen und die Niederlande

<sup>4)</sup> Emerging Markets gemäß IMF-Definition

**Real Estate Finance: 22,5 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur** Der EaD des Real Estate Finance Portfolios der pbb ging gegenüber dem 31. Dezember 2012 um insgesamt 1,4 Mrd. € zurück. Die im Portfolio enthaltenen Kundenderivate beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 0,4 Mrd. € EaD gegenüber 0,7 Mrd. € EaD zum Jahresende 2012.

Während sich der absolute Betrag Großbritanniens im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag leicht erhöhte, reduzierte sich der absolute Betrag in Japan, Frankreich, »Andere Europa« sowie den Emerging Markets. In Deutschland, Spanien, Italien und Portugal gab es keine Veränderung hinsichtlich der Summe des Exposures. Die Verringerung des Exposures in Japan ist auf die Rückführung von Darlehen (0,1 Mrd. €; 31. Dezember 2012: 0,7 Mrd. €), die in der Kategorie »Andere Europa« hauptsächlich auf die Fälligkeit von Darlehen in Schweden (1,1 Mrd. €; 31. Dezember 2012: 1,6 Mrd. €) zurückzuführen.

#### Real Estate Finance: Aufteilung nach Regionen<sup>1)</sup>

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>2)</sup>	31.12.2012 <sup>3)</sup>	Veränderung
Deutschland	12,1	12,1	0,0
Großbritannien	3,6	3,5	0,1
Andere Europa <sup>4)</sup>	2,4	2,8	-0,4
Frankreich	1,8	2,2	-0,4
Emerging Markets <sup>5)</sup>	1,8	1,9	-0,1
Spanien	0,5	0,5	0,0
Italien	0,2	0,2	0,0
Japan	0,1	0,7	-0,6
Portugal <sup>6)</sup>	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>22,5</b>	<b>23,9</b>	<b>-1,4</b>

<sup>1)</sup> Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

<sup>2)</sup> Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,4 Mrd. €.

<sup>3)</sup> Die Aufteilung beinhaltet Kundenderivate über ca. 0,7 Mrd. €.

<sup>4)</sup> Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schw eiz, Schw eden, Dänemark, Finnland, Norw egen und die Niederlande

<sup>5)</sup> Emerging Markets gemäß IMF-Definition

<sup>6)</sup> In Portugal 0,03 Mrd. € EaD im Segment Real Estate Finance

Die Einführung der Kategorie »Mixed Use« führte zu Verschiebungen innerhalb der Objektarten, welche sich hauptsächlich zwischen den Kategorien Bürogebäude, Einzelhandel und Mixed Use ergaben. Die Kategorie »Mixed Use«, welche die gemischte Nutzung eines Objektes widerspiegelt, wurde nun separat aufgezeigt.

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten per 31. Dezember 2013 veränderte sich gegenüber dem Jahresende 2012 und unter Berücksichtigung der Einführung der Kategorie »Mixed Use« nur leicht. Schwerpunkte bildeten die Objektarten »Bürogebäude« mit 7,1 Mrd. € EaD beziehungsweise 31% des gesamten REF-Portfolios (31. Dezember 2012: 7,7 Mrd. € beziehungsweise 32%) und »Einzelhandel« mit 6,2 Mrd. € EaD beziehungsweise 28% des REF-Portfolios (31. Dezember 2012: 6,9 Mrd. € beziehungsweise 29%). Der prozentuale Anteil der Finanzierung wohnwirtschaftlich genutzter Immobilien war mit 22% gegenüber dem Jahresende 2012 (21%) relativ stabil geblieben. Nennenswert ist weiterhin der Anteil von 8% (31. Dezember 2012: 12%) der Objektart »Logistik/Lager« am Gesamtportfolio REF.



## Real Estate Finance: EaD nach Objektarten<sup>1)</sup>

EaD in Mrd. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	31.12.2012 <sup>2)</sup>
Bürogebäude	7,1	8,6	-1,5	7,7
Einzelhandel	6,2	5,4	0,8	6,9
Wohnungsbau	4,9	5,0	-0,1	5,0
Logistik/Lager	1,8	2,3	-0,5	2,8
Andere	1,1	1,1	-	1,2
Mixed use	1,0	1,2	-0,2	
Hotel/Freizeit	0,4	0,3	0,1	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>22,5</b>	<b>23,9</b>	<b>-1,4</b>	<b>23,9</b>

<sup>1)</sup> Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

<sup>2)</sup> Zahlenbasis: Geschäftsbericht der pbb per 31. Dezember 2012

Das Portfolio war zum Jahresende 2013 mit 92 % (31. Dezember 2012: 94 %) nach wie vor von Investmentfinanzierungen dominiert; auf risikoreichere Bauprojekte in der Erstellungsphase (Herstellungsfinanzierungen) entfielen nur 5 % des EaDs (31. Dezember 2012: 3 %). Unter Investment-Finanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Kapitaldienstfähigkeit im Wesentlichen aus dem laufenden Objekt-Cashflow erfolgt.

## Real Estate Finance: EaD nach Darlehensarten<sup>1)</sup>

EaD in Mrd. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Investment-Finanzierungen	20,7	22,4	-1,7
Herstellungsfinanzierungen	1,2	0,7	0,5
Kundenderivate	0,4	0,7	-0,3
Andere	0,2	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>22,5</b>	<b>23,9</b>	<b>-1,4</b>

<sup>1)</sup> Im Segment Real Estate Finance bestand kein Exposure gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement.

**Risikokennzahlen** Der Erwartete Verlust für das Real Estate Finance Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2013 136 Mio. € (31. Dezember 2012: 103 Mio. €). Der Anstieg des Erwarteten Verlustes ist in erster Linie auf den Ausfall zweier größerer Finanzierungen zurückzuführen.

**Public Sector Finance 32,9 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur** Das Portfolio des Geschäftssegments Public Sector Finance (PSF) wies zum 31. Dezember 2013 einen EaD von 32,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 38,9 Mrd. €) auf, wovon 8,3 Mrd. € auf das strategische Portfolio der öffentlichen Investitionsfinanzierung entfielen (31. Dezember 2012: 8,4 Mrd. €). Vom restlichen Portfolio stand ein EaD in Höhe von 23,5 Mrd. € im Zusammenhang mit dem nicht-strategischen, auf Ablauf gestellten Portfolio der Budgetfinanzierung (31. Dezember 2012: 28,6 Mrd. €).

Der weit überwiegende Teil des Exposures lag in Westeuropa mit Schwerpunkt in Deutschland. Die prozentualen Länderanteile am Segmentportfolio waren mit kleineren Ausnahmen stabil. Den Hauptanteil an »Andere Europa« stellte Österreich mit 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 5,9 Mrd. €) dar. Der EaD in Italien, Portugal und Spanien ging aufgrund der Reduzierung von Engagements in diesen Ländern leicht zurück. Der Rückgang des Exposures in Frankreich auf 2,9 Mrd. € im Vergleich zum Jahresende 2012 (31. Dezember 2012: 5,0 Mrd. €) ist hauptsächlich auf die vorzeitige Rückzahlung eines Schulscheindarlehens aus dem öffentlichen Deckungsstock zurückzuführen. Das Exposure in den USA bestand vollständig gegenüber dort ansässigen Finanzinstituten.

## Public Sector Finance: EaD nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Deutschland	12,0	13,8	-1,8
Andere Europa <sup>3)</sup>	7,1	7,2	-0,1
Frankreich	2,9	5,0	-2,1
Spanien	3,7	4,1	-0,4
Italien	2,9	3,1	-0,2
Portugal	1,4	1,6	-0,2
Andere	1,1	1,5	-0,4
Emerging Markets <sup>4)</sup>	1,1	1,1	-
Japan	0,3	0,5	-0,2
Großbritannien	0,2	0,5	-0,3
USA	0,2	0,4	-0,2
Irland <sup>5)</sup>	0,0	0,1	-0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>32,9</b>	<b>38,9</b>	<b>-6,0</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,03 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €.

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €.

<sup>3)</sup> Enthält u.a. Österreich, Belgien, Schw eiz, Schw eden, Dänemark, Finnland, Norw egen und die Niederlande

<sup>4)</sup> Emerging Markets gemäß IMF-Definition

<sup>5)</sup> Auf Irland entfiel ein EaD von 0,02 Mrd. €.

**Unter »Öffentliche Kreditnehmer« werden Forderungen gegenüber Staaten (35 %), Unternehmen des öffentlichen Sektors (21 %) sowie Regionalregierungen und Kommunen (44 %) zusammengefasst.**

## Public Sector Finance: EaD nach Kontrahenten

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
öffentliche Kreditnehmer	23,4	27,3	-3,9
Finanzinstitute/Versicherungen <sup>3)</sup>	6,6	8,2	-1,6
Staatlich regulierte Unternehmen <sup>4)</sup>	2,9	3,4	-0,5
<b>Insgesamt</b>	<b>32,9</b>	<b>38,9</b>	<b>-6,0</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,03 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf Deutschland entfiel; davon garantierte Positionen in Höhe von 0,01 Mrd. €

<sup>3)</sup> Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie

<sup>4)</sup> Zum Beispiel Wasserwerke, Energieunternehmen usw .

Das Segment PSF enthielt zum Berichtsstichtag weiterhin einen hohen Anteil öffentlicher Kreditnehmer, was sich grundsätzlich im Rating widerspiegelte. 50% (31. Dezember 2012: 58%) des EaDs entfielen auf die Ratingklassen AAA bis AA-. In den Ratingklassen A+ bis A- waren 18% (31. Dezember 2012: 14%) des EaDs zu verzeichnen. Der Absolute Betrag an BBB+ und schlechter gerateten Positionen verringerte sich absolut, erhöhte sich prozentual betrachtet von 28% im Dezember 2012 auf 32% im Dezember 2013 aufgrund der überproportional starken Abnahme in AAA bis AA-.

## Public Sector Finance: Aufteilung nach internen Ratings

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
AAA bis AA-	16,4	22,5	-6,1
A+ bis A-	6,1	5,5	0,6
BBB+ und schlechter	10,4	10,9	-0,5
<b>Insgesamt</b>	<b>32,9</b>	<b>38,9</b>	<b>-6,0</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,03 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel.

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,2 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, der zu 100 % auf die Ratingklassen AAA bis AA- entfiel.

**Risikokennzahlen** Der Erwartete Verlust für das Portfolio des Geschäftssegmentes Public Sector Finance wies über den Ein-Jahres-Zeitraum einen Betrag von 31 Mio. € aus (31. Dezember 2012: 21 Mio. €). Der Anstieg ist auf eine Ratingherabstufung einer Regionalregierung in Portugal zurückzuführen.

**Value Portfolio: 0,14 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur** Das Value Portfolio beinhaltet nicht-strategische Portfolios der pbb sowie einen Teil der mit dem Kontrahenten FMS Wertmanagement bestehenden Geschäfte. Die Portfoliostruktur wird unter anderem von derivativen Geschäften mit Finanzinstituten geprägt.

Die strategiekonforme Abnahme des Exposures per 31. Dezember 2013 um 0,16 Mrd. € gegenüber 31. Dezember 2012 war auf weitere Reduzierungen in fast allen Ländern, allen voran Deutschland und die USA, zurückzuführen. Deutschland stellte auch den Schwerpunkt in dem per 31. Dezember 2013 verbliebenen Portfolio dar. Das USA Exposure wurde fast vollständig zurückgefahren. Der Anstieg in der Kategorie >> Andere<< resultierte aus einer internen Umsegmentierung.

## Value Portfolio: Aufteilung nach Regionen

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Deutschland	0,12	0,16	-0,04
USA <sup>3)</sup>	0,00	0,11	-0,11
Großbritannien	0,00	0,01	-0,01
Andere	0,01	0,00	0,01
Andere Europa <sup>4)</sup>	0,01	0,01	-
Frankreich <sup>3)</sup>	0,00	0,00	-
Irland	0,00	0,01	-0,01
<b>Insgesamt</b>	<b>0,14</b>	<b>0,30</b>	<b>-0,16</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 52 % auf Deutschland und zu 48 % auf Italien.

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 54 % auf Deutschland und zu 46 % auf Italien.

<sup>3)</sup> Aufgrund der Rundung auf die erste Nachkommastelle nicht in der Tabelle ausgewiesenes Exposure gegenüber Frankreich: 0,001 Mrd. €; USA 0,003 Mrd. €

<sup>4)</sup> enthält u.a. Schweiz, Schweden und Niederlande

## Value Portfolio: Kontrahentenstruktur

EaD in Mrd. €	31.12.2013 <sup>1)</sup>	31.12.2012 <sup>2)</sup>	Veränderung
Finanzinstitute/Versicherungen	0,05	0,18	-0,13
Unternehmen	0,05	0,07	-0,02
öffentliche Kreditnehmer	0,04	0,05	-0,01
<b>Insgesamt</b>	<b>0,14</b>	<b>0,30</b>	<b>-0,16</b>

<sup>1)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,6 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 52 % auf Deutschland und zu 48 % auf Italien

<sup>2)</sup> Neben dem oben berichteten EaD bestanden zusätzlich 0,7 Mrd. € EaD gegenüber dem Kontrahenten FMS Wertmanagement, welche zu 100 % garantiert sind; die garantierten Positionen entfielen zu 54 % auf Deutschland und zu 46 % auf Italien

**Risikokennzahlen** Der Erwartete Verlust für das Value Portfolio betrug unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2013 0,1 Mio. € (Dezember 2012: 0,2 Mio. €).

## Strukturierte Produkte

Die pbb hatte zum 31. Dezember 2013 einen Restbestand voll staatsgarantierter Collateralised Debt Obligations mit einem Nominalvolumen von 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,8 Mrd. €) und einem aktuellen Marktwert von 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,7 Mrd. €) im Bestand.

Der Restbestand der pbb an nicht staatsgarantierten strukturierten Wertpapieren, der auf Credit Linked Investments in Form von Collateralised Debt Obligations (CDOs im engeren Sinne) entfiel, blieb gegenüber dem Jahresende 2012 mit einem Nominalvolumen von 0,1 Mrd. € konstant. Der Marktwert dieser nahezu vollständig abgeschriebenen Wertpapiere, die Kreditrisiken verbriefen, belief sich per 31. Dezember 2013 auf 4 Mio. € (31. Dezember 2012: 8 Mio. €).

Die Bewertung erfolgte im Wesentlichen über am Markt verfügbare Preise.

## Zweckgesellschaft ohne Kapitalanteil in der pbb

Es existiert eine ABS-Struktur im Rahmen einer Zweckgesellschaft, welche vollständig beschrieben ist, sodass der pbb hieraus keine Risiken mehr erwachsen können (31. Dezember 2013: nominal 0,4 Mrd. €, 31. Dezember 2012: 0,4 Mrd. €).

## Watchlist- und Problemkredite

**Frühwarnsystem** Im Frühwarnsystem der pbb sind Trigger (= Kriterien) für die Aufnahme in die Intensivbetreuung (Watchlist) und in die Problemkreditbetreuung definiert (z.B. Zahlungsverzug, Nichteinhaltung von Covenants – beispielsweise Loan to Value [LTV], Interest Service Coverage [ISC]). Ob ein Trigger ausgelöst wurde, wird fortlaufend überwacht. Bei Auffälligkeiten wird die Adresse analysiert und gegebenenfalls zeitnah in die Intensiv- oder Problemkreditbetreuung überführt.

Watchlist- und Problemkredite (Restructuring und Workout Loans) sind wie folgt abgegrenzt:

- **Watchlist Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 60 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Restructuring Loans** Es besteht ein Zahlungsverzug größer 90 Tage bzw. ein anderes definiertes Frühwarnsignal trifft zu.
- **Workout Loans** Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass das Darlehen saniert werden kann. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind beziehungsweise werden eingeleitet, Einzelwertberichtigungen sind gebildet beziehungsweise vorgesehen.

Die Problemerkreditbearbeitung ist auch für die Überprüfung von Wertminderungen im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften verantwortlich.

## Entwicklung der Watchlist- und Problemerkredite der pbb<sup>1)</sup>

### Watchlist- und Problemerkredite

in Mio. €	EaD 31.12.2013				EaD 31.12.2012				Veränderung
	REF	PSF	VP	Insgesamt	REF	PSF	VP	Insgesamt	
Workout Loans	6	-	-	6	11	-	-	11	-5
Restructuring Loans <sup>2)</sup>	932	-	2	934	1.076	-	3	1.079	-145
<b>Problemkredite<sup>2)</sup></b>	<b>938</b>	<b>-</b>	<b>2</b>	<b>940</b>	<b>1.087</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>1.090</b>	<b>-149</b>
Watchlist Loans	142	454	-	596	857	641	-	1.498	-902
<b>Insgesamt</b>	<b>1.080</b>	<b>454</b>	<b>2</b>	<b>1.536</b>	<b>1.944</b>	<b>641</b>	<b>3</b>	<b>2.588</b>	<b>-1.052</b>

<sup>1)</sup> Der Ausweis erfolgt in Anlehnung an die aufsichtsrechtliche Behandlung inkl. einer spanischen Finanzierung die jedoch gemäß IFRS zu konsolidieren ist.

<sup>2)</sup> Zusätzlich bestand per 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2013 ein EaD in Höhe von 6 Mio. € in „Consolidation und Adjustments“

Die Watchlist- und Problemerkredite verringerten sich per Saldo um insgesamt 1.052 Mio. €.

Die Watchlist-Kredite reduzierten sich brutto<sup>1)</sup> um 1.014 Mio. € beziehungsweise netto um 902 Mio. €. Dabei entfielen auf Rückführungen bzw. Rückübertragungen in die Normalbetreuung im Segment REF 552 Mio. €, wovon 423 Mio. € auf nur zwei Darlehensfälle zurückzuführen sind. Im Segment PSF wurde ein spanischer Bond in Höhe von 100 Mio. € planmäßig zurückgeführt und 86 Mio. € konnten zudem aus der Intensivbetreuung in die Normalbetreuung rückübertragen werden. 275 Mio. € mussten in die Problemerkreditbetreuung herabgestuft werden. Die Neuzugänge belaufen sich auf 112 Mio. €, wobei 71 Mio. € aus der Rückübertragung eines Kunden von der Problemerkreditbetreuung in die Watchlist Loans resultieren.

Die Problemerkredite reduzierten sich brutto um 475 Mio. € beziehungsweise netto um 149 Mio. €. Erfolgreiche Restrukturierungen und Rückführungen summieren sich auf 475 Mio. €; darin enthalten auch eine vollständig abgeschirmte Forderung in Höhe von 116 Mio. €, die durch einen erfolgsneutralen Wertberichtigungsverbrauch zurückgeführt wurde. In die Problemerkreditbetreuung mussten Engagements mit einem Volumen von insgesamt 326 Mio. € übergeben werden, davon 275 Mio. € aus der Intensivbetreuung und 51 Mio. € aus der Normalbetreuung.

1) Ohne Berücksichtigung von gegenläufigen Effekten.

## Wertberichtigungen und Rückstellungen

**Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen** Alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht. Anschließend wird die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes, bei AfS-Vermögenswerten zuzüglich der AfS-Rücklage, zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende Erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertminderungsereignisses bei der pbb benötigt wird.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen langjährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und die aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Die Genehmigung der Einzelwertberichtigungen erfolgt im Risk Provisioning Committee.

**Risikovorsorgebestand der pbb.** Eine Übersicht über die Entwicklung der Risikovorsorge und der Rückstellungen findet sich im Anhang (Notes).

### **Abschirmquote der Problemkredite<sup>1)</sup>**

Die Abschirmquote ist das Verhältnis zwischen der auf die Problemengagements (inklusive des im Value Portfolio verbuchten Restbestandes an strukturierten Produkten) gebildeten Vorsorge und dem EAD bzw. im Hinblick auf die strukturierten Produkte dem Nominalbetrag.

Die Problemengagements der pbb waren per 31. Dezember 2013 zu 26 % abgesichert (31. Dezember 2012: 35 %). Der Rückgang resultierte vor allem daraus, dass der Bestand an Wertberichtigungen verhältnismäßig stärker gesunken ist als das Volumen der Problemkredite in Folge eines erfolgsneutralen Wertberichtigungsverbrauchs einer vollständig abgesicherten Finanzierung im Segment REF.

Die Problemkredite waren im Segment REF zu 19 % abgesichert (31. Dezember 2012: 30 %). Das Segment PSF enthielt zum 31. Dezember 2013 keine Problemkredite. Im Value Portfolio belief sich die Abschirmquote auf 96 % (31. Dezember 2012: 92 %).

1) Der Ausweis erfolgt in Anlehnung an die aufsichtsrechtliche Behandlung inkl. einer spanischen Finanzierung, die jedoch gemäß IFRS zu konsolidieren ist

## **Marktrisiko**

### **Definition**

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der pbb unterliegen hauptsächlich folgenden Marktrisikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- Allgemeines Zinsänderungsrisiko
- Fremdwährungsrisiko
- Collateral-Währungs-Risiko (Basisrisiko)

### **Marktrisikostrategie**

Die pbb verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können und die den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.
- Alle Positionen unterliegen der täglichen GuV- und Risikoüberwachung durch RMC

### **Organisation der Marktrisikosteuerung**

Die Überwachung der Positionen erfolgt durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich RMC.

## Marktrisikoberichte

RMC erstellt täglich ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht ist insbesondere an den Vorstand der pbb adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risk (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performance-Zahlen auf allen Ebenen der Portfoliostruktur.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

## Marktrisikomessung und -limitierung

**Marktrisiko-Value-at-Risk** RMC berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Es werden alle Positionen einbezogen, wobei der Credit-Spread-VaR aus Positionen, die der IFRS-Kategorie Loans & Receivables zugeordnet sind, nicht im Marktrisiko sondern im Kreditrisiko berücksichtigt wird.

- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleich gewichtet in die Berechnung eingehen.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikoarten zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, werden historisch beobachtete Korrelationen verwendet.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99 %-Konfidenzintervall.

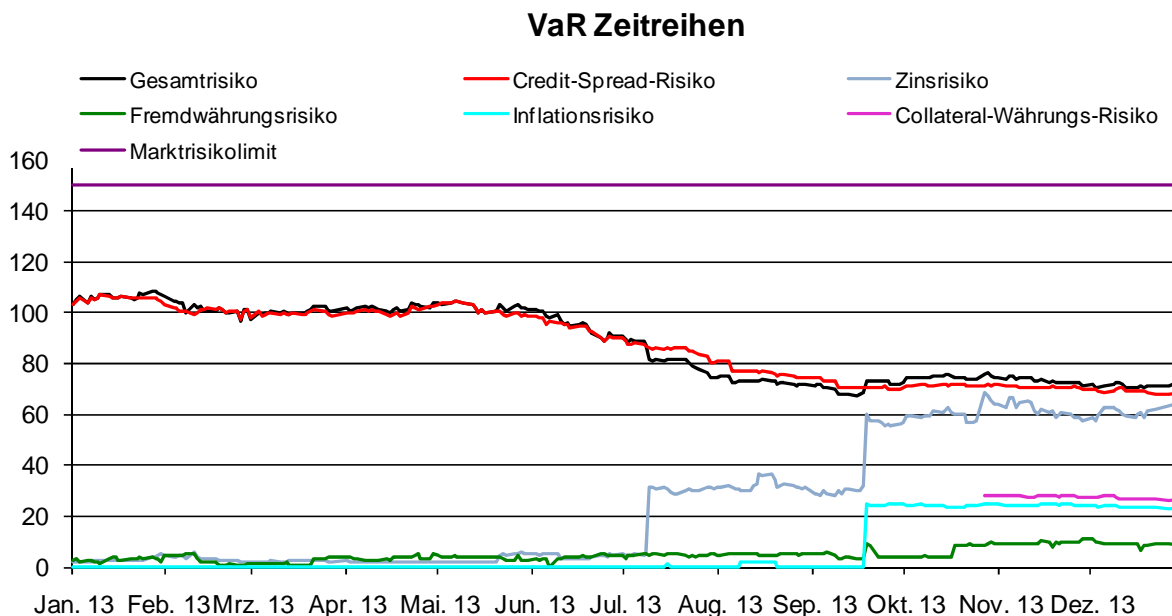
Am 31. Dezember 2013 betrug der Marktrisiko-VaR 74 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2012: 104 Mio. €). Es gab im Berichtszeitraum keine Limitüberschreitungen. Das Marktrisikolimit lag im gesamten Jahr 2013 konstant bei 150 Mio. €.

Im Jahresverlauf 2013 wurde die Entwicklung des Marktrisiko-VaR hauptsächlich durch die Veränderung von Credit-Spread-Volatilitäten geprägt. Während der Marktrisiko-VaR im ersten Halbjahr 2013 auf vergleichsweise konstantem Niveau blieb, war im dritten Quartal 2013 durch gesunkene Credit-Spread-Volatilitäten ein Rückgang des Marktrisiko-VaR zu verzeichnen. Im letzten Quartal war der Marktrisiko-VaR wiederum auf relativ konstantem Niveau. Darüber hinaus gab es Änderungen, die zwar auf Grund von Diversifikationseffekten zwischen den einzelnen Marktrisikoarten keine nennenswerten Veränderungen des gesamten Marktrisiko-VaR zur Folge hatten, jedoch die einzelnen Marktrisikoarten zum Teil stark beeinflussten. Im Jahr 2013 wurde die Value-at-Risk Messung auf Cross Currency Basis Risiken und (Single Currency) Tenor Spread Risiken ausgeweitet. Beide Marktrisikoarten hatten nur einen vergleichsweise geringen Value-at-Risk, mit 7 Mio. € für Cross Currency Basis Risiken und 0,4 Mio. € für Tenor Spread Risiken zum jeweiligen Einführungszeitpunkt.

Seit Juli 2013 werden auch die bis dahin separat ausgewiesenen Positionen der Eigenkapitalanlage in der Value-at-Risk Limitierung berücksichtigt. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg des Zins-VaR zum Zeitpunkt der Einführung. Im September 2013 wurde ein Inflation-linked Swap aufgelöst und der dazugehörige Inflation-linked Bond in das Eigenkapitalanlagebuch übertragen, was zu einem weiteren deutlichen Anstieg des Zins-VaR sowie des Inflations-VaR führte.

Bei der für die Sensitivitätsermittlung relevanten Bewertung wurden erstmals Overnight-Zinskurven (inklusive von Tenor-Basiseffekten) herangezogen. Dadurch werden bei der Value-at-Risk Berechnung auch Risiken berücksichtigt, die durch ein Auseinanderfallen von Währung des Grundgeschäfts und des Collaterals entstehen (Collateral-Währungs-Risiken).

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Markt-risiko-VaR sowie des VaR (10 Tage, 99%) für die Haupt-Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf:



Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stresstesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

**Sensitivitätsanalysen** Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

**Stresstests** Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter »normalen« Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Maximalverlust zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. Im der pbb werden hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für wesentliche Risikotreiber gerechnet. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach oben beispielsweise hätte für alle Positionen der pbb per 31. Dezember 2013 eine Marktwertverlust von 452 Mio. € (Ende 2012: 208 Mio. €) zur Folge gehabt. Der höhere Marktwertverlust im Vergleich zum Vorjahr resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung von Zinssensitivitäten im Eigenkapitalanlagebuch, die im Wesentlichen auf die oben beschriebene Swap Auflösung und Übertragung des dazugehörigen Inflation-linked Bonds in das Eigenkapitalanlagebuch zurückzuführen sind. Eine entgegengesetzte Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte nach unten hätte einen Marktwertgewinn in Höhe von 307 Mio. € (Ende 2012: 87 Mio. €) zur Folge. Die Asymmetrie zwischen Gewinn- und Verlustpotential ergibt sich vor allem dadurch, dass die beschriebene 200 Basispunkte Verschiebung maximal bis zu einem Zinssatz von 0% erfolgt. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

**Backtesting** Durch die tägliche Gegenüberstellung von VaR-Werten und anschließend tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen des Portfolios wird die Qualität der eingesetzten Risikomessmethoden laufend überprüft und gegebenenfalls optimiert. Die pbb hat zur quantitativen Einschätzung des Risikomodells die Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft übernommen. Hierbei werden die im Rahmen des Backtestings ermittelten statistischen (negativen) Ausreißer innerhalb eines Zeitraums von 250 Handelstagen gezählt. Insgesamt wurde im Jahr 2013 ein Ausreißer beobachtet, der auf eine außergewöhnlich starke Credit Spread- und Wechselkursbewegung zurückzuführen war. Damit weist das Risikomodell der HRE im Sinne der Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft eine grüne Ampelfarbe auf.



**Ökonomisches Marktrisikokapital** Für die Berechnung des ökonomischen Kapitals aus Marktrisiken wird im Going-Concern Ansatz ein Value-at-Risk für einen Einjahreszeitraum auf ein Konfidenzniveau von 95 % berechnet. Das ökonomische Kapital für Marktrisiken betrug für die pbb zum 31. Dezember 2013 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 185 Mio. € (31. Dezember 2012: 171 Mio. €).

### Abbildung ökonomischer Sicherungsbeziehungen als bilanzielle Sicherungsbeziehungen

Im Jahresabschluss der pbb werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitätlich als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt.

### Marktrisikosteuerung, -überwachung und -minderung

Die pbb steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Position im Bereich Treasury,
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch RMC sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Positionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten durch den handelsunabhängigen Bereich RMC

### Allgemeines Zinsänderungsrisiko

Aufgrund der oben genannten Effekte (Einbeziehung der Eigenkapitalanlage sowie Swap Auflösung und Übertragung des dazugehörigen Inflation-linked Bonds in das Eigenkapitalanlagebuch) ist das allgemeine Zinsänderungsrisiko im Jahr 2013 stark angestiegen. Es betrug zum 31. Dezember 2013 65 Mio. € und lag damit deutlich über dem Vergleichswert vom 31. Dezember 2012 in Höhe von 2 Mio. € (unter Einbeziehung des Eigenkapitalanlagebuchs hätte sich zum Jahresende 2012 ein Vergleichswert von 17 Mio. € ergeben). Im Jahr 2013 lag das Zinsänderungsrisiko bei durchschnittlich 25 Mio. € (maximal 68 Mio. €; minimal 2 Mio. €). Im Vorjahr 2012 lag der Durchschnitt des Zinsänderungsrisikos bei 3 Mio. € (maximal 11 Mio. €, minimal 1 Mio. €). Abgesehen vom Eigenkapitalanlagebuch war das allgemeine Zinsänderungsrisiko im Jahr 2013 durchgängig auf niedrigem Niveau.

Nicht-lineare Zinsrisiken aus Kapitalmarktgeschäften lagen wie im Vorjahr nur in unbedeutendem Umfang vor (Ende 2013: 0,4 Mio. €).

### Credit-Spread-Risiko

Das Credit-Spread-Risiko spiegelt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wider. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe zurückzuführen. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen. Der VaR-Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen.

So belief sich der Credit-Spread-VaR der AfS- und FVtPL-Bestände Ende Dezember 2013 auf 69 Mio. € und lag, vor allem aufgrund gesunkener Credit Spread – Volatilitäten, unter dem Wert des Vorjahres (Ende 2012: 103 Mio. €).

### Sonstige Marktrisiken

Seit Umstellung der Barwertermittlung auf OIS basierte Zinskurven werden Collateral-Währungs-Risiken gemessen. Sie betragen zum 31. Dezember 2013 27 Mio. €. Die Inflationsrisiken sind hauptsächlich durch die oben beschriebene Inflation-linked Swapauflösung stark gestiegen und betragen zum 31. Dezember 2013 23 Mio. €. Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko lag zum 31. Dezember 2013 bei 9 Mio. €, während die Tenor Spread Risiken am Jahresende 2013 bei 2 Mio. € lagen. Aktienkurs- und Rohwarenrisiken liegen nicht vor, Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

### Ausblick

Wie in der Risikostrategie festgelegt, sind Fremdwährungs-, Inflations- und Zinsänderungsrisiken (mit Ausnahme der Eigenkapitalanlage) weiterhin gering zu halten beziehungsweise zu reduzieren, falls durch Neugeschäfte Marktrisiken zu stark anwachsen würden. Credit-Spread-Risiken sind durch die Vermögensgegenstände der Deckungsstöcke für Pfandbriefe bedingt und somit im Rahmen des Geschäftsmodells immanent.

## Liquiditätsrisiko

### Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristgerecht nachkommen zu können.

### Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie der pbb und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass sowohl die kurzfristige als auch die mittelfristige Refinanzierung der pbb mittels eines Limit-Systems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

### Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

RMC der HRE identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko der pbb. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der pbb. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Group Risk Committee der HRE und vom Group Asset Liability Committee der HRE überprüft. Das Liquiditätsrisiko kann nicht auf Segmentbasis kalkuliert und reported werden.

### Liquiditätsrisikobericht

Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

## Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, die sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die drei Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario)
- Risk-Szenario (modifiziertes [historic] Stress-Szenario) und
- Liquiditätsstress ([historic] Stress-Szenario).

In Risk- und (historic) Stress-Szenario wird zum Beispiel mögliches Kundenverhalten in »Stresssituationen« simuliert. Dabei werden auf Basis historischer Zeitreihen 95 %- bzw. 99 %-Quantile errechnet.

Für das Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von zwölf Monaten bzw. ein Trigger über 24 Monate (Base-Szenario) definiert. Die Limite wurden zum Jahresende 2013 angepasst und über einen Zeitraum von 6 Monaten definiert.

Das Limit-System besteht aus:

- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für die pbb (Risk-Szenario und [historic] Stress-Szenario) und Trigger für das Base-Szenario

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die pbb regelmäßig durchgeführte Stresstests zur Untersuchung zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank berichtet.

## Liquiditätsrisiküberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation und durch einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten »Liquiditätsrisikotoleranz« aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die pbb über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt.

## Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limit-System) integriert, um eine »Überlebensperiode« der pbb im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden im Rahmen von Stress-Szenarien ermittelt und regelmäßig angepasst.

### Entwicklung der Risikoposition der pbb

Die Entwicklung der Liquiditätsposition lag in 2013 angesichts zunehmender Normalisierung an den Kapitalmärkten über den Erwartungen.

Die im Zuge der Liquiditätsrisikomessung per 31. Dezember 2013 ermittelte kumulierte Liquiditätsposition (liquide Assets sowie prognostizierter Saldo der Zahlungsströme) im Base-Szenario betrug auf Sicht von zwölf Monaten 8,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Anstieg um 2,5 Mrd. €. Aufgrund einer höheren mittel- bzw. langfristigen Fremdmittelaufnahme im unbesicherten Bereich und durch den erstmaligen Beitrag aus neuen Refinanzierungsquellen (Einlagengeschäft) lag dieser Anstieg über der erwarteten Liquiditätsveränderung. Zur Erhöhung der Liquiditätsposition trugen ebenfalls reduzierte Überdeckungsanforderungen für den Hypotheken-Deckungsstock bei.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung betrug zum 31. Dezember 2013 in der Deutschen Pfandbriefbank AG 3,03 und lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0.

### Refinanzierung

Die Kapitalmärkte waren im Jahr 2013 durch das Niedrigzinsumfeld, die expansive Geldpolitik und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Zentralbanken geprägt.

Das historisch niedrige Zinsumfeld sorgte für eine stärkere Nachfrage nach ungedeckten Anleihen und Papieren aus der europäischen Peripherie. Die Deutsche Pfandbriefbank konnte im Januar die erste von zwei Senior Unsecured Benchmarktransaktionen erfolgreich an den Markt bringen.

Wiederaufkommende Sorgen um die Bewältigung der Staatsschuldenkrise infolge des Bailouts in Zypern führten zu einer erhöhten Volatilität an den Märkten. Der Pfandbrief blieb für Anleger weiter attraktiv und am Primärmarkt konnten Papiere erneut zu verbesserten Risikoaufschlägen platziert werden. Erstmals nach der Krise konnte die pbb wieder eine langfristige Öffentliche Pfandbrief Benchmark mit einer Laufzeit von 15 Jahren emittieren.

Der Anstieg der langfristigen Zinsen aufgrund der Spekulationen um ein Zurückfahren der expansiven Geldpolitik sorgte im dritten Quartal für Unsicherheit an den Märkten. Die Debatte um das Haushaltsdefizit und die damit verbundene temporäre Schließung einzelner Verwaltungsbereiche in den USA ließ die Fed jedoch noch an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten. In der Eurozone veranlassten eine uneinheitliche Entwicklung der Staaten sowie aufkommende Deflationstendenzen die EZB sogar dazu, die Liquiditätsversorgung mit einer Zinssenkung im November 2013 noch weiter auszubauen. Diese Liquiditätssituation erleichterte die Refinanzierung der Kreditinstitute und führte zu einem deutlichen Rückgang der Risikoaufschläge bei Pfandbriefen und ungedeckten Anleihen.

Für die Refinanzierung stehen der pbb gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe sind dabei das Hauptrefinanzierungsinstrument. Aufgrund ihrer hohen Qualität und Akzeptanz an den internationalen Kapitalmärkten sind Pfandbriefe vergleichsweise weniger von Marktschwankungen betroffen als viele andere Refinanzierungsquellen.

Mit insgesamt 14 Neuemissionen und Aufstockungen gehörte die Deutsche Pfandbriefbank zu einem der aktivsten Emittenten im Benchmark-Format. Neben der Emission eines Öffentlichen Pfandbriefs und drei Hypothekendarlehenpfandbriefen, kam die pbb mit zwei unbesicherten Transaktionen und mit Pfandbriefen in Britischen Pfund an den Markt. Das Emissionsvolumen in der langfristigen Refinanzierung betrug 7,7 Mrd. EUR. Darüber hinaus wurde ein großer Teil der Refinanzierung über Privatplatzierungen abgedeckt.

Privatplatzierungen stellen neben öffentlichen Transaktionen ein wichtiges Refinanzierungsvehikel für die Bank dar und tragen durch ihren kleinteiligen Charakter zur Granularität der Refinanzierung bei.

### Prognostizierter Liquiditätsbedarf

Aufgrund des ausgeglichenen Aktiv-Passiv-Profiles bestehen keine signifikanten Liquiditätsinkongruenzen.

Neben dem prognostizierten Liquiditätsbedarf für Neugeschäftsaktivitäten ist die Höhe des zukünftigen Liquiditätsbedarfs jedoch noch von einer Vielzahl externer Faktoren abhängig:

- Weitere Entwicklungen in der europäischen Finanzkrise und mögliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft
- Zukünftige Entwicklung der Abschläge bei Wertpapieren bei den Repo-Finanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- Eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)
- Entwicklung der Anforderungen für Absicherungsgeschäfte
- Veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken

### Refinanzierungsrisiko

Bezüglich des Refinanzierungsrisikos verweisen wir auf die Darstellung des Geschäftsrisikos im Abschnitt »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse«.

### Marktliquiditätsrisiko

Quantitative Angaben zur besseren Einschätzung des Marktliquiditätsrisikos können für Finanzinstrumente, die zum Fair Value bewertet werden, der Darstellung der drei Levels der Fair-Value-Hierarchie dem Anhang (Notes) entnommen werden. Für LaR-Bestände besteht unter Liquiditätssteuerungsgesichtspunkten grundsätzlich keine Verkaufsabsicht, da für diese überwiegend über Einbringung in Deckungsstöcke, Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank oder Repo-Transaktionen Liquidität generiert werden kann.

### Risiken

Die Anpassung der EZB Zinspolitik an die europäische Finanzkrise und der daraus folgende Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus, beinhaltet das Risiko, dass Investoren bei der Allokation ihrer Finanzmittel den Rentenmarkt anteilmäßig geringer gewichten. Daraus könnte ein genereller Anstieg der Funding Spreads resultieren.

## Operationelle Risiken

### Definition

Die pbb definiert das operationelle Risiko als »die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse«. Die Defini-

tion beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus, die gesondert betrachtet werden.

### **Strategie für operationelle Risiken**

Die obersten Ziele der pbb sind die Früherkennung, die Erfassung, die Beurteilung sowie die Überwachung und Verhinderung bzw. Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die pbb schließt operationelle Risiken nicht komplett aus, sondern zielt auf die Minimierung möglicher Verluste ab. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

### **Organisation des Managements von operationellen Risiken**

Im Bereich Risk Management & Control ist die Einheit Group Operational Risk für konzernweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Beurteilung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken im HRE Konzern zuständig. Dies schließt die pbb mit ein.

### **Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken**

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht. Innerhalb der pbb übernimmt jeder einzelne Fachbereich sowie jede Führungsebene die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei vielmehr auf der proaktiven Früherkennung, Minderung und Steuerung der Risiken als lediglich auf der Messung, Überwachung und Reaktion auf Risiken.

Informationen werden auf zusammengefasster Basis verwendet, um das operationelle Risikoprofil der pbb und die notwendigen Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu bestimmen. Dies geschieht auch mit Hilfe von Operational Risk Szenarioanalysen, welche auf jährlicher Basis durchgeführt werden.

Regelmäßige Berichte werden für den CRO und das Risk Committee erstellt. Der monatliche Group Risk Report enthält operationelle Schadensfälle und Verluste sowie wesentliche risikorelevante Sachverhalte mit Auswirkung auf die pbb. Zudem weist ein vierteljährlicher Bericht zu wesentlichen Risikoindikatoren den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Auf jährlicher Basis wird ein Operational-Risk-Jahresbericht erstellt, welcher eine Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse des laufenden Jahres und zudem die Ergebnisse des Operational Risk-Self-Assessment-Prozesses beinhaltet. Dieser Bericht wird an den Vorstand der pbb verteilt und im Risk Committee präsentiert.

### **Risikomessung**

Das ökonomische Kapital für operationelle Risiken im Going-Concern Ansatz betrug 37 Mio. € zum 31. Dezember 2013 (14 Mio. € zum 31. Dezember 2012). Details zur Berechnung sind im Kapitel »Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse« beschrieben.

Die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken, die jeweils einmal jährlich zum Jahresende berechnet wird, betrug, entsprechend dem Standardansatz nach Basel II, 74 Mio. € zum 31. Dezember 2013 (82 Mio. € zum 31. Dezember 2012).

### **Operationelles Risikoprofil der pbb**

Im Jahr 2013 ergaben sich für die pbb Verluste von insgesamt 1,2 Mio. € aus operationellen Risiken (2012: 3,3 Mio. €). Die operationellen Verluste verteilen sich zu 94% auf das Segment Real Estate Finance sowie zu 6% auf das Segment Public Sector Finance.

Die Basel II Ereigniskategorie »Abwicklung, Lieferung und Prozessmanagement« war im Jahr 2013 die Kategorie mit sowohl der höchsten Anzahl an Ereignissen (85%) als auch mit den damit verbundenen finanziellen Verlusten (94%). Der Wert in der Kategorie „Abwicklung, Lieferung und Prozessmanagement“ ist branchenüblich angesichts der entsprechenden Anzahl an Transaktionen. Bei der pbb war dies sowohl durch den Anstieg im Neugeschäft als auch durch das für die FMS Wertmanagement erbrachte Servicing bedingt. Das Servicing für die FMS Wertmanagement entfiel zum 30. September 2013.

Dieses Ergebnis wurde auch im Operational Risk Self Assessment Prozess sichtbar, welcher eine Bottom-up Risikoeinschätzung darstellt, die von jedem Geschäftsbereich in der Bank durchgeführt wird.

Das operative Risikoprofil der pbb hat sich im Laufe der letzten Jahre u.a durch die erfolgreiche Umsetzung verschiedener IT-Projekt und die Konsolidierung der Kernsysteme kontinuierlich verbessert.

Darüber hinaus wird die Entflechtung von pbb und Depfa weiter vorangetrieben. Bisher ergaben sich aus dieser fortwährenden Veränderung keine zusätzlichen Themen in Bezug auf das operationelle Risiko.

## Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

### Going-Concern

#### Going-Concern

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Adressrisiko	237	226	11
Marktrisiko	185	171	14
Operationelles Risiko	37	14	23
Geschäftsrisiko	-	-	-
Immobilienrisiko	9	11	-2
<b>Summe vor Diversifikationseffekten</b>	<b>468</b>	<b>422</b>	<b>46</b>
<b>Summe nach Diversifikationseffekten</b>	<b>421</b>	<b>375</b>	<b>46</b>
Risikodeckungsmasse (Freies Kapital)	1.946	1.660	286
<b>Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)</b>	<b>1.525</b>	<b>1.285</b>	<b>240</b>

Die Going-Concern Perspektive stellt explizit auf den Schutz der regulatorischen Mindestkapitalisierung und damit auf die Fortführbarkeit der Geschäftstätigkeit der pbb in schweren ökonomischen Abschwungphasen ab. Zum Nachweis der Risikotragfähigkeit wird dabei zunächst das ökonomische Kapital auf einem Konfidenzniveau von 95% berechnet. Enthalten sind die von uns als wesentlich definierten Risikoarten Adressrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, das Refinanzierungsrisiko als Teil des Geschäftsrisikos und das Immobilienrisiko.

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten belief sich das ökonomische Kapital der pbb im eingeführten Going-Concern Ansatz auf 468 Mio. € (31. Dezember 2012: 422 Mio. €). Mit deren Berücksichtigung lag es bei 421 Mio. € (31. Dezember 2012: 375 Mio. €). Die auf Basis des ICAAP größte Risikoart (gemessen am ökonomischen Kapital) war das Adressrisiko, auf das rund 51% des undiversifizierten ökonomischen Kapitals entfielen. Der Anstieg des ökonomischen Kapitals nach Diversifikationseffekten ist sowohl auf Bonitätsverschlechterungen von Staaten als auch auf methodische Weiterentwicklungen (z.B. Risikomessung für das Operationelle Risiko oder Anpassung der Korrelationsparameter zur Aggregation von Kredit- und Marktrisiken) zurückzuführen.

Dem gegenüber steht als Risikodeckungspotenzial das so genannte freie Kapital, welches aus hartem Kernkapital abzüglich des zur Abdeckung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten notwendigen

Kernkapitals und einem Puffer für unwesentliche und nicht oder nur teilweise quantifizierbare Risiken besteht. Bei der Bestimmung des zur Abdeckung der regulatorischen Mindestquoten notwendigen Kernkapitals wird gemäß dem Vorsichtsprinzip ein Sicherheitsaufschlag auf die risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Die Höhe des freien Kapitals lag zum Stichtag bei 1,9 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,7 Mrd. €).

Entsprechend ergab sich zum 31. Dezember 2013 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum eine Überdeckung von 1,5 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,3 Mrd. €) und damit der Nachweis der Risikotragfähigkeit der pbb im führenden Going-Concern Ansatz.

### Gone-Concern (instantane Liquidationsperspektive)

Zur vollumfänglichen Erfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die bankinternen Risikotragfähigkeitskonzepte hat die pbb den Gone-Concern-Ansatz (Liquidationsperspektive) entwickelt und als zusätzlichen, parallelen Steuerungsansatz implementiert. Die so genannte instantane Liquidationsperspektive hat zum Ziel, den Schutz des erstrangigen Fremdkapitalgebers in einem hypothetischen Liquidationsszenario mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit zu gewährleisten. Die pbb hat hierbei ein Konfidenzniveau von 99,91% gewählt, welches sich an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit von Unternehmen, die von externen Ratingagenturen mit einem guten langfristigen Kreditrating von A- bei Standard & Poor's beziehungsweise A-/A3 bei Fitch und Moody's versehen sind, orientiert. In diesem Liquidationsszenario wird jedoch nicht, wie beispielsweise aufgrund des Pfandbriefgesetzes geboten, von einer opportunistischen Abwicklung der Portfolios ausgegangen, sondern von einem sofortigen Verkauf zu gestressten Marktwerten der zum Fair Value bilanzierten Aktiva und der Wertpapiere des Anlagebuches. Entsprechend dieser Prämisse werden neben den bereits genannten wesentlichen Risiken in der instantanen Liquidationsperspektive zusätzlich noch Credit-Spread Risiken aus Wertpapieren des Anlagebuches bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt und gleichzeitig die stillen Lasten dieser Wertpapiere bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse in Abzug gebracht.

### Gone-Concern (instantane Liquidationsperspektive)

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
Adressrisiko	1.447	1.446	1
Marktrisiko	1.083	1.143	-60
Operationelles Risiko	78	86	-8
Geschäftsrisiko	53	42	11
Immobilienrisiko	20	20	-
<b>Summe vor Diversifikationseffekten</b>	<b>2.681</b>	<b>2.737</b>	<b>-56</b>
<b>Summe nach Diversifikationseffekten</b>	<b>2.436</b>	<b>2.383</b>	<b>53</b>
Risikodeckungsmasse vor Stillen Lasten	4.285	3.953	332
Stille Lasten	546	-1.394	-848
<b>Risikodeckungsmasse</b>	<b>3.739</b>	<b>2.559</b>	<b>1.180</b>
Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	1.303	176	1.127

In der instantanen Liquidationsperspektive beläuft sich das ökonomische Kapital ohne Diversifikationseffekte zum 31. Dezember 2013 auf 2,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,7 Mrd. €) und mit deren Berücksichtigung auf 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,4 Mrd. €). Wesentliche Treiber sind zum einen das Adressrisiko mit 1,4 Mrd. € und zum anderen das Marktrisiko mit 1,1 Mrd. €. Der überwiegende Teil des Marktrisikos wurde dabei aufgrund der immer noch erhöhten Volatilität der Credit Spreads in Teilen des europäischen Währungsraumes des nicht-strategischen und auf Abbau gestellten Teilportfolio



der Budgetfinanzierung im Segment Public Sector Finance verursacht.. Das Adressrisiko blieb im Jahresvergleich annähernd konstant.

Die Risikodeckungsmasse in der instantanen Liquidationssicht belief sich zunächst auf 4,3 Mrd. € (31. Dezember 2012: 4,0 Mrd. €) und reduzierte sich nach Abzug der netto stillen Lasten der Wertpapiere im Anlagebestand auf 3,7 Mrd. € (31. Dezember 2012: 2,6 Mrd. €).

### Strategischer Gone-Concern (strategische Liquidationsperspektive)

Zusätzlich zur beschriebenen instantanen Sicht hat die pbb eine strategische Gone-Concern Perspektive entwickelt. In dieser Sicht wird die Risikoberechnung bereinigt um das auf Abbau gestellte Portfolio der Budgetfinanzierung und um das Value Portfolio, um den Fokus auf die Steuerung des strategischen Kerngeschäfts der Immobilienfinanzierung und der öffentlichen Investitionsfinanzierung zu legen. Alle als wesentlich definierten Risikoarten inklusive des Credit-Spread Risikos für Wertpapiere des Anlagebuchs werden berücksichtigt, zu einem ökonomischen Kapital aggregiert und schließlich limitiert. In der strategischen Gone-Concern Perspektive beläuft sich das ökonomische Kapital auf 1,2 Mrd. € (31. Dezember 2012: 1,2 Mrd. €) und die stillen Lasten des strategischen Portfolios auf rund 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2012: 0,7 Mrd. €)

### Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten für einen Zeitraum von einem Jahr und zu einem bestimmten Konfidenzniveau (99,91 % im Gone-Concern; 95 % im Going-Concern) berechnet. Dabei orientiert sich die Bank im Gone-Concern Konfidenzniveau am Durchschnitt langjähriger Ausfallraten von Unternehmen, die extern sehr gut gerated sind (A- bei S&P und Fitch, A3 bei Moody's).

Nachfolgend wird die Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals für die einzelnen materiellen Risikoarten für 2013 erläutert.

**Adressrisiko** Zur Berechnung des Adressrisikos auf Portfolioebene setzt die pbb ein Kreditportfoliomodell ein, welches dem Ansatz eines so genannten Asset-Value-Modells folgt. Der wesentliche Grundgedanke dieses Ansatzes besteht darin, dass über die wiederholte Simulation korrelierter Ratingmigrationen und Ausfällen der Kreditnehmer sowie eine Berechnung hieraus resultierender Wertveränderungen über eine entsprechende Neubewertung des Portfolios Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Aus der über diesen Weg berechneten Verlustverteilung lässt sich dann das ökonomische Adressrisikokapital als unerwarteter Verlust ableiten. Dieses beziffert den auf einem vorgegebenen Konfidenzniveau berechneten maximalen unerwarteten Verlust, der sich aufgrund von Ratingmigrationen und Ausfällen im Kreditgeschäft innerhalb eines Jahres ergeben kann. Neben der Verlustverteilung des Kreditportfolios ist ein wesentliches Ergebnis die risikoadäquate Allokation des so gemessenen Adressrisikokapitals auf die einzelnen Kreditnehmereinheiten nach dem sogenannten Expected-Shortfall Prinzip. Hierbei wird eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Kreditnehmer gewährleistet und damit ein wesentlicher Baustein zur risikoorientierten Steuerung des Kreditportfolios gelegt.

Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres Anpassungen der Korrelationsparametrisierung innerhalb des Kreditportfoliomodells durchgeführt. Ziel dieser Anpassungen war die optimale Ausrichtung des Kreditportfoliomodells an das Geschäftsmodell der pbb unter der gleichzeitigen Einhaltung der konservativen regulatorischen Anforderungen an die Modellierung von Diversifikationseffekten.

**Marktrisiko** Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko dient dazu, mögliche finanzielle Verluste aus Preisänderungen der Anlage- und Handelsbuchpositionen zu erfassen. Dabei werden die potenziellen unsystematischen Verluste aus einer Analyse historischer Zeitreihen bestimmter Einflussfaktoren (Risikofaktoren) wie zum Beispiel Zinsen, Wechselkurse und Credit Spreads über die

letzten sieben Jahre abgeleitet. Der relativ lange Zeitraum von sieben Jahren stellt sicher, dass auch für die Bank ungünstige ökonomische Konjunkturphasen im Modell erfasst werden. Schließlich wird mittels eines Simulationsverfahrens und unter Verwendung der linearen Sensitivitäten der Finanzinstrumente die Jahresverlustverteilung des Portfoliomarktwertes ermittelt, woraus sich das ökonomische Kapital zum Konfidenzniveau von 95% und 99,91% bestimmen lässt.

**Operationelles Risiko** In die Berechnung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken gehen sowohl das Ergebnis der Berechnung nach dem Standardansatz gemäß Basel II, als auch das Ergebnis eines mit internen Daten parametrisierten mathematischen Modells zur Berechnung von Verlusten aus operationellen Risiken ein. Zudem wird der vergangenheitsbezogene Standardansatz nach Basel II durch die Berücksichtigung zukunftsgerichteter Planzahlen über drei Jahre angereichert. Für die Zwecke des Kapitaladäquanzverfahrens wird der regulatorisch bestimmte Kapitalbedarf im Going-Concern Ansatz entsprechend dem niedrigeren Konfidenzniveau von 95% skaliert. Im Gone-Concern Ansatz erfolgt eine Skalierung auf das höhere Konfidenzniveau von 99,91%.

**Geschäftsrisiko** Das Geschäftsrisiko wird in der pbb allgemein definiert als Risiko von Gewinneinbußen aufgrund von Veränderungen des externen Geschäftsumfelds, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Bank beeinflussen. Dazu gehören neben nicht quantifizierbaren Risiken, wie regulatorisches Risiko, Reputationsrisiko und strategisches Risiko, auch Risiken von erhöhten Refinanzierungskosten bzw. eines erhöhten Refinanzierungsbedarfs sowie Ertragsrisiken. Die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Geschäftsrisiko beinhaltet einen Szenario-basierten Anstieg der Finanzierungskosten infolge eines gestiegenen Finanzierungsbedarfs bei einer gleichzeitigen Erhöhung des unbesicherten Refinanzierungssatzes. Dem Ertragsrisiko wird dadurch Rechnung getragen, dass geplante Erträge aus Neugeschäft nicht in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

**Immobilienrisiko** Das Immobilienrisiko der pbb wird mit Hilfe eines mathematisch-statistischen Modells berechnet, welches es erlaubt, Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Wertverluste von Immobilien im Eigenbestand zu treffen. Die Parametrisierung des Modells basiert im Wesentlichen auf Zeitreihen repräsentativer Immobilienindizes für das Portfolio.

**Liquiditätsrisiko** Eine Kapitalisierung von Liquiditätsrisiken im engeren Sinne ist nicht möglich. Liquiditätsrisiken im weiteren Sinne einer Erhöhung der Refinanzierungskosten für potenzielle Finanzierungslücken sind im ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko abgebildet.

## Stresstests

In der jüngsten Vergangenheit haben Stresstests nicht zuletzt auch wegen der europäischen Staatsschuldenkrise sowohl aufsichtlich als auch im Rahmen der bankinternen Steuerung eine immer größere Bedeutung erlangt. Innerhalb des direkt an das Risiko-Komitee berichtenden Stresstest-Komitees werden sämtliche Aktivitäten, Entwicklungen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Stresstests gebündelt. Im Rahmen eines integrierten Ansatzes wurde im Berichtszeitraum die Auswirkung von makroökonomischen Stress-Szenarien auf alle wesentlichen Risiken und das Risikodeckungspotenzial unter gestressten Marktparametern über einen mehrjährigen Zeithorizont hinweg ermittelt. Der Fokus dieser Szenarien liegt auf der Fortsetzung beziehungsweise Verschärfung der aktuellen Staatsschuldenkrise.

Des Weiteren werden Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital und die Risikodeckungsmasse eingesetzt, um ein tieferes Verständnis für die Sensitivität der Risikotragfähigkeitsrechnungen auf adverse Bewegungen der ökonomischen Einflussfaktoren zu entwickeln. Darüber hinaus werden regelmäßig auch sogenannte inverse Stresstests durchgeführt, die als Ergebnis bestimmte Parameterkonstellationen beschreiben, bei denen die Kapitalausstattung noch ausreichend ist. Neben institutionalisierten Stresstests haben im Berichtszeitraum Ad-hoc-Anfragen seitens des Vorstands eine wichtige Rolle gespielt.

## Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen gemäß Solvabilitätsverordnung

Gemäß der Waiver-Regelung nach § 2 a KWG ist die pbb davon befreit, auf Institutsebene die Eigenmittel- und Kernkapitalquoten zu ermitteln.

## Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

### Konzeption

Das Interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften. Ziel des Internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken zu überprüfen. Das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Es soll, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird. Ein Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der Ziele geben.

Bei der pbb spiegelt sich das Interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, die an den CFO/COO berichtenden Bereich Finance sowie das Group Finance Committee (GFC).

Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der pbb hat gemäß § 264 i.V.m. § 242 HGB einen Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der pbb trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des CFO/COO oder des GFC.

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der pbb hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss gebildet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen.

Der Bereich Group Internal Audit unterstützt den Vorstand und Aufsichtsrat in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO/COO leitete im Geschäftsjahr 2013 unter anderem die Bereiche Finance, Human Resources und Operations. Der Bereich Finance beinhaltet die Abteilungen Accounting, Financial Reporting, Regulatory Reporting, Procurement Services & Corporate Controlling und Tax. Im Bereich Finance wird der Einzelabschluss gemäß HGB erstellt, und die rechnungslegungsrelevanten Kapitalmarktinformationen werden bereitgestellt. Für Rechnungslegungszwecke werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß HGB in den Abschlüssen der Zentrale und der Niederlassungen vereinheitlicht. Hierfür ist ein HGB-Bilanzierungshandbuch in das Prozess-/ Anweisungswesen (ATLAS) der pbb eingestellt. Jede einbezogene Einheit meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und die Anhangangaben an eine zentrale Stelle im Rechnungswesen. Dort werden die Daten der Fremdwährungspositionen IT-

unterstützt in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Das GFC auf Ebene der HRE gibt Empfehlungen an den Vorstand. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten und Segmente der HRE, inklusive der pbb. Das GFC setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern sowie den Bereichsleitern Finance und Risk Management & Control zusammen.

Ablauforganisatorisch basiert das Interne Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und eingesetzter Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Informationen für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichsübergreifend abgestimmt.

## Implementierung

Die pbb hat das Konzept des Internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Gremien der HRE Holding und der pbb sind weitgehend personenidentisch besetzt, wodurch eine einheitliche Steuerung ermöglicht wird. Zum Beispiel bilden die Mitglieder des Vorstands der HRE Holding gleichzeitig den Vorstand der pbb.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung, was sich zum Beispiel in separaten Abteilungen zur Zahlenerstellung (Accounting) und zum Berichtswesen (Financial Reporting) widerspiegelt. Das GFC und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Aufgaben. Darüber hinaus sind ausführende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vieraugenprinzip.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen systembasierte und nicht systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Software täglich gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der pbb gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die pbb manuelle beziehungsweise nicht systembasierte Verfahren implementiert. So werden Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus werden die Bilanz und die Gewinn-und-Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert, unter anderem in der Form eines Handbuchs. Diese Vorgaben umfassen die Analyse und Auslegung der relevanten Vorschriften um eine einheitliche Bilanzierung und Bewertung zu ermöglichen. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind verschiedene Bereiche in bestimmte Prozesse eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dienen der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung des Geschäftsberichts. Alle beteiligten Bereiche müssen diesen Bericht vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen lassen (sogenannter Subcertification-Prozess), wodurch eine weitere Kontrollstufe für die offenzulegenden Produkte erreicht wird. Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte wesentlicher Teile des Geschäftsberichts ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die pbb Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zulasten der pbb. Als betrügerische Handlung zulasten der pbb werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die pbb identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischen Handlungen und bewussten Verstöße auf. Durch ein neu entwickeltes, systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

## Aufrechterhaltung

Die pbb überprüft und verbessert ihr Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend unter anderem im Rahmen der Sitzungen des Vorstands und des GFC zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden auch Anpassungen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel bei Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell der pbb oder auf neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der pbb und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die bei Änderung der Gesetze notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT-Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst. Ein Beispiel stellt das überwiegend ab dem Jahr 2010 für deutsche Einzelabschlüsse anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) dar. Im Zuge der BilMoG Umsetzung wurde auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, zum Beispiel bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Bewertungseinheiten.

Die IT-Landschaft der pbb wird kontinuierlich weiterentwickelt. Als Beispiel überarbeitet die pbb die gültige Hauptbuchstruktur. Durch diese und weitere Maßnahmen wird sich die Komplexität der Rechnungslegungsprozesse reduzieren.

## Überwachung

Dem Bereich Group Internal Audit kommt die Aufgabe zu, Prozesse und Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft der Bereich Group Internal Audit entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des Internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO-Funktionen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Der Bereich Group Internal Audit ist weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung seiner Aufgaben hat der Bereich Group Internal Audit ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten und Prozesse sowie die IT-Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat befragt auch unmittelbar Bereichsleiter. Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt dem Abschlussprüfer den

Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Abschluss und Lagebericht.

Der Abschlussprüfer nimmt an den abschlussbezogenen Sitzungen des Aufsichtsrats und an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, unter anderem auch über wesentliche Schwächen des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Sofern relevant, berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

# Prognosebericht

## Gesamtwirtschaftliche Prognose

Das globale Wirtschaftswachstum dürfte sich von 2,2 % in 2013 auf 3,0 % in 2014 erhöhen. Die Annahmen für Europa für das Jahr 2014 basieren dabei auf der Prämisse, dass die Unsicherheiten über die weitere Bewältigung der Krise im Euro-Raum deutlich gesunken sind. Nach einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung 2013 wird für das Jahr 2014 eine Zuwachsrate von 1,1 % erwartet. Allerdings ist der aktuelle Aufschwung nicht selbsttragend, da viele Industrieländer weiterhin hohe öffentliche Finanzierungsdefizite aufweisen. In Deutschland wird mit einem Zuwachs von 1,6 % gerechnet; in Großbritannien soll er mit 1,9 % sogar etwas stärker ausfallen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Frankreich wird bei 1,1 % erwartet, Spanien und Portugal dürften zumindest ein kleines Wachstum aufweisen. Die nordischen Länder werden voraussichtlich 2014 stärker wachsen als 2013, die Region Mittel- und Osteuropa soll sich ebenfalls positiv entwickeln.

Aufgrund der immer noch schwachen Nachfrageentwicklung wird erwartet, dass die Inflation im Prognosezeitraum in den meisten Regionen noch langsamer steigt als im letzten Jahr. Inflationsrisiken könnten jedoch mittelfristig zunehmen, je länger die Volkswirtschaften von der europäischen Zentralbank zu Zinsen nahe null Prozent versorgt werden. Es ist davon auszugehen, dass die langfristigen Zinsen leicht steigen werden, das Niveau der kurzfristigen Zinsen jedoch im Wesentlichen unverändert bleibt.<sup>1</sup>

## Branchenspezifische Rahmenbedingungen

### Gesamtsituation der Bankbranche

Das Branchenumfeld für Banken wird auch in 2014 schwierig bleiben. Politik und Notenbanken werden den Bankensektor weiterhin maßgeblich beeinflussen.

Das niedrige Zinsniveau wird die Ertragssituation nach wie vor belasten. Die Vielzahl regulatorischer Neuerungen wird sich auf die Geschäftsmodelle und Bilanzstrukturen auswirken. Hier stehen vor allem die Anforderungen aus dem Basel III Reformpaket an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung sowie die Einführung einer verbindlichen Verschuldungsquote im Vordergrund. Die Umsetzung in der Europäischen Union wird über eine Neufassung der Capital Requirements Directive (CRD) erfolgen und soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten.

Die für Herbst 2014 geplante Übertragung der Aufsicht über die systemrelevanten Banken der Euro-Zone auf die Europäische Zentralbank (EZB) bedeutet im Hinblick auf die vorausgehende umfassende Bewertung (Risikoprüfung, Bilanzprüfung, Stresstest) der Bankbilanzen für die betroffenen Banken erheblichen Aufwand.

Die Entwicklung im Bankensektor dürfte vor dem Hintergrund seiner Schlüsselrolle in der Finanzkrise, den umfangreichen regulatorischen Neuerungen und der juristischen Aufarbeitung verschiedenster Sachverhalte auch im Jahr 2014 weiterhin stark im kritischen Fokus der breiten Öffentlichkeit stehen. Durch die Kosten der Regulierung wird allgemein die Rentabilität belastet werden.

### Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Für die europäischen Immobilienmärkte wird im Jahr 2014 eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des Vorjahres erwartet. Es wird 2014 von einem weiteren Anstieg des Investitionsvolumens in

---

<sup>1</sup> Quelle: Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Gewerbeimmobilien ausgegangen. Damit würden wieder Niveaus erreicht werden, wie sie zum Zeitpunkt vor der Finanz- und Wirtschaftskrise vorlagen.

Innerhalb Europas sollte das Hauptinteresse der Investoren auf Objekten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Skandinavien und Osteuropa liegen. Darüber hinaus ist auch für Spanien ein weiteres Wachstum möglich.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass sich der Fokus der Investoren weiter von erstklassigen Objekten in zentralen Lagen hin zu Objekten in dezentraleren Lagen verschieben wird. Die Segmente Büro- und Handelsimmobilien dürften weiterhin das Marktgeschehen dominieren, aber auch die Nachfrage nach Logistikimmobilien sollte sich positiv entwickeln.

Vom steigenden Transaktionsvolumen dürften auch die Immobilienfinanzierer profitieren. Die Finanzierungsbedingungen werden sich voraussichtlich auch weiterhin günstig entwickeln. Als eine Folge sollte auch der Abschluss von großvolumigen Finanzierungen beziehungsweise Finanzierungen mit Teilen von spekulativen Elementen wieder zunehmen. Zudem wird damit gerechnet, dass verstärkt Finanzierungen durch alternative Kreditgeber wie Versicherer, Pensionskassen oder Kreditfonds angeboten werden.<sup>1</sup>

### Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die hohen Transparenzanforderungen an die öffentlichen Kreditnehmer werden für die finanzierenden Banken in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung in absehbarer Zeit bestehen bleiben. Insbesondere die Länder im Fokus wie Spanien und Italien dürften unter bestimmten Rahmenbedingungen bei den finanzierenden Banken wieder sehr selektiv auf Neugeschäftsmöglichkeiten geprüft werden. Neben der transparenten Offenlegung der finanziellen Situation und der Analyse des genauen Investitionszwecks der angefragten Finanzierung werden vor allem wirtschaftliche Lage und Ausblick bei einer Finanzierungsentscheidung maßgeblich sein.

In diesem Marktumfeld wird es auch weiterhin deutliche Bewegung bei Wettbewerbern geben, mit der Konsequenz, dass ehemals zurückhaltende Banken länderspezifisch wieder stärker in Finanzierungen eintreten oder Finanzierungen zum Teil von anderen Marktteilnehmern wie Versicherungen und Kreditfonds angeboten werden.

Die Situation auf den Märkten Deutschland und Frankreich dürfte gegenüber dem Jahr 2013 im Wesentlichen unverändert bleiben. Der deutsche Markt wird nach wie vor von den öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken bei niedrigem Margenniveau dominiert werden. In Frankreich hat sich der intensive Wettbewerb in sinkenden Margen niedergeschlagen. Dieser Trend wird sich zumindest im nächsten Jahr fortsetzen. Es werden sich in Frankreich aber erneut gute Chancen ergeben, Geschäfte mit attraktiven Risiko-Ertrags-Profilen abzuschließen.

Im Bereich der Exportfinanzierungen wird es auch in Zukunft ausreichend Möglichkeiten für Neugeschäft geben (teilweise aufgrund einer veränderten strategischen Ausrichtung von ehemals sehr aktiven Banken).

### Refinanzierungsmärkte

Die zukünftige Geldpolitik der Zentralbanken wird einen hohen Einfluss auf den Kapitalmarkt haben. Durch das historisch niedrige Zinsumfeld dürfte die Nachfrage von Investoren nach unbesicherten Anleihen weiterhin hoch sein. Auf der anderen Seite könnte die umfassende Bewertung durch die EZB für Volatilität an den Märkten sorgen.

---

<sup>1</sup> Quellen: Research von CBRE



Die Auswirkungen von regulatorischen Veränderungen auf die Refinanzierungsmärkte sind noch unsicher. Die zu erwartende Klassifizierung von Pfandbriefen als liquide oder sogar hochqualitative und hochliquide Wertpapiere im Sinne der Liquidity Coverage Ratio sollte zu einer stabilen, eventuell auch steigenden Nachfrage führen. Ein geringes Neuemissionsvolumen und eine weiterhin hohe Geldmenge müssten sich positiv auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute mit Pfandbriefen auswirken. Regulatorische und gesetzliche Änderungen können bei bestimmten Emittenten zu einer schwierigeren Platzierbarkeit von unbesicherten Anleihen führen.

## Unternehmensprognosen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der pbb stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken und Chancen nicht in kalkulierter Höhe eintreten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

### Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bedingt durch Einmaleffekte hat die pbb das Jahr 2013 mit einem negativen Ergebnis vor Steuern abgeschlossen (-56 Mio. €). Im Jahr 2014 erwartet die pbb keine derartigen Belastungen durch Einmaleffekte. Konkret geht die pbb für das Jahr 2014 von einem positiven Vorsteuerergebnis aus und damit von einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden sich im Jahr 2014 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

- Für den Zinsüberschuss wird eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2013 geplant. Grund hierfür werden geringere Einmaleffekte sein, die im Jahr 2013 unter anderem durch eine nachgeholte Zinszahlung an ein Tochterunternehmen deutlich negativ waren. Zudem ist die Erreichung der Neugeschäftsziele eine Voraussetzung. Für die gewerbliche Immobilienfinanzierung (Real Estate Finance) und die öffentliche Investitionsfinanzierung (Public Investment Finance) wird eine deutliche Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Vergleich zum im Jahr 2013 abgeschlossenen Neugeschäft (8,2 Mrd. €) erwartet. Hierin enthalten sind Prolongationen mit Laufzeiten über einem Jahr, die durchgeführt werden, wenn sich für die pbb dadurch wirtschaftliche Vorteile ergeben. Da das Neugeschäft voraussichtlich die Rückzahlungen übersteigen wird, sollte der Bestand an gewerblichen Immobilienfinanzierungen leicht steigen. Bei den Public Sector Finanzierungen sollte das Volumen der Public-Investment-Finanzierungen zunehmen, jedoch durch den strategiekonformen Rückgang der Budgetfinanzierungen überkompensiert werden.
- Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen wird abnehmen, da keine wesentlichen Erträge aus den Dienstleistungen für das Portfolio der FMS Wertmanagement mehr anfallen werden.
- Der Verwaltungsaufwand wird im Gegenzug durch die Beendigung des Servicings der FMS Wertmanagement sinken. Allerdings wird diese Entlastung aufgrund von Fixkosten und Dissynergien den Wegfall der Erträge nicht vollständig kompensieren. Zudem werden auch im Jahr 2014 Mehrkosten für Projekte, zum Beispiel zur Umsetzung von aufsichtsrechtlichen oder rechnungslegungsspezifischen Anforderungen, den Verwaltungsaufwand belasten. Ab dem vierten Quartal 2014 werden aufgrund einer Vertragsanpassung voraussichtlich die IT-Aufwendungen sinken.
- Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird deutlich geringer als im Jahr 2013 sein, das durch den Verkauf der Little Britain Holdings (Jersey) Ltd begünstigt wurde.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Privatisierung zur Rückführung der stillen Einlage des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS verwendet.

Die Bilanzsumme ist im Jahr 2013 im Wesentlichen wegen der bilanzwirksamen Übertragung von Hypothekendarlehen an die FMS Wertmanagement und der Rückzahlung der Dreijahres-Tender deutlich

gesunken. Im Jahr 2014 sollte sich der Anstieg der Aktiva im Real Estate Finance und in der Öffentlichen Investitionsfinanzierung mit dem strategiekonformen Rückgang in der Budgetfinanzierung weitgehend ausgleichen. Als Folge daraus sollte auch das Volumen der Verbindlichkeiten weitgehend konstant bleiben.

**Chancen** Die pbb hat im Jahr 2013 weitere Schritte auf dem Weg zur Privatisierung getan und dabei unter anderem das Zielmodell umgesetzt. Auf dieser Grundlage ergeben sich zukünftig die folgenden Chancen für die pbb:

- Durch die erfolgreichen Restrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre hat die pbb ihre Marktstellung gestärkt, was sich auch in der Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 gezeigt hat. Durch die Erfolge in der Neuausrichtung des pbb Konzerns wurde die Möglichkeit geschaffen, die positive Entwicklung fortzusetzen und in den Kerngeschäftsfeldern gewerbliche Immobilienfinanzierung und Öffentliche Investitionsfinanzierung die Profitabilität zu steigern mit dem Ziel zu wachsen.
- Aufgrund der Beendigung der Dienstleistungen für den Betrieb der FMS Wertmanagement im September 2013 wird der Fokus noch stärker auf die relevanten Kundenmärkte in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung gerichtet, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Auf den für die pbb relevanten Märkten besteht eine große Nachfrage nach Finanzierungen. Vor diesem Hintergrund sieht die pbb langfristig ein attraktives Marktumfeld in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Der Pfandbrief ist auch in den von Marktunsicherheit geprägten vergangenen Jahren eine solide Anlage mit bewährter Marktinfrastruktur gewesen, was sich auch durch die hohe Nachfrage der Investoren im Jahr 2013 ausgedrückt hat. Die pbb hat große Erfahrung im Pfandbriefmarkt und kann auf bestehende Kundenbeziehungen aufbauen. Dadurch konnten im abgelaufenen Jahr mehrere Emissionen von Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen erfolgreich abgesetzt werden. Die pbb greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück, was sich positiv auf die Finanzlage auswirkt.
- Darüber hinaus hat die pbb im Jahr 2013 unbesicherte Emissionen begeben, was das Vertrauen der Anleger verdeutlicht. Durch diese wichtige Möglichkeit der Mittelaufnahmen ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und die Finanzlage.
- Die pbb nimmt ferner durch die pbb direkt Tagesgelder und Festgelder mit Laufzeiten bis zu 10 Jahren auf. Das Einlagevolumen der pbb direkt ist in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegen. Die pbb hat damit eine neue Refinanzierungsquelle erschlossen sowie die Refinanzierungsbasis diversifiziert und kann flexibel auf Marktchancen reagieren. Dadurch ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und die Finanzlage.
- Im Jahr 2013 wurden weitere Fortschritte bei der Separierung der zur HRE gehörenden pbb und DEPFA erzielt. Durch die Entflechtung erhöhen sich die Chancen für eine erfolgreiche Privatisierung der pbb.
- Eine weitere Chance stellt der strikte Kostenfokus der pbb dar. Der verringerte Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr 2013 zeigt die bereits erzielten Erfolge. Das Zielmodell der pbb wurde erfolgreich umgesetzt. Auch zukünftig wird der jeweilige Status von Prozessen kontinuierlich analysiert, um entsprechende Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten. Die pbb wird durch diese Maßnahmen ihre Kostenbasis deutlich verringern sowie schlanker und effizienter werden, sodass sich die Profitabilität erhöht.
- Ferner hat die pbb wesentliche Erfolge bei der Vereinheitlichung ihrer IT-Systeme erzielt. Hieraus haben sich zusätzliche Effizienzsteigerungen ergeben.

- Durch Prozessoptimierungen sowie dem Aufbau von Spezialistenteams für einzelne Immobilienarten können Kundenbedürfnisse schneller erfüllt und die Kundenzufriedenheit erhöht werden, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirkt und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Die pbb ist ein attraktiver Arbeitgeber. Leistungsfähige und hoch qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte können gebunden werden und die pbb bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele unterstützen.

**Risiken** Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht auszuschließen. Die Höhe der möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst durch den Eintritt oder Nichteintritt bzw. den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Einige europäische Staaten konnten sich im Geschäftsjahr 2013 nur mit der Unterstützung von internationalen Hilfsprogrammen refinanzieren. Sollte sich die Schuldenkrise einiger Staaten weiter verschärfen und sollten Forderungsverzichte auch für die Papiere anderer Staaten notwendig werden, oder sollte es zu einer Insolvenz von öffentlichen Schuldnern kommen, drohen auch der pbb erhebliche Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere. Diese Wertberichtigungen könnten sich erhöhen, wenn sich die Krise einzelner Staaten aufgrund von Verflechtungen oder Marktturbulenzen auf andere, derzeit als solvent geltende Schuldner negativ auswirkt.
- Unter anderem aufgrund des erfolgreichen Portfoliomanagements der pbb waren in den Jahren 2013 und 2012 nur für wenige Einzelengagements Wertberichtigungen notwendig. Dennoch sind zukünftig signifikante Abschreibungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Der Abschreibungsbedarf hängt primär von der wirtschaftlichen Situation der finanzierten Objekte ab. Ursache kann aber auch eine generelle Krise einzelner Märkte wie der Immobilienmärkte in verschiedenen Ländern sein.
- Die Lage auf den Refinanzierungsmärkten hat sich im Berichtsjahr verbessert. Dennoch sind die Refinanzierungsmärkte weiterhin störungsanfällig. Die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten kann beispielsweise zu einem größeren Vertrauensverlust und zu signifikant geringeren Umsätzen auf den Emissionsmärkten oder dem Interbankenmarkt führen. Ferner kann eine Veränderung des Zinsniveaus Auswirkungen auf die Liquidität im Markt haben. Sollte es zu solchen Störungen der Refinanzierungsmärkte kommen, könnten sich trotz eines vorhandenen Puffers negative Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der pbb ergeben. Ferner kann eine gezielte Reduzierung des Neugeschäftsvolumens die Folge sein.
- Die Europäische Zentralbank wird im Jahr 2014 in einem Comprehensive Assessment (umfassende Bewertung) eine Bankenprüfung vor Beginn des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) durch. Das Comprehensive Assessment umfasst dabei eine Risikoprüfung (Risk Assessment), eine Bilanzprüfung (Balance Sheet Assessment) und schließt mit einem Stresstest ab. Die HRE und damit auch die pbb wurde als eines von 128 Instituten in der Euro-Zone benannt, an dieser Bankenprüfung teilzunehmen. Als Ergebnis kann die Europäische Zentralbank für die HRE eine höhere Eigenkapitalausstattung fordern, was sich auch auf die Eigenkapitalausstattung der pbb auswirken kann. Zudem kann vor der Bekanntgabe der Ergebnisse die Unsicherheit auf den Märkten steigen, was die Refinanzierung erschweren kann. Durch das Comprehensive Assessment können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb ergeben.
- Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Ertragslage beeinflussen. So kann beispielsweise durch die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten geänderten Verpflichtungen (Basel III) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität geschmälert oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.

- Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfeverfahren die Privatisierung der pbb so schnell wie möglich, spätestens aber bis 31. Dezember 2015 vorgeschrieben. Soweit die Privatisierung nicht bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt wurde, veräußert ein eingesetzter Veräußerungstreuhänder die pbb ohne Vorgabe eines Mindestpreises an einen Käufer, sofern die Kommission den Käufer und den endgültigen verbindlichen Kaufvertrag genehmigt hat. Der Verkauf oder alternative Überlegungen des Aktionärs in Abstimmung mit der Europäischen Kommission können sich positiv, aber auch negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb auswirken.
- Die Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten werden fortlaufend am Markt weiterentwickelt. Zum Beispiel ändern sich die Marktkonventionen zur Bewertung von Derivaten. Aus vergleichbaren Anpassungen können sich für die pbb im Jahr 2014 negative Auswirkungen auf die Ertragslage ergeben.
- Ratingagenturen passen ihre Methoden und Modelle fortlaufend an, auch um veränderte makroökonomische Rahmenbedingungen und mögliche Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen. Hierzu zählen auch die neuen gesetzlichen Regelungen bezüglich einheitlicher Bankenaufsicht für große Banken sowie zur Bankenrestrukturierung und -abwicklung und Verlustbeteiligung erstrangiger unbesicherter Gläubiger. Aus diesen Anpassungen sowie aus Veränderungen der spezifischen Ratingtreiber der Bank und der Pfandbriefe, können Ratingveränderungen resultieren. Auch eine Veränderung der Eigentümerstruktur im Rahmen der geplanten Privatisierung der Bank könnte sich auf die Ratings auswirken. Herabstufungen der Ratings der pbb und/oder ihrer Pfandbriefe können sich insbesondere negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Bank, auf Trigger und Kündigungsrechte in Derivate- und sonstigen Verträgen und auf den Zugang zu geeigneten Hedge-Counterparties auswirken und damit zu einer Beeinträchtigung ihrer Finanz- und Ertragslage führen.
- Das Risikotragfähigkeitskonzept wird laufend weiterentwickelt. Aus der Weiterentwicklung beziehungsweise aus neuen regulatorischen Anforderungen können sich Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeitsanalyse im Going-Concern-Ansatz und im Gone-Concern-Ansatz ergeben. Ein Einflussfaktor auf die Risikotragfähigkeit im Gone-Concern-Ansatz ist zudem die Entwicklung der Marktwerte der Aktiva und Passiva. Sollten die stillen Lasten aufgrund von Marktwertveränderungen steigen, könnte das Deckungskapital den ökonomischen Kapitalbedarf unterschreiten.
- Die Zugehörigkeit zum HRE Konzern hat das Image der pbb in den letzten Jahren belastet. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für die Zielerreichung der pbb nicht auszuschließen.
- Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die pbb in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Derzeit anhängige (insbesondere in Zusammenhang mit emittierten Genussscheinen, beschrieben in der Anhangsangabe Rechtsrisiken) wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis und die Eigenkapitalsituation der pbb erheblich beeinträchtigen.
- Die pbb ist operationellen Risiken ausgesetzt, die zum Beispiel aus Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme resultieren. Obwohl die pbb Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen hat, können aus den operationellen Risiken wesentliche Verluste entstehen.
- Ein weiteres operationelles Risiko ergibt sich aus der Abhängigkeit von Mitarbeitern, die Inhaber von risikobegründeten Positionen sind. Abgänge von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen sind nicht auszuschließen. Hieraus können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.
- Im Großteil der Länder der Europäischen Union sind zusätzliche Abgaben für Banken geplant oder diskutiert. Die Einführung eines europäischen Restrukturierungsfonds oder einer Abgabe auf

Finanzmarkttransaktionen sind Beispiele hierfür. Derartige Abgaben könnten das Ergebnis der pbb belasten und Geschäfte unrentabel werden lassen.

## **Zusammenfassung**

Aus der Entwicklung der pbb der letzten Jahre ergeben sich für die Zukunft zahlreiche Chancen auf eine Erhöhung der Profitabilität. Diese Einschätzung setzt jedoch voraus, dass Risiken, die sich zum Beispiel aus nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Staatsschuldenkrise ergeben, nicht schlagend werden. Insgesamt erwartet die pbb unter Abwägung der Chancen und Risiken für das Jahr 2014 ein positives Ergebnis vor Steuern, das signifikant über der Höhe des Jahres 2013 liegen wird.

# **Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG für das Geschäftsjahr 2013**

# Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

in Tsd. €	1.1. - 31.12.2013		1.1. - 31.12.2012
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	4.069.251		6.599.886
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	822.921	<b>4.892.172</b>	874.645
2. Zinsaufwendungen		-4.840.358	-7.333.008
		<b>51.814</b>	<b>141.523</b>
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		-	-
b) Beteiligungen		54	1.176
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-	4.461
		<b>54</b>	<b>5.637</b>
4. Erträge aus Gew inngemeinschaften, Gew innabführungs- oder Teilgew innabführungs- verträgen			-
5. Provisionserträge		16.645	35.848
6. Provisionsaufwendungen		-5.466	-3.272
		<b>11.179</b>	<b>32.576</b>
7. Sonstige betriebliche Erträge			<b>240.910</b>
8. Allgemeine Verw altungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	-96.364		-103.208
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 12.290 Tsd. € (Vj. 10.606 Tsd. €)	-28.821	<b>-125.185</b>	-27.564
b) andere Verw altungsaufwendungen		-185.978	-222.543
		<b>-311.163</b>	<b>-353.315</b>
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagew erte und Sachanlagen			<b>-12.079</b>
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<b>-131.669</b>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-	-
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		14.914	152.899
		<b>14.914</b>	<b>152.899</b>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-	-8.490
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		72.173	-
		<b>72.173</b>	<b>-8.490</b>
15. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<b>-41</b>
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<b>-63.908</b>
18. Außerordentliche Erträge			<b>7.863</b>
19. Außerordentliche Aufwendungen			-
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.433	4.683
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgew iesen		-173	1.281
		<b>3.260</b>	<b>5.964</b>
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<b>-52.785</b>
23. Verlustvertrag/Gew innvortrag aus dem Vorjahr			<b>-3.266.160</b>
		<b>-3.318.945</b>	<b>-3.319.097</b>
24. Entnahmen aus Genussrechtskapital			5.159
25. Entnahme aus stiller Beteiligung			37.186
26. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			-10.336
27. Bilanzgew inn/Bilanzverlust			<b>-3.286.936</b>
			<b>-3.266.160</b>

# Bilanz zum 31.12.2013

Aktivseite in Tsd. €	31.12.2013	31.12.2012
<b>1. Barreserve</b>		
a) Kassenbestand	2	7
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank 3.531.687 Tsd. € (2012: 1.926.715 Tsd. €)	3.531.687	1.928.664
	<b>3.531.689</b>	<b>1.928.671</b>
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>		
a) Hypothekendarlehen	51.145	52.250
b) Kommunalkredite	1.966.462	2.211.910
c) andere Forderungen darunter: täglich fällig 171.030 Tsd. € (2012: 196.595 Tsd. €) gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (2012: - Tsd. €)	4.641.000	6.716.426
	<b>6.658.607</b>	<b>8.980.586</b>
<b>3. Forderungen an Kunden</b>		
a) Hypothekendarlehen	20.475.819	29.451.855
b) Kommunalkredite	14.049.988	17.035.934
c) andere Forderungen darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren - Tsd. € (2012: - Tsd. €)	374.192	929.995
	<b>34.899.999</b>	<b>47.417.784</b>
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank - Tsd. € (2012: - Tsd. €)	-	-
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank - Tsd. € (2012: 200.000 Tsd. €)	-	200.000
	-	<b>200.000</b>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 7.917.077 Tsd. € (2012: 10.212.910 Tsd. €)	10.173.298	12.737.164
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 6.164.358 Tsd. € (2012: 6.928.468 Tsd. €)	8.949.507	10.155.015
	19.122.805	<b>22.892.179</b>
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag 3.365.966 Tsd. € (2012: 727.625 Tsd. €)	3.399.551	<b>728.678</b>
	<b>22.522.356</b>	<b>23.820.857</b>
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>1.535</b>	<b>1.535</b>
<b>6. Beteiligungen</b>	<b>196</b>	<b>196</b>
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (2012: - Tsd. €) an Finanzdienstleistungsinstituten - Tsd. € (2012: - Tsd. €)		
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>211.466</b>	<b>273.677</b>
darunter: an Kreditinstituten - Tsd. € (2012: - Tsd. €) an Finanzdienstleistungsinstituten 45 Tsd. € (2012: 45 Tsd. €)		
<b>8. Treuhandvermögen</b>	<b>2.886</b>	<b>3.194</b>
darunter: Treuhandkredite 2.886 Tsd. € (2012: 3.194 Tsd. €)		
<b>Übertrag</b>	<b>67.828.734</b>	<b>82.426.500</b>



	31.12.2013	31.12.2012
<b>Übertrag</b>	<b>67.828.734</b>	<b>82.426.500</b>
9. Immaterielle Anlagevermögen		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.907	26.947
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) geleistete Anzahlungen	-	-
	<b>15.907</b>	<b>26.947</b>
10. Sachanlagen	<b>1.810</b>	<b>2.601</b>
11. Sonstige Vermögensgegenstände	<b>175.728</b>	<b>340.018</b>
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement 2.117 Tsd. € (2012: 76.266 Tsd. €)		
12. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	98.760	78.304
b) andere	303.546	320.807
	<b>402.306</b>	<b>399.111</b>
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	<b>18.180</b>	<b>26.960</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>68.442.665</b>	<b>83.222.137</b>
<b>Passivseite</b>		
in Tsd. €	31.12.2013	31.12.2012
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	317.652	490.931
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	322.014	433.781
c) andere Verbindlichkeiten	4.313.457	8.753.473
darunter: täglich fällig 148.649 Tsd. € (2012: 19.585 Tsd. €)		
	<b>4.953.123</b>	<b>9.678.185</b>
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe - Tsd. € (2012: - Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe - Tsd. € (2012: - Tsd. €)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	5.586.787	5.996.818
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	11.768.089	12.795.631
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	-	-
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	-
d) andere Verbindlichkeiten	12.420.629	13.034.512
darunter: täglich fällig 477.520 Tsd. € (2012: 988.034 Tsd. €)		
	<b>29.775.505</b>	<b>31.826.961</b>
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe 12.296 Tsd. € (2012: 12.334 Tsd. €)		
öffentliche Namenspfandbriefe 21.234 Tsd. € (2012: 25.409 Tsd. €)		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenspfandbriefe	9.130.794	7.959.826
ab) öffentliche Pfandbriefe	11.886.034	16.595.550
ac) sonstige Schuldverschreibungen	7.401.473	3.168.558
	<b>28.418.301</b>	<b>27.723.934</b>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	113.017	506.627
darunter: Geldmarktpapiere 113.017 Tsd. € (2012: 506.627 Tsd. €)		
	<b>28.531.318</b>	<b>28.230.561</b>
<b>Übertrag</b>	<b>63.259.946</b>	<b>69.735.707</b>

	31.12.2013	31.12.2012
<b>Übertrag</b>	<b>63.259.946</b>	<b>69.735.707</b>
4. Treuhandverbindlichkeiten	2.886	3.194
darunter: Treuhandkredite 3.225 Tsd. € (2012: 3.194 Tsd. €)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	177.516	7.985.938
darunter: Zinsbezogene Kompensationsgeschäfte im Zusammenhang mit der Auslagerung auf die FMS Wertmanagement 8.148 Tsd. € (7.936.632 Tsd. €)		
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	98.599	84.025
b) andere	541.489	391.307
	<b>640.088</b>	<b>475.332</b>
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	43.236	42.512
b) Steuerrückstellungen	61.203	62.673
c) andere Rückstellungen	270.473	333.455
	<b>374.912</b>	<b>438.640</b>
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	1.438.249	1.976.296
9. Genusssrechtskapital	-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig - Tsd. € (2012: - Tsd. €)		
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	46.680	46.680
11. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital		
aa) Grundkapital	380.376	380.376
ab) stille Einlagen		
Nominalbetrag	1.000.000	1.000.000
Verlustzureisung	-908.376	-871.190
	91.624	128.810
	<b>472.000</b>	<b>509.186</b>
b) Kapitalrücklage	5.038.123	5.038.123
c) Gewinnrücklage		
ca) gesetzliche Rücklage	12.655	12.655
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	266.546	266.546
	<b>279.201</b>	<b>279.201</b>
d) Bilanzverlust	-3.286.936	-3.266.160
	<b>2.502.388</b>	<b>2.560.350</b>
<b>Summe der Passiva</b>	<b>68.442.665</b>	<b>83.222.137</b>
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (zu bestehenden Patronatserklärungen vgl. Angaben im Anhang)	55.784	106.154
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
	<b>55.784</b>	<b>106.154</b>
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.538.359	1.003.865
	<b>2.538.359</b>	<b>1.003.865</b>

# Anhang

## Allgemeine Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

### 1. Vorschriften zur Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2013 der pbb wurde in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den rechtsform- bzw. branchenspezifischen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG), des Kreditwesengesetzes (KWG) und des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) herausgegebenen Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) wurden beachtet.

Der Jahresabschluss beinhaltet Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Anhang. Ergänzend wurde ein Lagebericht nach den Vorgaben des § 289 HGB aufgestellt.

### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Vorstand der pbb hat den Jahresabschluss am 18. März 2014 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Die Barreserve ist zu Nennbeträgen bilanziert.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und wird kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt.

Für alle erkennbaren Einzelausfallrisiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen vorgesorgt. Latente Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind durch Pauschalwertberichtigungen (PWB) gedeckt. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Die Wahlrechte gemäß § 340f Abs. 3 i.V.m. § 340c Abs. 2 HGB wurden in Anspruch genommen.

Die Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestandes werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip bilanziert, soweit sie nicht Gegenstand einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind oder zinsinduzierten Wertänderungen im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches unterliegen.

Bei Wertpapieren des Anlagevermögens entspricht der Buchwert den fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Buchwerte der strukturierten Wertpapiere (CDOs) entsprechen den Anschaffungskosten, sofern nicht aufgrund einer dauerhaften Wertminderung eine Abschreibung in Höhe des erwarteten Ausfalls vorgenommen wurde.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte werden grundsätzlich stichtagsbezogene Transaktions- bzw. Börsenkurse herangezogen. Sollten diese nicht vorhanden sein, werden anerkannte Bewertungsmodelle verwendet, bei denen die Modellparameter aus vergleichbaren Markttransaktionen abgeleitet werden. Nachdem für einige wenige Transaktionen keine Transaktions- bzw. Börsenpreise vorlagen, wurde auf interne Bewertungsmodelle zurückgegriffen. Bei der Bewertung finden grundsätzlich Marktparameter oder Marktpreise, die aus zwangsweisen Liquidationen oder Notverkäufen stammen, keine Anwendung.

Für latente Ausfallrisiken der Wertpapiere des Anlagevermögens wurde eine pauschale Vorsorge gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Basis der Erwarteten Verluste.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Sofern die Gründe der außerplanmäßigen Abschreibung entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen. Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen die der geschätzten Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die auch steuerlich geltend gemacht werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gem. § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird das Aktivierungswahlrecht nicht in Anspruch genommen.

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen und aus der Abzinsung der zugehörigen Pensionsrückstellungen verrechnet. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Erstattungen aus HRE konzerninternen Personalverrechnungen werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung. Kundenderivate zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken werden abgeschlossen, die regelmäßig durch gegenläufige Geschäfte am Interbankenmarkt abgesichert werden. Zinsbezogene derivative Finanzinstrumente werden überwiegend im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB oder im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches (Bankbuchsteuerung) abgebildet. Währungsbezogene derivative Finanzinstrumente werden im Rahmen der Fremdwährungsumrechnung nach § 340h HGB berücksichtigt.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Finanzgeschäften werden brutto ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag der Verbindlichkeiten wird in Ausübung des Wahlrechts nach § 250 Abs. 3 HGB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt, kapital- und zeitanteilig aufgelöst und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ansatz von Zero-Bonds erfolgt mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß der Emissionsrendite.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen. Sofern sich Drohverlustrückstellungen aus einer Zeitwertbewertung von schwebenden Geschäften auf Basis barwertiger Marktwertberechnungen ergeben, werden diese im Sinne des IDW RS HFA 4 Tz. 44 nicht abgezinst, sondern mit ihrem negativen Zeitwert angesetzt.

Ergebnisse aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit Method bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

- Abzinsungssatz: 4,88 % p.a.
- Einkommenstrend: 2,50 % p.a.
- Rentendynamik: 2,00 % p.a.
- Sterbetafel: K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter dem Strich ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der pbb werden Bewertungseinheiten nach § 254 HGB abgebildet. Hierbei handelt es sich um Mikro-Bewertungseinheiten, bei denen das Zinsänderungsrisiko abgesichert wird. Berücksichtigt werden dabei nur solche Sicherungsbeziehungen, bei denen eine hohe Effektivität hinsichtlich der Sicherungswirkung zu erwarten ist. Der effektive Teil der Wertänderungen wird bei Grund- und Sicherungsgeschäften nicht gebucht (Einfrierungsmethode). Der ineffektive Teil aus dem abgesicherten Risiko von Bewertungseinheiten wird imparitatisch als Drohverlustrückstellung berücksichtigt. Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken werden nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ohne Berücksichtigung der bestehenden Bewertungseinheiten abgebildet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Derivaten, die nicht Teil einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB sind, unter deren Restbuchwert sinkt, wird in Höhe der Differenz eine Drohverlustrückstellung gebildet, soweit keine Berücksichtigung im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuches erfolgt.

Die pbb hat gemäß der Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches (IDW RS BFA 3) zum Bilanzstichtag eine verlustfreie Bewertung unter Anwendung der barwertigen Methode durchgeführt. Als Bewertungsobjekt wird dem Risikomanagement folgend ein Zinsbuch mit bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften betrachtet. Der errechneten barwertigen Marge der Bestandsgeschäfte im Zinsbuch werden darauf entfallende, bis zum Ablauf des Bestandes betrachtete, barwertig ermittelte Verwaltungs- und Risikokosten gegenübergestellt. Zum 31. Dezember 2013 besteht kein Verpflichtungsüberschuss aus dem Bewertungsobjekt.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände, Schulden und außerbilanzielle Geschäfte werden im Rahmen der besonderen Deckung nach § 340h i.V.m. § 256a HGB zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Die im Rahmen der Währungsumrechnung durch die Bank genutzte Konzeption der besonderen Deckung bezieht lediglich Fremdwährungsaktiva und -passiva ein, die eine Betrags- sowie Währungsidentität aufweisen. Sichergestellt wird die Erfüllung dieser zwei Kriterien durch ein internes Refinanzierungsmodell. Der Ausweis der hieraus resultierenden Umrechnungserträge und -aufwendungen erfolgte, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 (5) Satz 2 HGB, im Hinblick auf Klarheit und Übersichtlichkeit, nicht als gesonderte Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten sonstige betriebliche Erträge bzw. sonstige betriebliche Aufwendungen. Die entsprechenden Angaben erfolgten im Anhang unter den GuV Posten 7 und 10. Offene Fremdwährungspositionen aus Grundgeschäften werden weitestgehend durch Kassageschäfte oder geeignete Derivate geschlossen. Umrechnungsergebnisse aus Positionsspitzen in einer Währung werden grundsätzlich imparitatisch behandelt. Erträge und Aufwendungen in fremder Währung werden mit dem Kurs ihres Entstehungstages erfasst. In diesem Gesamtkontext wurden die Besonderheiten der handelsrechtlichen Fremdwährungsumrechnung bei Instituten (IDW RS BFA 4) vollumfänglich beachtet.

Latente Steuern werden auf temporäre Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die pbb die Möglichkeit der Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern in Anspruch. Ein Überhang aktiver über passiver latenter Steuern wird nicht angesetzt. Da auch nach den durch das BilMoG geänderten handelsrechtlichen Regelungen die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen der pbb übersteigen, sind im Jahresabschluss der pbb weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen entstehen bei der pbb insbesondere durch die nicht dauerhafte Wertminderung von Wertpapieren des Umlaufvermögens, die Bildung steuerlich nicht anerkannter sonstiger Rückstellungen und aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von Pensionsrückstellungen. Passive Latenzen bestehen im Wesentlichen aus Forderungen an Kunden sowie der Nichtaktivierung von sogenannten Close Out Aufwendungen in der Steuerbilanz. Die bestehenden steuerlichen Verlustvorträge erhöhen die aktiven Steuerlatenzen in Höhe ihrer Nutzbarkeit. Die Bewertung der latenten Steuer erfolgt durch einen kombinierten Ertragsteuersatz von 27,8 %, der die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag umfasst.

Im Falle des § 285 Abs. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen, d.h. die Angabe ist im Konzernabschluss enthalten.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde der Jahresabschluss in Tausend Euro (Tsd. €) oder in einigen Posten auch in Millionen Euro (Mio. €) aufgestellt. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügig Abweichungen ergeben. Im Geschäftsjahr 2013 hat die pbb die Vorzeichenlogik bei den Aufwendungen geändert. Diese werden erstmalig mit negativen Vorzeichen gezeigt. Die Darstellung der Vorjahreszahlen erfolgt analog.

Nachfolgend werden die für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft erforderlichen Pflichtangaben aufgeführt, die sich aus den eingangs genannten gesetzlichen Grundlagen ergeben.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 3. Zinsüberschuss (GuV Pos. 1 und 2)

Im Hinblick auf die Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen, abweichend von § 340a (1) i.V.m. § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB, nicht gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von –11.620 Tsd. € (2012: –17.247 Tsd. €) sind unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen. Darüber hinaus beinhaltet der Zinsüberschuss einen Aufwand in Höhe von –93.658 Tsd. € aus einer Korrektur in laufender Rechnung für frühere Jahre. Der Aufwand resultierte aus einer nachgeholten Zinszahlung an ein Tochterunternehmen, die nicht phasengleich als Dividende wieder vereinnahmt werden kann. Dadurch ist der Vergleich mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich, da die nachgeholte Zinszahlung ein nicht wiederkehrendes Ereignis darstellt.

### 4. Provisionsüberschuss (GuV Pos. 5 und 6)

Die Provisionserträge enthalten im Wesentlichen Einnahmen aus Vorausgebühren in Höhe von 12.124 Tsd. € (2012: 30.818 Tsd. €) und Gebühren für die Übernahme des Kreditrisikos der von den Tochtergesellschaften gewährten Kredite in Höhe von 3.708 Tsd. € (2012: 4.466 Tsd. €).

Die Provisionsaufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen für Gebühren aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft in Höhe von –1.319 Tsd. € (2012: –1.610 Tsd. €).

### 5. Sonstige betriebliche Erträge (GuV Pos. 7)

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten:

in Tsd. €	2013	2012
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (ohne Kreditgeschäft)	27.382	28.925
Erträge aus weiterverrechneten Kosten im Darlehensgeschäft	1.350	5.876
Erträge aus Verwaltungskostenumlagen	16.450	1.625
Erträge aus Währungsveränderung	2.425	1.674
Erträge aus Servicing Fees FMS-Wertmanagement <sup>1)</sup>	125.892	187.230
Erträge aus IT Leistungen	36.956	41.180
Erträge aus Vorjahren (periodenfremd)	9.610	2.787

<sup>1)</sup> Den Erträgen stehen Verwaltungsaufwendungen für die Erbringung der Dienstleistungen und sonstige betriebliche Aufwendungen aus der Verrechnung für Leistungen mit Konzerneinheiten weitgehend gegenüber. Das Servicing wurde Ende September grundsätzlich beendet.

Die Verwaltungskostenumlage resultiert aus Leistungen gegenüber Schwesterunternehmen.

### 6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (GuV Pos. 8)

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –125.185 Tsd. (2012: –130.772 Tsd. €) und anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von –185.978 Tsd. € (2012: –222.543 Tsd. €) zusammen.

### Bezüge des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

Seitens der pbb wurden an den Vorstand im Geschäftsjahr 2013 wie auch im Vorjahr keine Fixbezüge bzw. Abfindungen gezahlt.

Für das Jahr 2013 belaufen sich die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf –5.173 Tsd. € (2012: –5.133 Tsd. €).

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen für das Berichtsjahr –100 Tsd. € (2012: –84 Tsd. €). Dabei handelt es sich ausschließlich um Fixbezüge.

#### **7. Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV Pos. 10)**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten im Wesentlichen an die DEPFA durchgeleitete Erträge für Dienstleistungen in Höhe von –63.906 Tsd. € (2012: –89.282 Tsd. €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von –10.556 Tsd. € (2012: –24.140 Tsd. €).

#### **8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV Pos. 13 und 14)**

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und sonstige Beteiligungen in Höhe von –4.208 Tsd. € vorgenommen (2012: –3.020 Tsd. €). Erträge aus Beteiligungen fielen in Höhe von 79.273 Tsd. € (2012: 15 Tsd. €) an.

In dem GuV-Posten sind Zuschreibungen, Verkaufsgewinne bzw. Abschreibungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von netto –2.892 Tsd. € (2012: –5.485 Tsd. €) enthalten.

#### **9. Außerordentliche Aufwendungen und Erträge (GuV Pos. 18 und 19)**

Die außerordentlichen Erträge betreffen Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 7.863 Tsd. € (2012: Zuführungen von –10.919 Tsd. €)

#### **10. Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV Pos. 20)**

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 3.433 Tsd. € (2012: 4.683 Tsd. €). Der Steueraufwand des laufenden Jahres betrifft das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und liegt mit –2.816 Tsd. € (2012: –11.854 Tsd. €) unter den Erträgen aus Steuererstattungen in Höhe von 6.249 Tsd. € (2012: 16.537 Tsd. €), die anderen Geschäftsjahren zuzurechnen sind.

Mit der HRE Holding AG besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft.



## Angaben zur Bilanz

### 11. Hypothekendarlehen (Aktivpos. 2 und 3)/ Pfandbriefumlauf (Passivpos. 1, 2 und 3)

#### Deckungsrechnung

in Tsd. €		2013	2012
<b>A. Hypothekendarlehen</b>			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	Hypothekendarlehen	-	-
	Forderungen an Kunden		
	Hypothekendarlehen	13.038.721	17.597.997
	Sachanlagen (Grundsschulden auf bankeigene Grundstücke)	-	-
	sonst. Vermögensgegenstände	-	-
		<b>13.038.721</b>	<b>17.597.997</b>
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	500.000	-
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.036.768	2.634.629
	Forderungen aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
<b>Deckungswerte insgesamt</b>		<b>19.575.489</b>	<b>20.232.626</b>
	Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	14.927.808	14.249.988
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
<b>Überdeckung</b>		<b>4.647.681</b>	<b>5.982.638</b>
<b>B. Öffentliche Pfandbriefe</b>			
Deckungswerte	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) Hypothekendarlehen	-	-
	b) Kommunalkredite	1.490.726	1.705.254
	Forderungen an Kunden		
	a) Hypothekendarlehen <sup>1)</sup>	61.905	109.089
	b) Kommunalkredite	14.086.409	17.016.282
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.223.654	13.830.102
		<b>25.862.694</b>	<b>32.660.727</b>
Weitere Deckungswerte	andere Forderungen an Kreditinstitute	573.000	-
	Forderungen aus Derivaten gem. §19(1) Nr. 4 PfandBG	-	-
<b>Deckungswerte insgesamt</b>		<b>26.435.694</b>	<b>32.660.727</b>
	Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	23.476.385	29.122.503
	davon Verbindlichkeiten aus Derivaten gem. §19 (1) Nr. 4 PfandBG	-	-
<b>Überdeckung</b>		<b>2.959.309</b>	<b>3.538.224</b>

<sup>1)</sup> Von den Hypothekendarlehen wurden kommunal verbürgte Hypothekendarlehen zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendet.

#### Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

##### Umlaufende Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen<sup>1)</sup></b>						
Hypothekendarlehen	14.927,8	14.249,9	15.935,7	15.756,2	16.453,3	13.629,5
Deckungsmasse	19.575,5	20.232,6	20.749,4	21.634,0	20.729,1	18.714,0
<b>Überdeckung</b>	<b>4.647,7</b>	<b>5.982,7</b>	<b>4.813,7</b>	<b>5.877,8</b>	<b>4.275,8</b>	<b>5.084,5</b>

## Laufzeitstruktur<sup>1)</sup> (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungsmasse	
	2013	2012	2013	2012
bis 1 Jahr	2.731,3	2.270,7	4.248,5	5.719,4
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	970,9	2.624,8	3.883,0	3.180,3
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	3.001,0	879,4	2.979,1	2.423,5
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.634,5	2.200,7	3.288,7	3.200,9
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.298,9	982,0	1.597,7	2.454,3
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	3.237,0	2.943,1	1.996,8	2.015,9
mehr als 10 Jahre	2.054,2	2.349,2	1.581,7	1.238,3

Nach § 28 PfandBG sind im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

## Umlaufende öffentliche Darlehen und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nominal		Barwert		Risikobarwert	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen</b>						
öffentlichen Darlehen	23.476,4	29.122,5	26.525,1	33.588,5	28.263,7	23.162,2
Deckungsmasse	26.435,7	32.660,7	29.630,5	36.571,6	30.637,3	25.219,3
<b>Überdeckung</b>	<b>2.959,3</b>	<b>3.538,2</b>	<b>3.105,4</b>	<b>2.983,1</b>	<b>2.373,6</b>	<b>2.057,1</b>

## Laufzeitstruktur<sup>1)</sup> (Restlaufzeit) nominal

in Mio. €	Öffentliche Darlehen		Deckungsmasse	
	2013	2012	2013	2012
bis 1 Jahr	2.188,7	5.522,5	3.941,1	5.482,0
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	3.855,5	2.203,7	2.530,9	5.410,9
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.365,7	3.895,8	2.857,4	3.159,6
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.088,1	987,5	2.596,8	2.249,4
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.485,0	2.127,9	1.533,4	2.333,9
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.197,7	5.124,5	4.806,7	4.556,8
mehr als 10 Jahre	8.295,7	9.260,6	8.169,4	9.468,1

<sup>1)</sup> Die Verteilung auf die Laufzeitbänder wurde bei den variablen Assets vom Fixingtermin (Anpassungszyklus des Referenzzinssatzes, z.B. Euribor) auf die Konditionenfestschreibung umgestellt. Dies entspricht den neuesten Empfehlungen des Verbandes deutscher Darlehenbanken (vdp).

Nach § 28 PfandBG sind im Umlauf befindliche öffentliche Darlehen nach ihrer Laufzeitstruktur darzustellen, die Deckungsmassen sind entsprechend ihrer Konditionenfestschreibungszeit anzugeben. Durch die unterschiedliche Gliederungssystematik können temporäre Inkongruenzen in den einzelnen Laufzeitbändern entstehen, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ausgeglichen werden. Beim Risikobarwert wird der dynamische Ansatz verwandt.

## Zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen<sup>1)</sup>

in Mio. €	2013	2012
bis einschließlich 300 Tsd. €	248,8	327,6
mehr als 300 Tsd Euro bis einschließlich 5 Mio. €	1.929,2	2.715,9
mehr als 5 Mio. €	10.860,7	14.554,5
<b>Insgesamt</b>	<b>13.038,7</b>	<b>17.598,0</b>

<sup>1)</sup> ohne weitere Deckungswerte (6.536,8 Mio. €; 2012: 2.634,6 Mio.€)

## Zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen und nach Nutzungsart<sup>1)</sup>

in Mio. €	Deutschland				Belgien			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	21,8	38,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	71,3	95,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	2.832,9	3.292,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	1.864,6	2.634,8	0,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	1.675,1	1.894,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	28,7	73,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	527,6	1.294,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	7,4	31,9	34,6	32,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	103,2	88,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>4.206,6</b>	<b>6.017,3</b>	<b>2.960,6</b>	<b>3.457,9</b>	<b>0,0</b>	<b>25,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Frankreich				Großbritannien (ohne Kanalinseln)			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	11,7	15,1	0,0	0,0	49,3	50,5
Bürogebäude	784,9	1.003,1	0,0	0,0	521,4	619,4	0,0	0,0
Handelsgebäude	113,6	52,4	0,0	0,0	787,3	1.057,2	0,0	0,0
Industriegebäude	51,3	0,0	0,0	0,0	43,9	90,8	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	202,8	20,0	0,0	0,0	330,5	680,9	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	53,2	0,0	0,0	0,0	21,8	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>1.205,8</b>	<b>1.075,5</b>	<b>11,7</b>	<b>15,1</b>	<b>1.704,9</b>	<b>2.448,3</b>	<b>49,3</b>	<b>50,5</b>

in Mio. €	Niederlande				Österreich			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,7	0,8	0,0	0,0	0,1	0,2
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	70,1	341,9	0,0	0,0	14,1	30,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	95,3	145,2	0,0	0,0	45,8	32,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	3,2	24,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>168,6</b>	<b>511,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>59,9</b>	<b>62,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>

in Mio. €	Schweiz				USA			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,8
Bürogebäude	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	508,5	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	164,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	114,3	149,4	0,0	0,0	0,0	26,6	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>114,3</b>	<b>151,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>699,6</b>	<b>0,0</b>	<b>44,8</b>

in Mio. €	Dänemark				Finnland			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	55,6	0,0	0,0	41,2	25,1	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	4,0	0,0	0,0	19,5	19,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	89,2	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	0,0	10,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>0,0</b>	<b>69,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>149,9</b>	<b>44,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Italien				Luxemburg			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	13,5	0,0	0,0	8,4	30,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	87,7	107,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	14,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>87,7</b>	<b>135,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>8,4</b>	<b>30,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Japan				Polen			
	Gew erblich		Wohnw irtschaftlich		Gew erblich		Wohnw irtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	25,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	149,7	190,7	0,0	0,0	118,7	155,6	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	209,6	347,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gew erblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	81,3	92,2	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>149,7</b>	<b>190,7</b>	<b>0,0</b>	<b>25,2</b>	<b>409,6</b>	<b>595,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Schweden				Slowakei			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	175,4	89,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	205,4	396,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	76,2	18,8	0,0	0,0	0,0	40,3	0,0	0,0
Industriegebäude	230,7	44,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	32,5	68,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>544,8</b>	<b>527,7</b>	<b>175,4</b>	<b>89,4</b>	<b>0,0</b>	<b>40,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Spanien				Tschechien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	5,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	119,2	133,0	0,0	0,0	74,3	108,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	228,8	344,4	0,0	0,0	22,5	42,3	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	11,0	43,7	0,0	0,0	22,4	47,8	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>359,0</b>	<b>521,1</b>	<b>0,0</b>	<b>5,6</b>	<b>119,2</b>	<b>199,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Ungarn				Slowenien			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	84,7	115,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	42,9	0,0	0,0	47,2	41,4	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	172,1	172,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>256,8</b>	<b>330,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>47,2</b>	<b>41,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

in Mio. €	Rumänien				Insgesamt			
	Gewerblich		Wohnwirtschaftlich		Gewerblich		Wohnwirtschaftlich	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Wohnungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	21,9	38,6
Einfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	72,1	96,1
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3.069,3	3.522,6
Bürogebäude	19,1	50,8	0,0	0,0	4.075,8	6.440,9	0,0	0,0
Handelsgebäude	120,6	140,4	0,0	0,0	3.529,2	4.494,5	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0	443,8	208,5	0,0	0,0
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	108,7	0,0	0,0	0,0	1.606,4	2.629,7	0,0	0,0
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0	82,4	31,9	34,6	32,3
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0	103,2	102,9	0,0	0,0
<b>Deckungswerte</b>	<b>248,4</b>	<b>191,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>9.840,8</b>	<b>13.908,4</b>	<b>3.197,9</b>	<b>3.689,6</b>

	2013	2012
<b>Deckungswerte Gewerblich und Wohnwirtschaftlich insgesamt</b>	<b>13.038,7</b>	<b>17.598,0</b>

<sup>1)</sup> ohne weitere Deckungswerte (6.536,8 Mio €; 2012: 2.634,6 Mio €)

## Rückständige Leistungen auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

in Mio. €	2013	2012
Deutschland	4,6	22,3
Niederlande	0,0	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>4,6</b>	<b>22,6</b>

## Nachfolgende Angaben beziehen sich auf zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen:

Zwangsmaßnahmen (Aktivpos. 2 und 3)

	Anzahl der Fälle		davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Am 31. Dezember anhängige						
Zwangsversteigerungsverfahren	10	76	1	19	9	57
Zwangsverwaltungsverfahren	9	49	2	19	7	30
davon in den anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren enthalten	7	42	1	15	6	27
<b>Insgesamt</b>	<b>12</b>	<b>83</b>	<b>2</b>	<b>23</b>	<b>10</b>	<b>60</b>
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	2	38	0	12	2	26

## Eingestiegerte bzw. übernommene Objekte (Aktivpos. 10 und 11)

Im Berichtsjahr hat die pbb keinen Rettungserwerb zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken tätigen müssen (2012: ein Rettungserwerb).

## Zinsrückstände (Aktivpos. 2 und 3)

in Mio. €	davon gewerblich genutzt		davon Wohnzwecken dienend	
	2013	2012	2013	2012
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldern zu entrichtenden Zinsen, soweit nicht in den Vorjahren abgeschrieben	0,3	3,6	0,2	1,9

## Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen<sup>1)</sup>

	Deutschland		Belgien		Dänemark	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	4.828,4	4.527,5	50,0	50,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	7.480,7	10.501,0	238,5	106,3	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	755,7	720,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	2.139,9	1.571,0	0,0	193,2	36,3	37,9
<b>Insgesamt</b>	<b>15.204,7</b>	<b>17.319,9</b>	<b>288,5</b>	<b>349,5</b>	<b>36,3</b>	<b>37,9</b>

	Finnland		Frankreich		Tschechien	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	0,0	0,0	955,5	3.536,6	40,0	50,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	443,5	141,9	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	50,0	0,0	93,3	126,8	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	71,2	7,6	471,3	411,5	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>121,2</b>	<b>7,6</b>	<b>1.963,6</b>	<b>4.216,8</b>	<b>40,0</b>	<b>50,0</b>

	Großbritannien		Italien		Japan	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	0,0	0,0	14,1	100,6	134,5	241,7
regionale Gebietskörperschaften	15,0	15,3	22,6	125,1	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	18,0	18,4	29,3	131,8	60,0	60,0
Sonstige Schuldner	99,9	245,1	0,0	0,0	0,0	220,1
<b>Insgesamt</b>	<b>132,9</b>	<b>278,8</b>	<b>66,0</b>	<b>357,5</b>	<b>194,5</b>	<b>521,8</b>

	Niederlande		Österreich		Polen	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	100,3	100,5	3.518,9	3.938,6	97,8	505,3
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	490,1	643,1	0,0	0,0
örtliche Gebietskörperschaften	1,4	2,2	0,0	76,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	645,4	849,7	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>101,7</b>	<b>102,7</b>	<b>4.654,4</b>	<b>5.507,4</b>	<b>97,8</b>	<b>505,3</b>

	Portugal		Schweden		Schweiz	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	0,0	82,4	0,0	0,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	285,8	285,8	0,0	0,0	24,4	24,9
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	40,0	40,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0	125,0	125,0
<b>Insgesamt</b>	<b>285,8</b>	<b>368,2</b>	<b>40,0</b>	<b>40,0</b>	<b>149,4</b>	<b>149,9</b>

	Slowakei		Slowenien		Spanien	
in Mio. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	15,0	0,0	253,3	275,0	0,0	0,0
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	652,4	732,0
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	196,9	202,5
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	17,0	17,0	212,3	347,5
<b>Insgesamt</b>	<b>15,0</b>	<b>0,0</b>	<b>270,3</b>	<b>292,0</b>	<b>1.061,6</b>	<b>1.282,0</b>

in Mio. €	Internationale Organisationen		Gesamt <sup>1)</sup>	
	2013	2012	2013	2012
Zentralstaat	0,0	0,0	10.007,8	13.408,2
regionale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	9.653,0	12.575,4
örtliche Gebietskörperschaften	0,0	0,0	1.244,6	1.378,1
Sonstige Schuldner	1.139,0	1.273,4	4.957,3	5.299,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1.139,0</b>	<b>1.273,4</b>	<b>25.862,7</b>	<b>32.660,7</b>

<sup>1)</sup> Weitere Deckungswerte nach §20 (2) PfandBG über 573 Mio. € (2012: 0 Mio. €) sind nicht berücksichtigt

## Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

### Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

Zum Bilanzstichtag gab es wie im Vorjahr keine mindestens 90 Tage rückständige Leistungen.



## 12. Restlaufzeiten ausgewählter Bilanzposten

in Tsd. €	2013	2012
<b>Forderungen an Kreditinstitute (Aktivpos. 2)</b>	<b>6.658.607</b>	<b>8.980.586</b>
täglich fällig	171.030	196.595
Forderung mit Laufzeit	6.487.577	8.783.991
- bis drei Monate	4.487.625	6.559.089
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	380.540	221.874
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	635.641	873.418
- mehr als fünf Jahre	983.771	1.129.610
<b>Forderungen an Kunden (Aktivpos. 3)</b>	<b>34.899.999</b>	<b>47.417.784</b>
- mit unbestimmter Laufzeit	-	-
- bis drei Monate	2.285.807	4.144.059
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.931.347	5.072.310
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.854.586	21.217.807
- mehr als fünf Jahre	14.828.259	16.983.608
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)</b>	<b>22.522.356</b>	<b>23.820.857</b>
davon im Folgejahr fällig werdend	2.531.084	4.560.689
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivpos. 1)</b>	<b>4.953.123</b>	<b>9.678.185</b>
täglich fällig	148.649	19.585
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.804.474	9.658.600
- bis drei Monate	3.007.474	3.408.314
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	334.455	351.077
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	798.294	4.949.986
- mehr als fünf Jahre	664.251	949.223
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Passivpos. 2)</b>	<b>29.775.505</b>	<b>31.826.961</b>
täglich fällig	477.520	988.034
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	29.297.985	30.838.927
- bis drei Monate	1.701.364	1.209.654
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.603.345	2.150.288
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.350.214	9.373.269
- mehr als fünf Jahre	15.643.062	18.105.716
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten (Passivpos. 3)</b>	<b>28.531.318</b>	<b>28.230.561</b>
a) begebene Schuldverschreibungen	28.418.301	27.723.934
davon im Folgejahr fällig werdend	5.206.215	8.619.354
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	113.017	506.627
- bis drei Monate	13.017	423.343
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	100.000	83.284
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-
- mehr als fünf Jahre	-	-

## 13. Nachrangige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 2, 3, 4 und 11)

In der Bilanz sind, wie auch im Vorjahr, keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

#### 14. Aufteilung der börsenfähigen Wertpapiere und Finanzanlagen (Aktivpos. 4, 5, 6 und 7)

Die in den entsprechenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Tsd. €	davon börsennotiert		davon nicht börsennotiert	
	2013	2012	2013	2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.914.363	22.113.100	1.607.993	1.707.757
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	1.535	1.535
Beteiligungen	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	45	45

#### 15. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivpos. 4)

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (Aktivpos. 4) hat die Bank fremde Anleihen mit einem Bilanzwert in Höhe von 19.122.805 Tsd. € (2012: 23.892.179 Tsd. €) im Bestand. Davon sind 15.644.694 Tsd. € (2012: 19.215.529 Tsd. €) wie Anlagevermögen und 3.478.111 Tsd. € (2012: 3.876.650 Tsd. €) wie Umlaufvermögen bewertet.

Insgesamt sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 10.527.032 Tsd. € (2012: 13.005.839 Tsd. €) nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert von 9.166.606 Tsd. € (2012: 10.696.724 Tsd. €) bewertet. Die unterlassenen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von -1.360.426 Tsd. € (2012: -2.309.115 Tsd. €) teilen sich auf den folgenden Emittentengruppen auf:

in Tsd. €	davon öffentliche Emittenten	davon Kreditinstitute	davon andere Emittenten	2013 Insgesamt	2012 Insgesamt
	Buchwert	5.049.420	3.356.103	2.121.509	10.527.032
Beizulegender Zeitwert	4.340.365	3.078.277	1.747.964	9.166.606	10.696.724
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	709.055	277.826	373.545	1.360.426	2.309.115

Von den oben dargestellten unterlassenen Abschreibungen entfallen auf Anleihen der Staaten (Zentralstaat, Länder und Kommunen sowie staatlich garantiert) des Euroraumes, die im Fokus stehen:

in Tsd. €	Italien	Portugal	Spanien	Insgesamt
Buchwert	2.753.075	578.000	955.750	4.286.825
Beizulegender Zeitwert	2.229.552	468.277	857.242	3.555.071
Unterlassene Abschreibungen im Anlagevermögen	523.523	109.723	98.509	731.755

Es werden zum Stichtag keine griechischen, irischen oder zyprischen Anleihen gehalten.

Bei allen Wertpapieren mit unterlassenen Abschreibungen geht die Bank davon aus, dass der Zeitwert lediglich vorübergehend unter dem Buchwert liegt. Zahlungsstörungen bzw. Zweifel an der Einbringlichkeit dieser Wertpapiere bestehen nicht. Hinsichtlich der Staaten des Euroraumes, die im Fokus stehen, konnte auch vor dem Hintergrund des etablierten Finanzstabilitätsmechanismus auf eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert verzichtet werden.

Im folgenden Jahr werden vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere 2.531.084 Tsd. € (2012: 4.560.689 Tsd. €) fällig.

## 16. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 6 und 7)

Bei den Beteiligungen (Aktivpos. 6) und den Anteilen an verbundenen Unternehmen (Aktivpos. 7) war die Bank mit Ausnahme der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, bei keinem Unternehmen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

### Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%		5.326	485	EUR
Gfi-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%		10	-	EUR
Hypo Real Estate Capital India Corp. Private Ltd. i.L., Mumbai	100,00%		19.632	-154	INR
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%		30.603.480	68.458	JPY
mit folgender Beteiligung: Hayabusa Godo Kaisha, Tokio	100,00%	100,00%	-243.846	-148.386	JPY
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%		-232.755	36.750	EUR
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%		-232.700	36.750	EUR
IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%		29	-3	EUR
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	100,00%		1.234	-1.893	EUR
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%		28	-41 <sup>1)</sup>	EUR
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	100,00%	6,00%	1.224	-2.644 <sup>2)</sup>	EUR

<sup>1)</sup> Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisabführungsvertrag

<sup>2)</sup> Komplementärhaftung

### Beteiligungen

Name und Sitz	Kapitalanteil in % insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Eigen- kapital inTsd.	Jahres- ergebnis in Tsd.	Währung
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%		-3.876	504	EUR
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%		-10.230	31	EUR
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%		-2.266	271	EUR

Alle anderen Beteiligungen liegen unter 20 %. Weitere Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet, liegen nicht vor.

Die Gesellschaft FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München, wurde am 28. August 2013 mit Wirkung zum 1. Januar 2013 auf die pbb verschmolzen.

Mit Verkauf- und Übertragungsvertrag vom 20. September 2013 hat die pbb ihren Geschäftsanteil an der Little Britain Holdings (Jersey) Limited, Jersey, verkauft. Aus dem Verkauf resultierte ein Erlös in Höhe von 79.272 Tsd. €.

Bei der IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München, erfolgte eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 1.800 Tsd. €.

Auch bei der Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München, erfolgte eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert in Höhe von 2.400 Tsd. €.

Folgende Devisenkurse wurden zum 31.12.2013 zugrunde gelegt:

Indien	1 € =	85,3660	INR
Japan	1 € =	144,7200	JPY

### 17. Treuhandgeschäfte (Aktivpos. 8 und Passivpos. 4)

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivposten des Formblatts auf:

in Tsd. €	2013	2012
Forderungen an Kunden	2.886	3.194
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	267	273
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.619	2.921

### 18. Immaterielle Anlagewerte (Aktivpos. 9)

Im ausgewiesenen Wert der immateriellen Anlagewerte ist gekaufte Software mit 15.907 Tsd. € (2012: 26.947 Tsd. €) enthalten.

### 19. Sachanlagen (Aktivpos. 10)

Im ausgewiesenen Wert der Sachanlagen ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 1.809 Tsd. € (2012: 2.601 Tsd. €) enthalten.

## 20. Entwicklung des Anlagevermögens - Anlagespiegel - (Aktivpos. 4, 6,7, 9 und 10)

in Tsd. €	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert 1.1.2012</b>	<b>56.189</b>	<b>3.477</b>	<b>21.678.706</b>	<b>223</b>	<b>317.183</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten	141.951	18.152			
Zugänge w / Verschmelzung	133.075	2.775			
Zugänge	3.176	204			
Abgänge w / Verschmelzung	-133.075	-2.775			
Abgänge	-23.985	-1.439			
Umbuchungen	-	-			
Währungsveränderungen	1	47			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-12.709	-926			
Abschreibungen kumuliert	-94.196	-14.363			
Veränderungen + / - <sup>1)</sup>			-2.463.177	-27	-43.506
<b>Buchwert 31.12.2012</b>	<b>26.947</b>	<b>2.601</b>	<b>19.215.529</b>	<b>196</b>	<b>273.677</b>
<b>Buchwert 1.1.2013</b>	<b>26.947</b>	<b>2.601</b>	<b>19.215.529</b>	<b>196</b>	<b>273.677</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten	120.935	17.175			
Zugänge w / Verschmelzung	-	-			
Zugänge	1.507	72			
Abgänge w / Verschmelzung	-	-			
Abgänge	-4.737	-2.647			
Umbuchungen	-	-8			
Währungsveränderungen	1	-44			
Zuschreibungen	-	-			
Abschreibungen	-11.136	-943			
Abschreibungen kumuliert	-101.799	-12.738			
Veränderungen + / - <sup>1)</sup>			-3.570.834	-	-62.211
<b>Buchwert 31.12.2013</b>	<b>15.907</b>	<b>1.810</b>	<b>15.644.695</b>	<b>196</b>	<b>211.466</b>

<sup>1)</sup> Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

## 21. Sonstige Vermögensgegenstände (Aktivpos. 11)

Der Posten enthält im Wesentlichen Forderungen aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 2.117 Tsd. € (2012: 76.266 Tsd. €), sowie mit 45.378 Tsd. € (2012: 52.570 Tsd. €) Steuerforderungen und den Ausgleichsposten aus der Bewertung der gesicherten Fremdwährungsgeschäfte in Höhe von 64.030 Tsd. € (2012: 93.976 Tsd. €). Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

Aufgrund des Verrechnungsverbotes des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden in den sonstigen Vermögensgegenständen nicht verpfändete Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen in Höhe von 9.199 Tsd. € (2012: 6.828 Tsd. €) ausgewiesen. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden nach Verrechnung mit den rückgedeckten Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit in der Position „aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

## 22. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivpos. 13)

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB) in Höhe von 18.180 Tsd. € (2012: 26.960 Tsd. €) resultiert aus der Verrechnung von

Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 182.031 Tsd. € (2012: 190.527 Tsd. €) mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 163.851 Tsd. € (2012: 163.567 Tsd. €). Die Anschaffungskosten der verrechneten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen betragen 123.776 Tsd. € (2012: 131.885 Tsd. €). Die Erträge aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 5.551 Tsd. € (2012: 7.148 Tsd. €) sind mit Aufwendungen aus den Verpflichtungen in Höhe von –10.386 Tsd. € (2012: –10.377 Tsd. €) zu verrechnen. Die Differenz von 67.453 Tsd. € (2012: 65.469 Tsd. €) zwischen den Anschaffungskosten und dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherung unterliegt einer Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB.

### 23. Rechnungsabgrenzung (Aktivpos. 12 und Passivpos. 6)

in Tsd. €	2013	2012
<b>Aktivpos. 12 a)</b>		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	98.760	78.304
davon:		
Disagio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	82.708	58.104
Agio aus Forderungen	16.052	20.200
<b>Passivpos. 6 a)</b>		
Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	98.599	84.025
davon:		
Dammum aus Forderungen	83.854	68.703
Agio aus Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen	14.745	15.322

### 24. Sonstige Verbindlichkeiten (Passivpos. 5)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus zinsbezogenen Kompensationsgeschäften im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die FMS Wertmanagement in Höhe von 8.148 Tsd. € (2012: 7.936.632 Tsd. €), Verbindlichkeiten an die FMS Wertmanagement aus der technischen Abspaltung und dem Zahlungsverkehr in Höhe von 126.004 Tsd. € (2012: - Tsd. €) sowie Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.870 Tsd. € (2012: 6.163 Tsd. €). Die zinsbezogenen Kompensationsgeschäfte stellen nicht originäres Bankgeschäft dar. Um dem besonderen Charakter dieser Geschäfte gerecht zu werden, erfolgt ein Davon-Ausweis unter den sonstigen Verbindlichkeiten.

### 25. Pensionsrückstellungen (Passivpos. 7a)

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB unter diesem Posten ausschließlich Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Verrechnung des Deckungsvermögens ausgewiesen (Pensionsrückstellung 207.086 Tsd. €, davon mit Deckungsvermögen in Höhe von 163.850 Tsd. € verrechnet).

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen 62.117 Tsd. € (2012: 62.872 Tsd. €).

### 26. Andere Rückstellungen (Passivpos. 7c)

In den anderen Rückstellungen sind folgende wesentlichen Einzelposten enthalten:

- Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 45.486 Tsd. € (2012: 67.496 Tsd. €)

- Rückstellungen für eine erfolgsabhängige Vergütung gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit der Liquiditätsunterstützung der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 2.382 Tsd. € (2012: 30.948 Tsd. €)
- Rückstellungen aus Bewertungseinheiten in Höhe von 47.181 Tsd. € (2012: 58.162 Tsd. €)

## 27. Nachrangige Verbindlichkeiten (Passivpos. 8)

Es handelt sich bei diesem Posten um Schuldscheindarlehen, Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. Für die festverzinslichen Emissionen liegt die Verzinsung zwischen 4,0 % p.a. und 8,06 % p.a. Die Fälligkeitstermine liegen in den Jahren 2014 bis 2037.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten sind Zinsaufwendungen in Höhe von –183.319 Tsd. € (2012: –93.706 Tsd. €) angefallen. In der Bilanz sind unter diesem Posten anteilige Zinsen in Höhe von 52.673 Tsd. € (2012: 44.220 Tsd. €) enthalten.

Zwei der in diesem Posten enthaltenen Emissionen übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

in Tsd. €

<u>Emissionsjahr</u>	<u>Nominal</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2007	350.076	5,879%	2037
2007	240.000	variabel	2017

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Emittenten nicht entstehen. Im Berichtsjahr wurden auf eine nachrangige Inhaberschuldverschreibung (nominal 350.076 Tsd. €, Zinssatz von 5,879 %) Zinsen in Höhe von 102.905 Tsd. € gezahlt. Daraus resultierten Zinsaufwendungen in Höhe von 93.658 Tsd. € für frühere Jahre.

Im Zuge der Verschmelzung mit der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sind im Jahr 2009 Namensgenussscheine zugewandert. Für diese wurden den Inhabern gemäß § 23 UmwG gleichwertige Rechte gewährt. Der Rückzahlungsanspruch dieser Genusscheininhaber beträgt 77.000 Tsd. € (2012: 77.000 Tsd. €). Die Rückzahlungsansprüche sind nachrangig nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger.

Die Bedingungen der Mittelaufnahmen sind so ausgestaltet, dass sie den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entsprechen.

## 28. Genussrechtskapital (Passivpos. 9)

Der Bestand betrifft eine Emission eines Namensgenussrechts aus dem Jahr 1989 in Höhe von nominal 10.226 Tsd. €. Die Emission hat eine Verzinsung von 8 % und eine Laufzeit bis 2014. Die Genussrechtsbedingungen begrenzen die Ausschüttung in der Form, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Für die Ermittlung der Verlustteilnahme der Genussrechtsinhaber wird als Verteilungsmaßstab das sonstige Eigenkapital nach § 10 KWG herangezogen. Der Genussrechtsinhaber nimmt im Verhältnis seines Rückzahlungsanspruchs zum sonstigen Eigenkapital nach § 10 KWG am Bilanzverlust teil. Während der Laufzeit der Genussrechte ist nach einer Teilnahme der Genussrechtsinhaber am Bilanzverlust vorrangig vor der Dotierung von Rücklagen und vor Ausschüttung auf das Aktienkapital zunächst das verringerte Genussrechtskapital wieder auf den Nominalbetrag aufzufüllen. Die Genussrechtsbedingungen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 KWG. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen sind ausgeschlossen. Zum 31. Dezember 2013 besteht aufgrund der gemäß den Genusscheinbedingungen erfolgten Verlustbeteiligungen in der Vergangenheit kein Rückzahlungsanspruch der Genussrechtsinhaber.

## 29. Entwicklung des Eigenkapitals (Passivpos. 11)

Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe der Aktien und die Einzahlung in die Rücklagen des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS. Als Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nur Beträge ausgewiesen, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind. Dazu gehören aus dem Ergebnis zu bildende gesetzliche Gewinnrücklagen und andere Gewinnrücklagen.

### Eigenkapitalspiegel

in Tsd. €	Gezeichnetes Kapital			Kapital-	Gewinnrücklagen			Bilanz-	Insgesamt
	Grund-	stille	Ins-	rücklage	gesetzliche	andere		verlust	
						kapital	Einlage		
						rücklagen	gesamt		
Eigenkapital zum 01.01.2012	380.376	181.747	562.123	5.038.123	12.655	266.546	279.201	-3.347.734	2.531.713
Jahresüberschuss			-					28.637	28.637
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-52.937	-52.937					52.937	-
Veränderung Genussscheine			-					-	-
Eigenkapital zum 31.12.2012	<b>380.376</b>	<b>128.810</b>	<b>509.186</b>	<b>5.038.123</b>	<b>12.655</b>	<b>266.546</b>	<b>279.201</b>	<b>-3.266.160</b>	<b>2.560.350</b>
Eigenkapital zum 01.01.2013	<b>380.376</b>	<b>128.810</b>	<b>509.186</b>	<b>5.038.123</b>	<b>12.655</b>	<b>266.546</b>	<b>279.201</b>	<b>-3.266.160</b>	<b>2.560.350</b>
Jahresüberschuss			-					-52.785	-52.785
"Verlustbeteiligung" stille Einlagen		-37.186	-37.186					37.186	-
Veränderung Genussscheine			-					-5.177	-5.177
Eigenkapital zum 31.12.2013	<b>380.376</b>	<b>91.624</b>	<b>472.000</b>	<b>5.038.123</b>	<b>12.655</b>	<b>266.546</b>	<b>279.201</b>	<b>-3.286.936</b>	<b>2.502.388</b>

## 30. Gezeichnetes Kapital (Passivpos. 11a)

Das Grundkapital beträgt zum 31. Dezember 2013 wie im gesamten Jahr 2013 380.376.059,67 € und ist eingeteilt in 134.475.308 auf den Inhaber lautende Stammaktien in Form von Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 2,83 € je Stückaktie. Am Aktienkapital der pbb hält die HRE Holding AG 100 %. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS ist wiederum alleiniger Aktionär der HRE Holding AG. Zum 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 bestand weder genehmigtes noch bedingtes Kapital.

Im Jahr 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS der pbb eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die stille Einlage nimmt am nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Bilanzverlust im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende 2013 um 37 Mio. € auf 92 Mio. € herabgesetzt (2012: um 53 Mio. € auf 129 Mio. €). Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der pbb.

Der stille Gesellschafter ist zur Kündigung des Beteiligungsvertrages nicht berechtigt. Falls der Ausschluss der Kündigungsfrist nicht wirksam sein sollte, kann eine Kündigung nicht vor dem 31.12.2039 wirksam werden. Eine ganze oder teilweise Kündigung seitens der pbb ist keinesfalls vor Ablauf von fünf Jahren möglich. Die stille Beteiligung erfüllt das Kriterium der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs.5 und 5a KWG.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 472.000.165,53 € (2012: 509.186.278,53 €).

## 31. Kapitalrücklage (Passivpos. 11b)

Der Bestand der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Satz 4 HGB belief sich zum Bilanzstichtag auf 3.241.811 Tsd. € (2012: 3.241.811 Tsd. €).



### 32. Fremdwährungspositionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung beläuft sich auf 9.043 Mio. € (2012: 16.960 Mio. €). Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende in Höhe von 8.777 Mio. € (2012: 16.947 Mio. €).

### 33. Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Folgende Vermögensgegenstände wurden für eigene Verbindlichkeiten als Sicherheit übertragen:

in Tsd. €	Bilanzwert	
	2013	2012
Verpfändung von Wertpapieren aus Offenmarktgeschäften mit der EZB	-	5.153.808
Wertpapiere in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	1.073.904	434.173
Darlehen in Pension in Verbindung mit Repogeschäften	102.100	139.188
Verpfändung von Darlehen als Sicherung aufgenommener Darlehen	77.151	92.549
Verpfändung eines Wertpapiers als Sicherung aufgenommener Darlehen	20.085	92.399
Bei Kreditinstituten hinterlegte Barsicherheiten	1.465.244	2.597.020

Alle Vermögensgegenstände wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen.

### 34. Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen und Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Tsd. €		an/gegenüber verbundene(n) Unternehmen		an/gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
		2013	2012	2013	2012
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	55.078	234.835	-	-
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	108.802	350.043	41.275	43.343
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(Aktivpos. 4)	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	75.202	121.855	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	221.510	245.061	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	(Passivpos. 3)	822.348	820.633	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 8)	634.608	660.343	-	-

## Sonstige Angaben

### 35. Eventualverbindlichkeiten (Passivpos. 1b unter dem Strich)

Die pbb, München, als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat mit Erklärung vom 2. Januar 2006 die unwiderrufliche und bedingungslose Garantie für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin übernommen. Durch den Verkauf sämtlicher Anteile an der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin wurde gemäß Garantievertrag die Haftung auf alle Verbindlichkeiten beschränkt, die bis zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Public Finance Bank puc, Dublin zwar nicht für ausgeschlossen, jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 55.784 Tsd. € (2012: 106.154 Tsd. €) wurden im Rahmen des Bankgeschäfts gewährt. Vor Gewährung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Bürgschafts- bzw. Garantiennehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellungsbildung Rechnung getragen. Latente Risiken aus den Bürgschafts- bzw. Gewährleistungsverträgen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle in diesem Zusammenhang hat die pbb keine Anhaltspunkte.

### 36. Andere Verpflichtungen (Passivpos. 2c unter dem Strich)

Die ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 2.538.359 Tsd. € (2012: 1.003.865 Tsd. €) betreffen mit 2.330.990 Tsd. € (2012: 880.562 Tsd. €) Hypothekendarlehen und mit 207.369 Tsd. € (2012: 123.303 Tsd. €) an den öffentlichen Sektor gewährte Darlehen. Vor Zusageerteilung erfolgt eine sorgfältige Bonitätsprüfung der potenziellen Darlehensnehmer. Nachfolgende Bonitätsverschlechterungen werden intensiv beobachtet. Ihnen wird ggf. durch eine entsprechende Rückstellung Rechnung getragen. Latente Risiken in den unwiderruflichen Kreditzusagen werden durch zusätzliche PWB berücksichtigt. Für weitergehende zukünftige Ausfälle hat die pbb keine Anhaltspunkte.

### 37. Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag liegen folgende außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen vor:

Die pbb, München, als Rechtsnachfolger der Hypo Real Estate Bank International AG hat sich gegenüber der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, dazu verpflichtet, diese Gesellschaft so zu unterstützen, dass sie bei Fälligkeit in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, sowie ihrer erwarteten zukünftigen Entwicklung hält die pbb einen Ausfall der Hypo Real Estate Bank International LLC I, Wilmington, zwar nicht für ausgeschlossen jedoch für sehr unwahrscheinlich.

Gemäß Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nicht-strategischen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die pbb die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen ihrer Tochterunternehmen, die im Rahmen der Übertragung von Positionen auf die FMS Wertmanagement übergangen.

Die Restrukturierungsfonds-Verordnung sieht für die sogenannte Bankenabgabe eine Nacherhebung vor. Danach kann die Differenz zwischen der tatsächlich festgesetzten Bankenabgabe und dem errechneten Regelbetrag für die Beitragsjahre 2011 bis 2019 in den jeweils folgenden zwei Jahren nacherhoben werden. Die Verpflichtung zur Zahlung des Nacherhebungsbeitrags entsteht jedoch erst bei Erzielung entsprechender Gewinne in späteren Geschäftsjahren bis zur Höhe der in der Verordnung vorgesehenen Zumutbarkeits- oder Belastungsobergrenze. Entstehung und Höhe des Nacherhebungsbeitrags sind somit von

der Gewinnerzielung in Folgejahren abhängig. Der Nacherhebungsbeitrag der pbb, der in den Beitragsjahren 2014 und 2015 nacherhoben werden kann, beträgt 3 Mio. €.

Gewinne werden als eine Auflage im Sinne des von der EU-Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Privatisierung bei der pbb thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage der Bundesrepublik Deutschland verwendet.

Andere zum Bilanzstichtag bestehende sonstige finanzielle Verpflichtungen liegen im geschäftsüblichen Rahmen.

### 38. Rechtsrisiken (Prozessrisiken)

Die pbb ist verpflichtet, in allen Jurisdikationen, in denen sie ihre Geschäftstätigkeit ausübt, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtlichen Vorgaben und Vorschriften einzuhalten, unter anderen bestimmte Verhaltensgebote zur Vermeidung von Interessenskonflikten, zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung, zur Verhütung von strafbaren Handlungen zum Nachteil der Finanzwirtschaft, zur Regelung des Außenhandels und zur Wahrung von Bank-, Geschäfts- und Datengeheimnis. Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die pbb in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren und behördliche Verfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von denen, die entsprechende Ansprüche geltend machen, nicht beziffert wird. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die pbb Rückstellungen, wenn der mögliche Ressourcenabfluss hinreichend wahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtung schätzbar ist. Die Wahrscheinlichkeit für den Ressourcenabfluss, der aber regelmäßig nicht mit Gewissheit eingeschätzt werden kann, hängt im hohen Maße von dem Ausgang der Verfahren ab. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung der ungewissen Verbindlichkeit hängen überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle analysiert die pbb die Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch vergleichbarer Verfahren und verlässt sich hierbei, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise oder die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater. Die für die Verfahren gebildeten Rückstellungen werden nicht einzeln ausgewiesen, da die pbb davon ausgeht, dass die Offenlegung deren Ausgang ernsthaft beeinträchtigen würde.

Für eine inzwischen vollständig getilgte französische Finanzierung hat die pbb vertragsgemäß eine Entschädigungsgebühr in Höhe von 6 Mio. € erhalten. Der Kunde hat auf Rückzahlung der Gebühr wegen Unangemessenheit vor dem Handelsgericht Paris geklagt.

In einem Spruchverfahren anlässlich der Verschmelzung von drei Hypothekenbankenvorgängern der pbb in 2001 ergibt sich auf der Grundlage einer vom Gericht angeordneten Neubegutachtung eine Zuzahlung von durchschnittlich 1,00 € je Aktie.

Durch die seit 2008 entstandenen Jahresfehlbeträge beziehungsweise die seitdem bestehenden Bilanzverluste der pbb entfielen auf die von den Vorgängerinstituten emittierten Genussscheine erhebliche Verlustteilnahmen, wodurch sich die Rückzahlungsbeträge reduzierten. Die Verzinsung war deshalb ausgefallen. Einzelne Kläger haben deswegen Klage erhoben und insbesondere einzelne unterschiedliche Klauseln der Verlustbeteiligung und der Wiederauffüllung nach Verlustbeteiligung angegriffen. Hierbei sind vor allem die Fragen relevant, welche Kapitalteile bei der Berechnung der Verlustbeteiligung heranzuziehen sind und ob eine Wiederauffüllung bei Vorliegen eines Jahresüberschusses oder eines Bilanzgewinns vorzunehmen sei. Die streitbehafteten Genussscheine hatten ein Nominalvolumen von insgesamt 260 Mio. € (davon sind wegen eines Nominalvolumens von 12,5 Mio. € Verfahren anhängig). Diese Klagen können im Ergebnis zu einer teilweisen oder vollständigen Erhöhung der Rückzahlungsansprüche der Kläger führen.

Im Übrigen hat kein Verfahren einen bezifferten Streitwert von mehr als 5 Mio. €, bei dem die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen nach der Einschätzung des Vorstands nicht unwahrscheinlich oder das aus anderen Gründen für die pbb von materieller Bedeutung ist.

### 39. Finanzderivate

Nachstehend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Geschäfte entsprechend den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken i.V.m. § 285 Nummer 19 HGB dargestellt.

Die Finanzderivate werden fast ausschließlich zur Sicherung gegen Zins- und Währungsrisiken (nur OTC-Produkte) im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung und der Mikro-Steuerung abgeschlossen. Dem negativen Saldo aus den Marktwerten der Finanzderivate stehen insoweit grundsätzlich positive Marktwerte aus den korrespondierenden Bilanzgeschäften gegenüber. Kontrahenten bei den Derivaten sind Staaten, Banken und Finanzinstitute aus dem OECD-Raum sowie Kunden. Die Kundenderivate werden ausschließlich zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft abgeschlossen.

Zur Reduzierung sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos (Adressenausfallrisikos) werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet (Netting) sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem einzelnen Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch durchsetzbar sind. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden dafür erstellte Rechtsgutachten genutzt.

Darüber hinaus geht die pbb mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach einem Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche) Bewertung und Anpassung des unbesicherten Kreditrisikos je Kontrahent.

Das Nominalvolumen der nicht bilanzwirksamen Geschäfte beträgt zum 31. Dezember 2013 101.649 Mio. € (2012: 126.949 Mio. €). Das Adresserausfallrisiko beläuft sich zu diesem Zeitpunkt nach der Marktbewertungsmethode (ungenettet) auf 6.244 Mio. € (2012: 10.147 Mio. €) - entspricht 6 % des Nominalvolumens (2012: 8 %). Der beizulegende Zeitwert der Derivate wurde auf der Basis allgemein anerkannter finanzmathematischer Modelle berechnet (Discounted Cashflow-, Black Scholes-, Hull-White-Modell).

#### Finanzderivate

in Mio. €	Nominalbetrag					Marktwert			
	Restlaufzeit			Insgesamt		positiv		negativ	
	<= 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>	<b>13.027</b>	<b>41.588</b>	<b>41.892</b>	<b>96.507</b>	<b>120.896</b>	<b>6.176</b>	<b>10.027</b>	<b>5.830</b>	<b>9.325</b>
OTC-Produkte									
FRA's	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zins-Swaps (gleiche Währung)	11.931	38.223	41.870	92.024	116.227	6.165	10.013	5.815	9.308
Zinsoptionen - Käufe	543	1.635	16	2.194	2.271	11	14	-	-
Zinsoptionen - Verkäufe	553	1.730	6	2.289	2.398	-	-	15	17
Sonstige Zinskontrakte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>	<b>3.970</b>	<b>835</b>	<b>337</b>	<b>5.142</b>	<b>6.053</b>	<b>68</b>	<b>120</b>	<b>65</b>	<b>97</b>
OTC-Produkte									
Devisentermin-Geschäfte	3.817	37	-	3.854	4.875	17	23	38	24
Cross Currency Swaps	153	798	337	1.288	1.178	51	97	27	73
Devisenoptionen - Käufe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Devisenoptionen - Verkäufe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>16.997</b>	<b>42.423</b>	<b>42.229</b>	<b>101.649</b>	<b>126.949</b>	<b>6.244</b>	<b>10.147</b>	<b>5.895</b>	<b>9.422</b>

Für die Finanzderivate werden folgende Wertkomponenten in der Bilanz gezeigt:

### Anteilige Zinsen

		2013			2012
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
in Mio. €					
Forderungen an Kreditinstitute	(Aktivpos. 2)	813	5	818	1.174
Forderungen an Kunden	(Aktivpos. 3)	81	-	81	28
Sonstige Vermögensgegenstände	(Aktivpos. 11)	1	-	1	73
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Passivpos. 1)	688	3	691	838
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(Passivpos. 2)	9	1	10	1
Sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	-	-	44
<b>Insgesamt</b>		<b>198</b>	<b>1</b>	<b>199</b>	<b>392</b>

### Währungseffekt

		2013			2012
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
in Mio. €					
sonstige Verbindlichkeiten	(Passivpos. 5)	-	63	63	92

### Options-/Upfrontprämien

		2013			2012
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
in Mio. €					
Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	(Aktivpos. 12)	296	5	301	314
Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	(Passivpos. 6)	540	-	540	387
<b>Insgesamt</b>		<b>-244</b>	<b>5</b>	<b>-239</b>	<b>-73</b>

### Drohverlustrückstellungen

		2013			2012
		Zins- bezogene Geschäfte	Währungs- bezogene Geschäfte	Insgesamt	Insgesamt
in Mio. €					
sonstige Rückstellungen	(Passivpos. 7)	47	-	47	58

## 40. Kreditderivate

Die pbb tritt wie im Vorjahr nicht als Sicherungsgeber in Form von Kreditderivaten auf.

## 41. Bewertungseinheiten

Bei der pbb werden derzeit nur Zinsrisiken im Rahmen von Mikro-Bewertungseinheiten abgebildet. Die Buchwerte der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte (bei Derivaten der Fair Value) sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Buchwert in Tsd. €	2013	2012
<b>Aktiva</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.293.878	11.123.157
Forderungen an Kunden	8.726.894	9.389.355
Forderungen an Kreditinstitute	165.014	263.182
<b>Passiva</b>		
Verbriefte Verbindlichkeiten	19.206.026	21.617.454
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.900.430	17.213.516
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	972.213	1.304.865
<b>Derivate Positive Marktwerte (clean)</b>	3.443.439	4.951.557
<b>Derivate Negative Marktwerte (clean)</b>	3.480.233	4.966.232

Die Höhe der in Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken (entspricht dem risikoinduzierten Fair Value Anteil) ergibt sich aus folgender Übersicht:

	wirksamer Teil	negativer unwirksamer Teil	wirksamer Teil	negativer unwirksamer Teil
in Tsd. €	2013	2013	2012	2012
<b>Aktiva</b>				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.808.200	-40	2.772.556	-3
Forderungen an Kunden	1.396.617	-240	2.032.391	-39
Forderungen an Kreditinstitute	9.835	-	18.359	-
<b>Passiva</b>				
Verbriefte Verbindlichkeiten	566.027	3.546	1.059.401	7.014
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.404.065	27.306	3.580.132	32.343
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.631	567	140.271	844
<b>Derivate Positive Marktwerte</b>	3.240.525	-	4.834.219	-
<b>Derivate Negative Marktwerte</b>	3.434.454	15.481	4.877.721	17.918
<b>Insgesamt</b>	-	<b>-47.180</b>	-	<b>-58.161</b>

Der negative unwirksame Teil stellt die aus Bewertungseinheiten mit negativer Ineffektivität resultierenden Effekte dar, für die eine Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften zu bilden ist. Im aktuellen Jahr wurden 11,0 Mio. € an Drohverlustrückstellungen aufgelöst (2012: Zuführung von 1,1 Mio. €). Zum 31. Dezember 2013 besteht eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 47,2 Mio. € (2012: 58,2 Mio. €).

Aufgrund der Vorgehensweise der pbb, Grund- und Sicherungsgeschäfte zu analogen oder sehr ähnlichen Konditionen abzuschließen, ist zu erwarten, dass die Risiken der zu Bewertungseinheiten zusammengefassten Geschäfte vergleichbar sind und sich weitestgehend gegenläufig entwickeln. Grundsätzlich werden die Sicherungsbeziehungen bis zur Fälligkeit der Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, frühere Auflösungen, oder zeitlich begrenzte Absicherungen sind in Einzelfällen möglich.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen werden Sensitivitäts- und Regressionsanalysen herangezogen. Zur rechnerischen Ermittlung des Betrages der bisherigen Unwirksamkeit werden die risikoinduzierten Werte von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt.

## 42. Organe

### Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz Funktion im Aufsichtsrat	Haupttätigkeit Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats
<b>Dr. Bernd Thiemann</b> , Münster Vorsitzender	<b>Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG</b> Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
<b>Dagmar Kollmann</b> , Wien Stellvertretende Vorsitzende	<b>Unternehmerin</b> Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
<b>Dr. Günther Bräunig</b> , Frankfurt am Main Mitglied	<b>Mitglied des Vorstands der KfW</b> Mitglied im Prüfungsausschuss und Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschusses
<b>Dr. Christian Gebauer-Rochholz</b> , Hochheim Arbeitnehmersvertreter	<b>Bankangestellter</b>
<b>Dr. Alexander Groß</b> , Teltow Mitglied	<b>Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie</b>
<b>Georg Kordick</b> , Poing Arbeitnehmersvertreter	<b>Bankangestellter</b>
<b>Dr. Ludger Schuknecht</b> , Frankfurt am Main Mitglied	<b>Leiter der Abteilung Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen; Internationale Finanz- und Währungspolitik im Bundesministerium der Finanzen</b>
<b>Heike Theißing</b> , München Arbeitnehmersvertreterin	<b>Bankangestellte</b>
<b>Dr. Hedda von Wedel</b> , Andernach Mitglied	<b>Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.</b> Mitglied im Prüfungsausschuss

Im Geschäftsjahr 2013 gab es keine Änderungen in der Besetzung des Aufsichtsrats.

### Vorstand

Name, Wohnsitz Funktion im Vorstand	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
<b>Manuela Better</b> , München CEO / CRO	Non Executive Director der DEPFA Bank plc Non Executive Director der DEPFA ACS Bank Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
<b>Wolfgang Groth</b> , Tawern Treasury / Asset Management	Non Executive Director der DEPFA Bank plc Vorsitzender und Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
<b>Dr. Bernhard Scholz</b> , Regensburg Real Estate Finance / Public Investment Finance	
<b>Alexander von Uslar</b> , Grünwald CFO / COO	Non Executive Director der DEPFA Bank plc Non Executive Director der DEPFA ACS Bank

## 43. Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2013			2012
	männlich	weiblich	Insgesamt	Insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	558	267	825	908
Teilzeitbeschäftigte	11	107	118	116
<b>Summe</b>	<b>569</b>	<b>374</b>	<b>943</b>	<b>1024</b>

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Wechsel von Mitarbeitern der pbb zur FMS Wertmanagement Service GmbH ab dem vierten Quartal 2013.

#### **44. Kredite an Organmitglieder**

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

#### **45. Eigene Aktien oder Anteile**

Im Berichtsjahr hat die pbb keine Stückaktien von der HRE Holding AG, München, erworben. Zum Bilanzstichtag sind keine eigenen Aktien im Bestand.

#### **46. Konzernabschluss**

Die HRE Holding AG, München, erstellt einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), in den die pbb einbezogen ist. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.



## Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes

Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes mit der Maßgabe »comply or explain« und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher eine Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite ([www.pfandbriefbank.com](http://www.pfandbriefbank.com)) der Muttergesellschaft veröffentlicht.

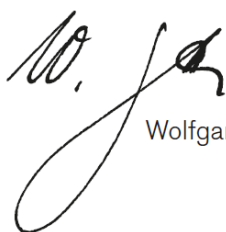
München, den 18. März 2014

Deutsche Pfandbriefbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Manuela Better



Wolfgang Groth



Andreas Schenk



Dr. Bernhard Scholz



Alexander von Uslar

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der pbb, München, vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

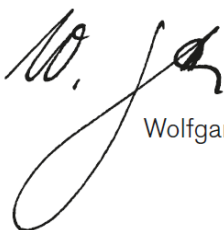
München, den 18. März 2014

Deutsche Pfandbriefbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Manuela Better



Wolfgang Groth



Andreas Schenk



Dr. Bernhard Scholz



Alexander von Uslar

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlustrechnung (GuV) sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Pfandbriefbank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 19. März 2014

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens  
Wirtschaftsprüfer

Schmidt  
Wirtschaftsprüferin